Urkundenrolle UR W 1348 / 2020

Verhandelt

zu Heidelberg

am **28.08.2020**

- achtundzwanzigsten August zweitausendzwanzig -

Vor mir, dem unterzeichnenden Notar

Christian Weißer

mit Amtssitz in Heidelberg,

erschien heute in meinen Amtsräumen in 69115 Heidelberg, Langer Anger 7:

Herr Hansjoerg Plaggemars, geb. 27. Juni 1970, wohnhaft Vorsteigstraße 21, 70193 Stuttgart

- nachfolgend der „**Erschienene**" -,

der Erschienene handelnd nicht in eigenem Namen,

sondern als einziges Mitglied des Verwaltungsrats der

Atrium 180. Europäische VV SE (demnächst 4basebio SE)

mit Sitz in Düsseldorf, Deutschland, Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Nummer HRB 87929,

- nachfolgend „**Gesellschaft**" -;

Der Erschiene bestätigt, dass er seine Bestellung zum alleinigen Mitglied des Verwaltungsrats der Gesellschaft, bekanntgemacht im Bundesanzeiger gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 SEAG am 26. August 2020, angenommen hat. Der Erschienene ist dem Notar von Person bekannt.

Die Frage des Notars nach einer etwaigen Vorbefassung i.S.v. § 3 Abs. 1 Nr. 7 des BeurkG wurde von dem Erschienenen verneint.

Sodann bat der Erschienene um Beurkundung des Folgenden:

VERLEGUNGSPLAN

des Verwaltungsrats

der

Atrium 180. Europäische VV SE
(demnächst 4basebio SE)

mit Sitz in Düsseldorf

eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Düsseldorf unter HRB 87929

28. August 2020

Der Verwaltungsrat der Atrium 180. Europäische VV SE mit Sitz in Düsseldorf, stellt hiermit gemäß Art. 8 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) geändert durch Verordnung (EG) Nr. 885/2004 des Rates vom 26. April 2004 und durch Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates vom 20. November 2006 („**SE-VO**") in Verbindung mit §§ 12 ff. des Gesetzes zur Ausführung der SE-VO („**SEAG**") vorliegenden Verlegungsplan für die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft (i. S. v. Art. 7 SE-VO) von Düsseldorf, Deutschland nach Cambridge, Vereinigtes Königreich, auf.

1 VORBEMERKUNG

1.1 Die Europäische Aktiengesellschaft (*Societas Europaea, SE*) mit der Firma Atrium 180. Europäische VV SE mit Sitz in Düsseldorf ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Registernummer HRB 87929 eingetragen (nachfolgend die **Gesellschaft**). Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 120.000,00 und ist in 120.000 nennwertlose Stückaktien, die auf den Namen lauten, eingeteilt.

1.2 Einzige Aktionärin der Gesellschaft ist die 4basebio AG mit Sitz Heidelberg, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Mannheim unter HRB 335706, Waldhofer Straße 102, 69123 Heidelberg.

1.3 Die Gesellschaft verfügt über eine monistische Leitungsstruktur mit derzeit einem Verwaltungsratsmitglied sowie zwei geschäftsführenden Direktoren.

1.4 Die Satzung der Gesellschaft basiert subsidiär zu den Bestimmungen der SE-VO und des SEAG auf den Regelungen des deutschen Aktiengesetzes.

1.5 Die Gesellschaft soll ihren satzungsmäßigen Sitz gemäß Artikel 8 Absatz 1 SE-VO nach Cambridge, United Kingdom, unter Neufassung ihrer Satzung ohne Auflösung der Gesellschaft oder Gründung einer neuen juristischen Person verlegen.

1.6 Die Sitzverlegung sowie die damit einhergehende Neufassung der Satzung werden gemäß Artikel 8 Absatz 10 SE-VO mit Eintragung der Gesellschaft in das Companies House („**Companies House**"), Crown Way, Cardiff, CF14 3UZ, DX 33050 Cardiff, United Kingdom wirksam.

2 SITZVERLEGUNG

2.1 Der Verwaltungsrat der Gesellschaft wird der Hauptversammlung vorschlagen, als neuen Sitz der Gesellschaft Cambridge, United Kingdom vorzusehen. Der Satzungssitz der Gesellschaft wird daher - vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung der Gesellschaft - nach Maßgabe dieses Verlegungsplans unter Neufassung der Satzung gemäß Artikel 8 Absatz 1 SE-VO nach Cambridge, United Kingdom verlegt werden.

3 FIRMA, SITZ UND REGISTERNUMMER DER GESELLSCHAFT

3.1 Die Firma der Gesellschaft lautet Atrium 180. Europäische VV SE.

3.2 Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRB 87929 eingetragen.

3.3 Der Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf, Deutschland. Die Hauptverwaltung befindet sich derzeit in Heidelberg, Deutschland.

3.4 Die derzeitige Geschäftsadresse lautet: Atrium 180. Europäische VV SE, Waldhofer Straße 102, 69123 Heidelberg, Deutschland.

4 VORGESEHENER NEUER SITZ DER GESELLSCHAFT

4.1 Als neuer Sitz der Gesellschaft ist Cambridge, United Kingdom vorgesehen.

4.2 Am neuen Sitz der Gesellschaft wird auch deren Hauptverwaltung geführt werden. Die vorgesehene Adresse der Hauptverwaltung lautet: 25 Norman Way, Over, Cambridge, CB24 5QE, United Kingdom.

5 VORGESEHENE SATZUNG UND FIRMA

5.1 Die bisherige Satzung der Gesellschaft ist den Bestimmungen des für eine SE mit Sitz in United Kingdom subsidiär zur SE-VO geltenden Rechts anzupassen. Der Verwaltungsrat wird der Hauptversammlung der Gesellschaft daher vorschlagen, die Satzung der Gesellschaft wie aus ***Anlage 1*** ersichtlich neu zu fassen.

5.2 Als neue Firma der Gesellschaft ist „4basebio SE" vorgesehen.

6 FOLGEN DER VERLEGUNG FÜR DIE BETEILIGUNG DER ARBEITNEHMER

6.1 Die Gesellschaft beschäftigt derzeit keine Arbeitnehmer.

6.2 Konsequenterweise besteht bei der Gesellschaft keine Mitbestimmung auf Unternehmensebene. Des Weiteren bestehen bei der Gesellschaft auch keine betriebsverfassungsrechtlichen oder sonstige Arbeitnehmervertretungen. Insoweit besteht insbesondere bei der Gesellschaft kein SE-Betriebsrat, Konzern-, Gesamt-, oder Betriebsrat. Auch wurde kein Sprecherausschuss für leitende Angestellte gebildet. Schließlich besteht auch kein Wirtschaftsausschuss und es bestehen auch keine Betriebs-, Tarif- oder sonstige Kollektivvereinbarungen bei der Gesellschaft.

6.3 Die Sitzverlegung der Gesellschaft hat daher keine Auswirkungen für die Beteiligung von Arbeitnehmern.

6.4 Die Gesellschaft wird – vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung – nach Wirksamwerden der Sitzverlegung ihre Hauptverwaltung nach Cambridge, United Kingdom verlegen. Die Verlegung der Hauptverwaltung ist gemäß Artikel 7 SE-VO zwingend. Am bisherigen Sitz der Gesellschaft in Düsseldorf und am bisherigen Standort der Hauptverwaltung der Gesellschaft in Heidelberg wird weder eine selbstständige Zweigniederlassung noch eine Betriebsstätte der Gesellschaft verbleiben.

7 VORGESEHENER ZEITPLAN FÜR DIE VERLEGUNG

7.1 Der Verwaltungsrat der Gesellschaft plant, die Sitzverlegung nach Möglichkeit innerhalb des folgenden indikativen Zeitplans umzusetzen:

Zeitpunkt Sitzverlegung	**Maßnahmen zur Umsetzung der Sitzverlegung**
31. August 2020	Einreichung des Verlegungsplans zum Handelsregister.
Unmittelbar nach Einreichung	Offenlegung des Verlegungsplans im Bundesanzeiger.
Bis Anfang/Mitte September 2020	Anfertigung eines Verlegungsberichts (Art. 8 Abs. 3 SE-VO).
Ab etwa Mitte September und für mindestens einen Monat vor der SE-Hauptversammlung, die über die Sitzverlegung befinden soll	Auslegung des Sitz-Verlegungsplans und des Verlegungsberichts nach Art. 8 Abs. 4 SE-VO zur Einsichtnahme für Aktionäre und Gläubiger • im Büro der Rechtsanwälte Heuking Kühn Lüer Wojtek, Georg-Glock-Straße 4, 40474 Düsseldorf sowie • in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Heidelberg
Innerhalb von zwei Monaten nach Offenlegung des Verlegungsplans	Gläubiger der Gesellschaft können ihre Forderungen bei der Gesellschaft anmelden; diese hat den Gläubigern nach Maßgabe des § 13 SEAG Sicherheit zu leisten.

Zwei Monate nach Offenlegung des Verlegungsplans	Außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft mit Beschlussfassung über die Zustimmung zum Verlegungsplan.
Unmittelbar nach Fassung des Verlegungsbeschlusses	Anmeldung der Sitzverlegung und der Satzungsneufassung zum Handelsregister der Gesellschaft mit dem Antrag auf Ausstellung der entsprechenden Bescheinigung nach Art. 8 Abs. 8 SE-VO.
Innerhalb von zwei Wochen nach Anmeldung der Sitzverlegung zum Handelsregister	Erteilung der Bescheinigung nach Art. 8 Abs. 8 SE-VO.
Innerhalb von zwei Wochen nach Ausstellung der Bescheinigung nach Art. 8 Abs. 8 SE-VO	Anmeldung zur Eintragung der Gesellschaft beim Companies House; anschließend Benachrichtigung des Handelsregisters durch das Companies House hinsichtlich der Eintragung der Gesellschaft beim Companies House.
Innerhalb von vier Wochen nach Ausstellung der Bescheinigung nach Art. 8 Abs. 8 SE-VO	Eintragung der Sitzverlegung und Satzungsneufassung mit Vorläufigkeitsvermerk im Handelsregister
Unmittelbar nach Eintragung der Sitzverlegung und Satzungsneufassung mit Vorläufigkeitsvermerk im Handelsregister	Eintragung der Sitzverlegung und Satzungsneufassung beim Companies House
Innerhalb einer Woche nach erfolgter Eintragung beim Companies House	Verlegung der Hauptverwaltung nach Cambridge, United Kingdom und Löschung der Gesellschaft im Handelsregister. Offenlegung der Sitzverlegung/Löschung in Deutschland durch Hinweisbekanntmachung des Registergerichts.
Im Anschluss hieran	Veröffentlichung der Sitzverlegung im Amtsblatt der Europäischen Union durch das Registergericht.

7.2 Der vorgelegte indikative Zeitplan für die Sitzverlegung der Gesellschaft stellt eine Prognose über den zeitlichen Verlauf des Verfahrens der Sitzverlegung dar und dient der Orientierung des Aktionärs und der Gläubiger der Gesellschaft.

8 VORGESEHENE RECHTE ZUM SCHUTZ DER AKTIONÄRE

8.1 Gemäß Artikel 8 Absatz 2 lit. e) SE-VO i.V.m. § 12 Absatz 1 SEAG hat die Gesellschaft jedem Aktionär, der gegen den Verlegungsbeschluss Widerspruch zur Niederschrift erklärt, den Erwerb seiner Aktien gegen eine angemessene Barabfindung anzubieten. Die Bekanntmachung des Verlegungsplans als Gegenstand der Beschlussfassung muss den Wortlaut dieses Angebots enthalten. Sinn und Zweck des Artikels 8 Absatz 2 lit. e) SE-VO ist es, einen angemessenen Schutz der Interessen der Minderheitsaktionäre, die sich gegen die Verlegung ausgesprochen haben, zu gewährleisten.

8.2 Im vorliegenden Fall existiert nur eine einzige Aktionärin der Gesellschaft, die 4basebio AG. Diese plant, beschließt und setzt die Sitzverlegung um. Minderheitsaktionäre existieren nicht. Es gibt deshalb – denklogisch – keinen Minderheitsaktionär, der gegen den Verlegungsbeschluss Widerspruch zur Niederschrift erklären könnte. Nur rein vorsorglich, und um dem Wortlaut von Art. 12 Absatz 1 SEAG Genüge zu tun, bieten die Gesellschaft und die einzige Aktionärin 4basebio AG jedem innerhalb der gesetzlichen Frist widersprechenden Minderheitsaktionär an, dass die 4basebio AG dessen Aktien zum Preis von EUR 1,00 je Aktie erwirbt.

Die 4basebio AG hat bereits angekündigt, dass sie auf die Prüfung der Barabfindung gemäß § 7 Absatz 3 SEAG i.V.m. § 12 Absatz 2 SEAG verzichten wird.

9 VORGESEHENE RECHTE ZUM SCHUTZ DER GLÄUBIGER

Die Gläubiger der Gesellschaft werden auf die folgenden, ihnen zustehende Rechte hingewiesen:

9.1 Gemäß § 13 Absatz 1 SEAG ist den Gläubigern der Gesellschaft Sicherheit zu leisten, wenn sie binnen zwei Monate nach dem Tag, an dem der Verlegungsplan nach Artikel 8 Absatz 2 Satz 1, Artikel 13 SE-VO offen gelegt worden ist, ihren Anspruch nach Grund und Höhe bei der Hauptversammlung der Gesellschaft schriftlich anmelden, soweit sie nicht Befriedigung verlangen können. Die Offenlegung erfolgt durch Veröffentlichung einer Hinweisbekanntmachung über die Einreichung des Verlegungsplans durch das Registergericht auf der Internetseite

www.handelsregisterbekanntmachungen.de.

Zusätzlich wird die Gesellschaft im zeitlichen Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Hinweisbekanntmachung den vollständigen Text des Verlegungsplans samt Anlage (*Articles of Association)* nebst deutscher Übersetzung hiervon im Bundesanzeiger

www.bundesanzeiger.de

veröffentlichen. Die Frist zur Forderungsanmeldung beginnt mit der Veröffentlichung der Hinweisbekanntmachung des Registergerichts. Sollte die durch die Gesellschaft

veranlasste Veröffentlichung des vollständigen Texts im Bundesanzeiger nach der Veröffentlichung der Hinweisbekanntmachung erfolgen, so können Gläubiger der Gesellschaft Forderungen noch bis zum Ablauf von zwei Monaten nach dem Tag der Veröffentlichung im Bundesanzeiger anmelden.

9.2 Das Recht, von der Gesellschaft Sicherheitsleistung zu verlangen, steht den Gläubigern jedoch nur zu, wenn sie glaubhaft machen, dass durch die Sitzverlegung der Gesellschaft die Erfüllung ihrer Forderungen gefährdet wird. Das Recht auf Sicherheitsleistung steht Gläubigern der Gesellschaft weiterhin nur im Hinblick auf solche Forderungen zu, die vor oder bis zu 15 Tage nach Offenlegung des Verlegungsplans entstanden sind.

9.3 Die Anmeldung einer Forderung ist schriftlich an die Gesellschaft und ihrer Geschäftsadresse Atrium 180. Europäische VV SE, Waldhofer Straße 102, 69123 Heidelberg, Deutschland, zu richten.

9.4 Die Gläubiger der Gesellschaft haben vor der Hauptversammlung, die über die Sitzverlegung befinden soll, mindestens einen Monat lang das Recht, am Sitz der Gesellschaft den Verlegungsplan und den Verlegungsbericht des Verwaltungsrats einzusehen und die unentgeltliche Aushändigung von Abschriften dieser Unterlagen zu verlangen.

Die Anlage 1 bildet in ihrer deutschen Fassung einen wesentlichen Bestandteil dieser Urkunde. Lediglich die deutsche Sprachfassung wurde vom Notar verlesen. Die englische Fassung wurde nicht verlesen und ist lediglich zum besseren Verständnis der Beteiligten beigefügt.

Der Notar hat steuerlich nicht beraten oder belehrt und übernimmt insoweit keine Haftung. Er hat auch nicht über ausländisches Recht belehrt und übernimmt auch insoweit keine Haftung.

Diese Niederschrift samt Anlage (in ihrer deutschen Fassung) wurde vom Notar dem Erschienenen vorgelesen, von ihm genehmigt und wie folgt von dem Erschienenen und dem Notar eigenhändig unterschrieben:

gez. Hansjoerg Plaggemars

gez. Weißer
Notar L.S.

Anlage 1

SATZUNG

/

ARTICLES OF ASSOCIATION

(mit englischer Übersetzung)

COMPANIES ACT 2006[1]

AKTIENGESELLSCHAFT IN DER FORM EINER SOCIETAS EUROPEA

SATZUNG

der

4BASEBIO SE

(Angenommen durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung von _____ 2020 und wirksam ab dem Datum, an dem die grenzüberschreitende Verlegung des eingetragenen Sitzes von Düsseldorf/Deutschland nach Cambridge/Vereinigtes Königreich in Kraft tritt)

---

[1] Aktiengesetz des Vereinigten Königreichs

Inhalt

1 Definitionen und Auslegung 1
2 Beschränkte Haftung der Mitglieder 3
3 Änderung des Namens 3
4 Änderung von Rechten 3
5 Ausgabe weiterer Aktien 4
6 Allgemeine Befugnisse 4
7 Mit Aktien verbundene Rechte 4
8 Einlösbare Aktien 4
9 Zahlung der Provision 4
10 Treuhand 5
11 Anzahl der Inhaber 5
12 Aktien in anderer als verbriefter Form 5
13 Anwendung der Artikel 5
14 Verfall, Pfandrecht und andere Ansprüche 6
15 Aktienregister des Emittenten 6
16 Zusätzliche Regelungen 7
17 Recht auf Aktienurkunde 7
18 Vollstreckung von Aktienurkunden 7
19 Ersatz von Aktienurkunden 8
20 Auf Risiko des Inhabers versandte Aktienurkunden 8
21 Pfandrecht der Gesellschaft an nicht voll eingezahlten Aktien 8
22 Vollstreckung des Pfandrechts durch Verkauf 8
23 Wirksamwerden einer Veräußerung 8
24 Verwendung des Verkaufserlöses 9
25 Einzahlungsabruf 9
26 Abruffiktion 9
27 Haftung von gemeinsamen Inhabern 9
28 Bei Nicht-Zahlung fällige Zinsen 9
29 Fällige Beträge gelten als Abrufe 10
30 Recht zu unterschiedlicher Behandlung 10
31 Bezahlung von Abrufen im Voraus 10
32 Nichtzahlung auf Abruf 10
33 Verfall bei unterbliebener Zahlung 10
34 Veräußerung von verfallenen Aktien 10
35 Folge des Verfalls 11
36 Eidesstattliche Erklärung über den Verfall 11
37 Form der Übertragung 11
38 Ablehnung der Registrierung von teilweise eingezahlten Aktien 11
39 Rechte zur Ablehnung der Registrierung von verbrieften Aktien 12
40 Mitteilung der Ablehnung 12
41 Keine Gebühr für die Registrierung 12
42 Ablehnungen von Übertragungen 12
43 Verzicht als Übertragung 12
44 Rechte zur Ablehnung der Registrierung von nicht verbrieften Aktien 13
45 Übertragung beim Tod 13
46 Wahl des Berechtigten durch Übertragung 13
47 Rechte des Berechtigten durch Übertragung 13
48 Befugnis zum Verkauf von Aktien 14
49 Verfahren beim Verkauf 14
50 Offenlegung von Interessen 15
51 Bruchteile von Aktien 18
52 Jahreshauptversammlung 19
53 Einberufung der Hauptversammlung 20

54 Dauer der Kündigungsfrist 20
55 Inhalt der Mitteilung 20
56 Unterlassung oder Nicht-Erhalt einer Mitteilung 20
57 Auf einer Hauptversammlung abgewickelte Geschäfte 21
58 Quorum 21
59 Verfahren bei nicht vorhandener Beschlussfähigkeit 21
60 Sicherheitsvorkehrungen 21
61 Vorsitzender 22
62 Teilnahme- und Rederecht des Direktors 22
63 Vertagung 22
64 Treffen an mehr als einem Ort 22
65 Änderungen von Beschlüssen 23
66 Abstimmungsverfahren und Anforderung einer Abstimmung 23
67 Erklärung des Vorsitzenden 24
68 Rückzug der Forderung nach einer Abstimmung 24
69 Verfahren zur Durchführung einer Abstimmung 24
70 Zeitpunkt der Abstimmung 25
71 Bekanntmachung der Abstimmung 25
72 Stimmen der Mitglieder 25
73 Gemeinsame Inhaber 26
74 Stimmabgabe im Namen nicht geschäftsfähiger Mitglieder 26
75 Kein Teilnahme- oder Stimmrecht bei überfälligen Beträgen 26
76 Einspruch der Wähler 26
77 Keine Verpflichtung zur Überprüfung der weisungsgemäßen Stimmrechtsvertretung 26
78 Ernennung eines Bevollmächtigten 27
79 Form der Vollmacht 27
80 Zustellung von Vollmachten 28
81 Mehrere Bevollmächtigte 29
82 Bestimmung der Vollmacht des Bevollmächtigten 29
83 Vertreter von Unternehmen 29
84 Sonderversammlungen 30
85 Anzahl der Direktoren 30
86 Abberufung von Direktoren 30
87 Zeitpunkt der Abberufung 31
88 Alter der Direktoren 31
89 Personen, die als Direktor in Frage kommen 31
90 Befugnis der Gesellschaft zur Ernennung von Direktoren 31
91 Befugnis des Verwaltungsrats zur Ernennung von Direktoren 31
92 Ermächtigung zur Abberufung durch Sonderbeschluss 32
93 Abberufung 32
94 Ernennung von stellvertretenden Direktoren 32
95 Beendigung der Ernennung 33
96 Wirkung der Ernennung 33
97 Ausgaben und Vergütung 33
98 Stellvertretender Direktor wird leitender Angestellter 33
99 Verfahren zur Ernennung und Abberufung 33
100 Benannter, der in mehr als einer Eigenschaft handelt 34
101 Allgemeine Befugnisse der Gesellschaft, die dem Verwaltungsrat übertragen wurden 34
102 Ortsansässiger Verwaltungsrat 34
103 Ernennung von Anwälten und Bevollmächtigten 34
104 Delegation der Befugnisse von Direktoren 35
105 Befugnisse zur Kreditaufnahme 35
106 Berufung in Exekutivämter 35

107 Geschäftsführender Direktor als Direktor 36
108 Andere Exekutivämter, die nicht mit einem Direktorium verbunden sind 36
109 Bezüge der Exekutivdirektoren 36
110 Delegation an Exekutivdirektoren 36
111 Assoziierte Direktoren 36
112 Verwaltungsratshonorare 37
113 Zusätzliche Vergütung 37
114 Auslagen der Direktoren 37
115 Trinkgelder und Pensionen der Direktoren 37
116 Offenlegung von Interessen an vorgeschlagenen Transaktionen 38
117 Offenzulegende Interessen an tatsächlichen Transaktionen 38
118 Fragen im Zusammenhang mit Interessenerklärungen 38
119 Wenn eine Erklärung nicht erforderlich ist 38
120 Erlaubte Interessen 39
121 Der Direktor kann in beruflicher Eigenschaft handeln 39
122 Abstimmung über Angelegenheiten, an denen ein Direktor interessiert ist 39
123 Beschlussfähigkeit bei fehlender Stimmberechtigung des Direktors 40
124 Gesonderte Betrachtung von Vorschlägen 41
125 Entscheidung des Vorsitzenden über Abstimmung eines Direktors 41
126 Genehmigung von Interessen 41
127 Voraussetzung für die Wirksamkeit der Genehmigung 41
128 Konflikte, die sich aus genehmigten Angelegenheiten ergeben 42
129 Direktoren können Bedingungen für die Genehmigung auferlegen 42
130 Beispiele für Begriffe, die auferlegt werden können 42
131 Vertrauliche Informationen 42
132 Allgemeine Pflichten 43
133 Rechenschaftspflicht für Leistungen 43
134 Aufgabenkonflikt 43
135 Verbundene Personen 43
136 Aussetzung oder Ratifizierung durch ordentlichen Beschluss 43
137 Bekanntmachung von Verwaltungsratssitzungen 43
138 Abstimmungen bei Verwaltungsratssitzungen 44
139 Beschlussfähigkeit bei Verwaltungsratssitzungen 44
140 Teilnahme an Sitzungen per Telefon 44
141 Zahl der Direktoren unter dem Quorum 44
142 Vorsitzender 44
143 Schriftlicher Beschluss 45
144 Gültigkeit von Rechtsakten 45
145 Sekretär 45
146 Protokoll 46
147 Verwendung des Siegels 46
148 Offizielles Siegel 46
149 Sicherheitssiegel 46
150 Anbringen eines Wertpapiersiegels 46
151 Erklärung der Dividenden durch die Gesellschaft 47
152 Berechnung von Dividenden 47
153 Der Verwaltungsrat kann Zwischen- und Festdividenden zahlen 47
154 Auf Aktien fällige Beträge können abgezogen werden 47
155 Keine Zinsen auf Dividenden 47
156 Daten aufzeichnen 48
157 Zahlung an Berechtigte durch Übermittlung 48
158 Zahlungsvorgang 48
159 Nicht eingezogene Dividenden 49
160 Andere Dividenden als Bardividenden 49
161 Ausschüttungen 49

162 Gemeinsame Inhaber 51
163 Mitglieder haben kein Recht auf Akteneinsicht 51
164 Versand von Jahresabschlüssen 51
165 Verfahren 52
166 Gewinne, die kapitalisiert werden können 53
167 Form der Mitteilung 53
168 Zustellungsvarianten 54
169 Mitglieder mit Adressen in Übersee 54
170 Anwesendes Mitglied gilt als benachrichtigt 54
171 Zustellung einer Mitteilung an den Berechtigten durch Übermittlung 54
172 Bei Unzustellbarkeit Einstellung von Mitteilungen von der Gesellschaft an das Mitglied 55
173 Wann die Benachrichtigung als zugestellt gilt 55
174 Benachrichtigen, wenn Beitrag nicht verfügbar ist 56
175 Beglaubigung von Dokumenten 56
176 Vernichtung von Dokumenten 57
177 Rückstellung für Mitarbeiter bei Geschäftsaufgabe 57
178 Abwicklung 58
179 Haftungsfreistellung 58

VORBEMERKUNG

1 Definitionen und Auslegung

1.1 In dieser Satzung gilt, wenn es nicht mit dem Thema oder dem Kontext unvereinbar ist:

"**Gesetz**" meint den Companies Act 2006;

"**Gesetzliche Bestimmungen**" sind die Companies Acts (wie in Abschnitt 2 des Gesetzes definiert), soweit sie für die Gesellschaft gelten;

"**Adresse**" schließt eine Nummer oder Adresse ein, die für den Versand oder Empfang von Mitteilungen, Dokumenten oder Informationen auf elektronischem Wege verwendet wird; in allen anderen Fällen darf sie jedoch keine Nummer oder Adresse enthalten, die für diesen Zweck verwendet wird;

"**Stellvertretender Direktor**" ist ein gemäß Artikel 94 ernannter stellvertretender Direktor;

"**Satzung**" bedeutet diese Satzung in der jeweils aktuellen Fassung;

"**Abschlussprüfer**" bezeichnet die derzeitigen Abschlussprüfer der Gesellschaft;

"**Verwaltungsrat**" bezeichnet die Verwaltungsratsmitglieder oder einen von ihnen, die als Verwaltungsrat der Gesellschaft fungieren;

"**volle Tage**" bedeutet in Bezug auf die Frist einer Kündigung diese Frist unter Ausschluss des Tages, an dem die Kündigung ausgesprochen wird oder als ausgesprochen gilt, und des Tages, für den sie ausgesprochen wird oder an dem sie wirksam werden soll;

"**Gesellschaft**" bedeutet 4basebio SE (eingetragene Nummer _____);

"**verbunden mit**" in Bezug auf einen Direktor hat die in den Abschnitten 252 bis 255 des Gesetzes angegebene Bedeutung;

"**Direktoren**" bezeichnet die derzeitigen Direktoren der Gesellschaft;

"**Dividende**" bedeutet Dividende oder Bonus;

"**elektronische Form**" hat die Bedeutung, die ihr in Abschnitt 1168 des Gesetzes gegeben wird;

"**elektronische Mittel**" hat die Bedeutung, die ihm in Abschnitt 1168 des Gesetzes gegeben wird;

"**Exekutivdirektor**" ist ein Direktor, der ein Amt oder eine Anstellung innehat oder Dienstleistungen im Sinne des Artikels 106 erbringt;

"**Papierform**" und "**Papierkopie**" hat die Bedeutung, die ihr in Abschnitt 1168 des Gesetzes gegeben wird;

"**Inhaber**" bedeutet in Bezug auf jede Aktie das Mitglied, dessen Name im Register als Inhaber dieser Aktie eingetragen ist;

"**Mitglied**" bedeutet ein Mitglied der Gesellschaft;

"**Mustersatzung**" ist die Mustersatzung für Aktiengesellschaften mit beschränkter Haftung auf Aktien, die in Schedule 3 der Companies (Model Articles) Regulations 2008 (SI 2008/3229) in der vor dem Datum der Annahme dieser Artikel geänderten Fassung enthalten ist;

"**Sitz**" bezeichnet den eingetragenen Sitz der Gesellschaft;

"**Betreiber**" bezeichnet den Betreiber gemäß der Definition in den Regulations;

"**bezahlt**" bedeutet bezahlt oder als bezahlt gutgeschrieben;

"**Register**" bedeutet das Register der Mitglieder der Gesellschaft von Zeit zu Zeit;

"**Regulations**" bedeutet die "Uncertificated Securities Regulations 2001" (SI 2001 Nr. 3755);

"**Siegel**" bedeutet das gemeinsame Siegel de Gesellschaft;

"**Sekretär**" bezeichnet den Sekretär der Gesellschaft oder jede andere Person, die vom Verwaltungsrat ernannt wird, um die Aufgaben des Sekretärs der Gesellschaft zu erfüllen, einschließlich eines gemeinsamen, stellvertretenden oder einzelnen stellvertretenden Sekretärs;

"**Aktien**" bedeutet Anteile am Kapital der Gesellschaft;

"**Tochtergesellschaften**" bedeutet Tochtergesellschaften der Gesellschaft;

"**Vereinigtes Königreich**" bedeutet Großbritannien und Nordirland;

"**schriftlich**" bedeutet die Darstellung oder Wiedergabe von Wörtern, Symbolen oder anderen Informationen in einer sichtbaren Form durch irgendeine Methode oder eine Kombination von Methoden, unabhängig davon, ob sie in elektronischer oder anderer Form vorliegen, und "**schriftlich**" ist entsprechend auszulegen; und

"**Jahr**" bezeichnet einen Zeitraum von 12 aufeinander folgenden Monaten.

1.2 Wörter, die das männliche Geschlecht bezeichnen, umfassen das weibliche und das neutrale Geschlecht; Wörter, die die Einzahl bezeichnen, umfassen die Mehrzahl und umgekehrt; Wörter, die Personen bezeichnen, umfassen Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften.

1.3 Vorbehaltlich der obigen Bestimmungen haben alle im Gesetz oder in den Regulations definierten Wörter oder Ausdrücke dieselbe Bedeutung, wenn sie nicht mit dem Thema oder dem Zusammenhang unvereinbar sind.

1.4 Alle Bezugnahmen auf das Gesetz, auf einen Abschnitt oder eine Bestimmung des Gesetzes oder auf ein anderes Gesetz oder eine andere gesetzliche Vorschrift oder untergeordnete Gesetzgebung gelten als Bezugnahmen auf eine gesetzliche Wiederinkraftsetzung oder Änderung derselben zum gegenwärtigen Zeitpunkt (unabhängig davon, ob sie vor oder nach der Annahme dieser Satzung in Kraft treten).

1.5 Verweise darauf, dass eine Aktie (oder der Besitz einer Aktie) in unverbriefter Form oder in verbriefter Form vorliegt, sind Verweise darauf, dass diese Aktie eine unverbriefte Einheit eines Wertpapiers oder eine verbriefte Einheit eines Wertpapiers ist.

1.6 Ein Verweis auf eine Sitzung darf nicht so verstanden werden, dass mehr als eine Person persönlich anwesend sein muss, wenn die Beschlussfähigkeitserfordernisse von einer Person erfüllt werden können.

1.7 Jede Bezugnahme auf eine Unterschrift oder auf etwas, das unterzeichnet wird, schließt im Falle einer Mitteilung in elektronischer Form ein, dass diese gemäß den Bestimmungen der Akte authentifiziert wird.

1.8 Jede Bezugnahme auf ein "**Instrument**" bedeutet, sofern nicht das Gegenteil angegeben ist, ein schriftliches Dokument, das eine greifbare Form hat und nicht in elektronischer Form vorliegt.

1.9 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen ist ein Sonderbeschluss für jeden Zweck wirksam, für den ausdrücklich ein ordentlicher Beschluss gefordert wird.

1.10 Als Satzung der Gesellschaft gelten keine in einem Statut oder in einer Satzung oder in anderen untergeordneten Rechtsvorschriften, die aufgrund eines Statuts erlassen wurden, enthaltenen Vorschriften oder Artikel über Gesellschaften (einschließlich der Vorschriften in den Mustersatzungen).

1.11 Überschriften in dieser Satzung werden nur der Einfachheit halber eingefügt und sollen die Konstruktion nicht beeinflussen.

HAFTUNGSBESCHRÄNKUNG

2 Beschränkte Haftung der Mitglieder

2.1 Die Haftung der Mitglieder der Gesellschaft ist auf den Betrag beschränkt, der gegebenenfalls auf die von ihnen gehaltenen Aktien nicht bezahlt wurde.

Firma

3 Änderung der Firma

3.1 Die Gesellschaft kann ihre Firma durch Beschluss des Verwaltungsrates ändern.

VARIATION DER RECHTE

4 Änderung von Rechten

4.1 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen können immer dann, wenn das Kapital der Gesellschaft in verschiedene Aktiengattungen aufgeteilt wird, die mit jeder ausgegebenen Aktiengattung verbundenen Rechte (sofern die Ausgabebedingungen der Aktien dieser Gattung nichts anderes vorsehen) von Zeit zu Zeit geändert oder aufgehoben werden, unabhängig davon, ob sich die Gesellschaft in Liquidation befindet oder nicht, und zwar entweder mit der schriftlichen Zustimmung der Inhaber von drei Vierteln des Nennwerts der ausgegebenen Aktien dieser Gattung (unter Ausschluss aller Aktien dieser Gattung, die als eigene Aktien gehalten werden) oder mit der Genehmigung per Sonderbeschluss, der auf einer getrennten Versammlung dieser Inhaber gefasst wird (aber nicht anders).

5 Ausgabe weiterer Aktien

5.1 Die Sonderrechte, die den Inhabern von Aktien oder Aktiengattungen gewährt werden, gelten, sofern in dieser Satzung oder den Emissionsbedingungen der betreffenden Aktien nichts anderes vorgesehen ist, als durch eine Herabsetzung des auf diese Aktien eingezahlten Kapitals geändert, jedoch nicht als durch die Schaffung oder Ausgabe weiterer Aktien mit gleichem oder späterem Rang geändert. Die Sonderrechte, die den Inhabern von Stammaktien gewährt werden, gelten weder als durch die Schaffung oder Ausgabe weiterer Aktien, die diesen gleichrangig oder nachrangig sind, verändert, noch ist nach Artikel 4 eine Zustimmung oder Genehmigung der Inhaber von Stammaktien für eine Änderung oder Aufhebung erforderlich, die durch einen Beschluss erfolgt, bei dem nur die Inhaber von Stammaktien stimmberechtigt sind.

AKTIEN

6 Allgemeine Befugnisse

6.1 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen und der in den gesetzlichen Bestimmungen vorgeschriebenen einschlägigen Befugnisse der Gesellschaft kann der Verwaltungsrat an solche Personen (einschließlich der Direktoren selbst), zu solchen Zeiten und im Allgemeinen zu solchen Bedingungen, wie sie der Verwaltungsrat festlegt, neue Aktien oder Rechte zur Zeichnung oder Umwandlung von Wertpapieren in Aktien zuteilen (mit oder ohne Übertragung von Verzichtsrechten), Optionen auf neue Aktien oder Rechte zur Zeichnung oder Umwandlung von Wertpapieren in Aktien gewähren, anbieten oder anderweitig damit handeln oder darüber verfügen, vorausgesetzt, dass keine Aktien mit einem Abschlag auf ihren Nennwert ausgegeben werden.

7 Mit Aktien verbundene Rechte

7.1 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen und unbeschadet der mit bestehenden Aktien verbundenen Rechte kann jede Aktie mit solchen Rechten oder Beschränkungen ausgegeben werden, die die Gesellschaft durch einen ordentlichen Beschluss oder in Ermangelung eines solchen Beschlusses oder sofern ein solcher Beschluss keine spezifischen Bestimmungen enthält, durch den Verwaltungsrat bestimmt werden.

8 Einlösbare Aktien

8.1 Vorbehaltlich des Gesetzes können Aktien ausgegeben werden, die nach Wahl der Gesellschaft oder des Inhabers zu den Bedingungen und in der Weise, die der Verwaltungsrat festlegt, zurückgenommen werden sollen oder zurückgenommen werden können.

9 Zahlung der Provision

9.1 Zusätzlich zu allen anderen Befugnissen zur Zahlung von Provisionen kann die Gesellschaft die durch die gesetzlichen Bestimmungen übertragenen Befugnisse zur Zahlung von Provisionen ausüben.

9.2 Die Gesellschaft (oder der Verwaltungsrat im Namen der Gesellschaft) kann bei einer Ausgabe von Aktien oder einem Verkauf von eigenen Aktien rechtmäßige Vermittlungsgebühren zahlen.

9.3 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen können solche Provisionen oder Vermittlungsgebühren durch Barzahlung oder durch die Zuteilung ganz oder teilweise bezahlter Aktien oder teilweise auf die eine und teilweise auf die andere Weise erfüllt werden.

10 Treuhand

10.1 Sofern nicht gesetzlich vorgeschrieben, wird keine Person von der Gesellschaft als Inhaber einer Aktie für ein Treuhandvermögen anerkannt, und (sofern in dieser Satzung oder durch das Gesetz nicht anders vorgesehen) ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, (selbst wenn sie davon Kenntnis hat) irgendein Recht an einer Aktie anzuerkennen, mit Ausnahme des absoluten Rechts auf die Gesamtheit der Aktie des eingetragenen Inhabers.

11 Anzahl der Inhaber

11.1 Die Aktien dürfen nicht auf den Namen von mehr als vier Personen gemeinsam eingetragen werden.

UNVERBRIEFTE AKTIEN

12 Aktien in anderer als verbriefter Form

12.1 Die Gesellschaft kann:

12.1.1 Aktien und andere Wertpapiere ausgeben, die nicht verbrieft sind;

12.1.2 erlauben, dass bestehende Aktien und andere Wertpapiere unverbrieft gehalten werden können; und

12.1.3 die Übertragung von Aktien oder anderen Wertpapieren, die unverbrieft gehalten werden, ohne Übertragungsurkunde gestatten,

jeweils in anderer als verbriefter Form gemäß den Regulations.

13 Anwendung der Artikel

13.1 Falls die Gesellschaft Aktien in unverbriefter Form ausgibt, gilt diese Satzung weiterhin für diese Aktien, jedoch nur insoweit, als sie vereinbar ist:

13.1.1 damit, diese Aktien in unverbriefter Form zu halten;

13.1.2 damit, das Eigentum an diesen Aktien unter Verwendung eines entsprechenden Systems zu übertragen;

13.1.3 mit sämtlichen Bestimmungen der Regulations; und

13.1.4 mit jeder vom Verwaltungsrat festgeschriebenen Regelung gemäß Artikel 16,

und unbeschadet der Allgemeingültigkeit dieses Artikels findet keine Bestimmung dieser Satzung Anwendung und entfaltet keine Wirkung, soweit sie in irgendeiner Hinsicht unvereinbar ist mit dem Führen und Bewahren eines Aktienregisters für diese

Aktiengattung in unverbriefter Form oder der Vornahme von Eintragungen darin durch den Betreiber, solange dies nach den Regulations zulässig oder vorgeschrieben ist.

14 Verfall, Pfandrecht und andere Ansprüche

14.1 Wenn irgendeine Aktiengattung des Kapitals der Gesellschaft eine Beteiligung dokumentiert und die Gesellschaft gemäß den gesetzlichen Bestimmungen oder der vom Betreiber erlassenen Regeln und Praktiken oder gemäß dieser Satzung berechtigt ist, über Aktien, die in unverbriefter Form gehalten werden, zu verfügen, diese zu verwirken, ein Pfandrecht geltend zu machen oder diese zu verkaufen oder anderweitig den Verkauf von Aktien, die in unverbriefter Form gehalten werden, herbeizuführen, so umfasst diese Berechtigung (soweit dies gemäß den Regulations und den vom Betreiber erlassenen Regeln und Praktiken zulässig ist) das Recht dazu:

14.1.1 den Umtausch von in unverbriefter Form gehaltenen Aktien, die Gegenstand einer Ausübung eines solchen Anspruchs durch die Gesellschaft sind, in eine verbriefte Form zu verlangen, um der Gesellschaft die Veräußerung, den Verkauf oder die Übertragung solcher Aktien zu ermöglichen;

14.1.2 den Inhaber anzuweisen, durch Anweisungen, die über ein einschlägiges System oder anderweitig erteilt werden, solche Schritte zu unternehmen, die für den Verkauf oder die Übertragung solcher Aktien erforderlich sind;

14.1.3 eine Person zu ernennen, die durch eine mittels eines einschlägigen Systems oder anderweitig erteilte Weisung im Namen des Inhabers der Aktien die zur Durchführung der Übertragung dieser Aktien erforderlichen Schritte unternimmt, wobei diese Schritte in gleicher Weise wirksam sind, als wären sie vom Inhaber der betreffenden Aktien unternommen worden;

14.1.4 alle Aktien zu übertragen, die Gegenstand der Ausübung eines solchen Anspruchs durch die Gesellschaft sind, indem der Name des Übernehmers in Bezug auf diese Aktie als übertragene Aktie in das Register eingetragen wird;

14.1.5 anderweitig das Register in Bezug auf diese Aktie in angemessener Weise zu berichtigen oder zu ändern; und

14.1.6 alle anderen Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, damit diese Aktien auf den Namen der Person, an die die Aktien verkauft oder veräußert worden sind, oder auf deren Anweisung eingetragen werden können.

15 Aktienregister des Emittenten

15.1 Die Gesellschaft ist berechtigt, anzunehmen, dass die Eintragungen in den von ihr gemäß den Regulations geführten und regelmäßig mit dem entsprechenden Aktienregister des Betreibers abgeglichenen Aktienregister eine vollständige und genaue Wiedergabe der im Aktienregister des Betreibers eingetragenen Angaben ist, und ist dementsprechend nicht haftbar für Handlungen oder Dinge, die von der Gesellschaft oder im Namen der Gesellschaft im Vertrauen auf eine solche Annahme vorgenommen oder unterlassen wurden; insbesondere ist jede Bestimmung dieser Satzung, die vorschreibt oder vorsieht, dass Maßnahmen im Vertrauen auf die im Register enthaltenen Informationen ergriffen werden, so auszulegen, dass diese Maßnahmen im Vertrauen auf die Informationen in allen relevanten

Wertpapieraufzeichnungen (in der so geführten und abgestimmten Form) ergriffen werden können.

16 Zusätzliche Regelungen

16.1 Der Verwaltungsrat kann auch Vorschriften erlassen, die:

16.1.1 die Ausgabe, den Besitz und die Übertragung und gegebenenfalls den Ablauf der Umwandlung und Einlösung von Aktien, die in unverbriefter Form gehalten werden, regeln;

16.1.2 die Abläufe für Zahlungen, die das betreffende System betreffen, regeln; und

16.1.3 alle anderen Vorkehrungen treffen, die der Verwaltungsrat für notwendig erachtet, um sicherzustellen, dass diese Satzung mit den Regulations und mit den Regeln oder Leitlinien eines Betreibers im Rahmen der Regulations in Einklang stehen,

und wenn dies ausdrücklich angegeben ist, gelten diese Bestimmungen anstelle anderer einschlägiger Bestimmungen in dieser Satzung, die sich auf Urkunden und die Übertragung, den Umtausch und die Einlösung von Aktien und anderen Wertpapieren beziehen, sowie aller anderen Bestimmungen, die nicht mit den Regulations in Einklang stehen.

AKTIENZERTIFIKATE

17 Recht auf Aktienurkunde

17.1 Jedes Mitglied (mit Ausnahme einer Person, die nach den gesetzlichen Bestimmungen keinen Anspruch auf eine Urkunde hat) hat, wenn es Inhaber von Aktien in verbriefter Form wird, ohne Zahlung Anspruch auf eine Urkunde für alle Aktien jeder Klasse, die es in verbriefter Form hält, und nach Übertragung eines Teils der in einer Urkunde enthaltenen Aktien auf eine Urkunde für den Rest dieser in verbriefter Form gehaltenen Aktien. Aktien verschiedener Klassen können nicht in ein und dieselbe Urkunde aufgenommen werden. Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, mehr als eine Urkunde für Aktien auszustellen, die von mehreren Personen gemeinsam gehalten werden, und die Auslieferung einer Urkunde an einen gemeinsamen Inhaber ist eine ausreichende Lieferung an alle.

18 Vollstreckung von Aktienurkunden

18.1 Aktienurkunden der Gesellschaft (mit Ausnahme von Zuteilungsschreiben, Zwischenscheinen und anderen ähnlichen Dokumenten) können nach dem Ermessen des Verwaltungsrates (durch Beschluss des Verwaltungsrates) entweder allgemein oder in einem oder mehreren besonderen Fällen unter dem Siegel oder unter einem amtlichen Siegel ausgegeben werden, das von der Gesellschaft gemäß Abschnitt 50 des Gesetzes geführt wird. Unabhängig davon, ob Aktienurkunden unter einem Siegel ausgegeben werden oder nicht, kann der Verwaltungsrat durch Beschluss entweder allgemein oder in einem bestimmten Fall oder in bestimmten Fällen beschließen, dass alle Unterschriften auf Urkunden für Geschäftsanteile, Aktien oder Schuldverschreibungen oder Anleihen (außer wenn die Treuhandurkunde, die Aktien oder Schuldverschreibungen oder Anleihen darstellt, das Gegenteil vorsieht) oder die irgendeine andere Form der Sicherheit der Gesellschaft darstellen, nicht autographisch sein müssen, sondern auf den Urkunden durch irgendein

mechanisches Mittel angebracht oder darauf gedruckt werden können, oder dass solche Urkunden nicht von einer Person unterzeichnet werden müssen. Jede Aktienurkunde muss die Anzahl und die Gattung der Aktien, auf die sie sich bezieht, sowie den auf diese Aktien eingezahlten Betrag angeben.

19 Ersatz von Aktienurkunden

19.1 Wenn ein Aktienurkunde abgenutzt, unleserlich gemacht, verloren, gestohlen oder zerstört wird, kann sie ohne Zahlung einer Gebühr erneuert werden, jedoch zu Bedingungen (falls zutreffend), die den Nachweis und die Entschädigung mit oder ohne Sicherheit und auf andere Weise, wie vom Verwaltungsrat gefordert, ermöglichen, und im Falle einer abgenutzten oder unleserlichen Urkunde bei der Aushändigung dieser Urkunde. Im Falle von Verlust, Diebstahl oder Vernichtung kann von der Person, der die neue Urkunde ausgestellt wird, verlangt werden, der Gesellschaft alle außergewöhnlichen Kosten aus eigener Tasche zu zahlen, die mit der Untersuchung von Beweisen für Verlust, Diebstahl oder Vernichtung und der Vorbereitung der erforderlichen Form der Entschädigung verbunden sind.

20 Auf Risiko des Inhabers versandte Aktienurkunden

20.1 Jede Aktienurkunde, die in Übereinstimmung mit dieser Satzung versandt wird, wird auf Risiko des Mitglieds oder einer anderen Person, die Anspruch auf die Urkunde hat, versandt. Die Gesellschaft ist nicht verantwortlich für Aktienurkunden, die während der Zustellung verloren gehen oder verzögert werden.

PFANDRECHT AN AKTIEN

21 Pfandrecht der Gesellschaft an nicht voll eingezahlten Aktien

21.1 Die Gesellschaft hat ein erstes und vorrangiges Pfandrecht an jeder Aktie (bei der es sich nicht um eine voll eingezahlte Aktie handelt) für alle Zahlungsansprüche (unabhängig davon, ob sie gegenwärtig zahlbar sind oder nicht), die zu einem bestimmten Zeitpunkt zahlbar sind oder in Bezug auf diese Aktie eingefordert werden. Der Verwaltungsrat kann jederzeit erklären, dass jede Aktie ganz oder teilweise von den Bestimmungen dieses Artikels ausgenommen ist. Das Pfandrecht der Gesellschaft an einer Aktie erstreckt sich auf jeden in Bezug auf diese Aktie zahlbaren Betrag und auf jede Aktie oder jedes Wertpapier, das mit diesem Recht ausgegeben wurde.

22 Vollstreckung des Pfandrechts durch Verkauf

22.1 Die Gesellschaft kann jede Aktie, an der die Gesellschaft ein Pfandrecht hat, auf eine vom Verwaltungsrat festgelegte Art und Weise verkaufen, wenn die Summe, für die das Pfandrecht besteht, gegenwärtig fällig ist und nicht innerhalb von 14 vollen Tagen nach einer Mitteilung an den Inhaber der Aktie oder an die Person, die infolge des Todes oder Konkurses des Inhabers oder anderweitig kraft Gesetzes Anspruch darauf hat, bezahlt wird, wobei die Zahlung gefordert und erklärt wird, dass die Aktien verkauft werden können, wenn der Mitteilung nicht nachgekommen wird.

23 Wirksamwerden einer Veräußerung

23.1 Um einem Verkauf Wirkung zu verleihen, kann der Verwaltungsrat eine Person ermächtigen, eine Übertragungsurkunde zu vollstrecken oder anderweitig die Übertragung der verkauften Aktien an den Käufer oder in Übereinstimmung mit den Anweisungen des Käufers vorzunehmen. Der Käufer ist nicht verpflichtet, für die

Verwendung der Kaufgelder zu sorgen, und das Recht des Übernehmers an den Aktien wird durch eine Unregelmäßigkeit oder Ungültigkeit des Verfahrens im Zusammenhang mit dem Verkauf nicht berührt.

24 Verwendung des Verkaufserlöses

24.1 Der Netto-Verkaufserlös nach Ausgleich der Veräußerungskosten wird in oder zur Zahlung eines Teils der Summe, für die das Pfandrecht besteht, verwendet, und alle Rückstände werden (nach Übergabe an die Gesellschaft zur Löschung der Urkunde, falls vorhanden, für die verkauften Aktien und vorbehaltlich eines gleichartigen Pfandrechts für alle gegenwärtig nicht zu zahlenden Gelder, die vor dem Verkauf auf den Aktien bestanden) an die Person ausgezahlt, die zum Zeitpunkt des Verkaufs in Bezug auf die Aktien berechtigt war.

ABRUF DER EINZAHLUNG AUF AKTIEN

25 Einzahlungsabruf

25.1 Vorbehaltlich der Zuteilungsbedingungen kann der Verwaltungsrat die Mitglieder in Bezug auf alle auf ihre Aktien nicht eingezahlten Gelder (sei es in Bezug auf den Nennwert oder das Agio) auffordern, und jedes Mitglied hat (vorbehaltlich einer mindestens 14-tägigen Zahlungsfrist unter Angabe des Zeitpunkts und des Ortes der Zahlung) den in der Zahlungsaufforderung geforderten Betrag für seine Aktien an die Gesellschaft zu zahlen. Ein Abruf kann verlangt werden, der in Raten zu zahlen ist. Ein Abruf kann, bevor die Gesellschaft einen fälligen Betrag erhält, ganz oder teilweise widerrufen werden, und die Zahlung eines Abrufs kann ganz oder teilweise aufgeschoben werden. Eine Person, an die ein Abruf ergeht, bleibt ungeachtet der späteren Übertragung der Aktien, für die der Abruf ergangen ist, gesamtschuldnerisch mit den Rechtsnachfolgern ihrer Aktien für die an sie ergangenen Abrufe haftbar.

26 Abruffiktion

26.1 Ein Abruf gilt als zu dem Zeitpunkt erfolgt, zu dem der Beschluss des Verwaltungsrates zur Genehmigung des Abrufs gefasst wurde.

27 Haftung von gemeinsamen Inhabern

27.1 Die gemeinsamen Inhaber eines Anteils sind gesamtschuldnerisch zur Zahlung aller Abrufe in Bezug auf diesen Anteil verpflichtet.

28 Bei Nicht-Zahlung fällige Zinsen

28.1 Bleibt ein Abruf unbezahlt, nachdem er fällig und zahlbar geworden ist, so hat die Person, von der der Betrag fällig und zahlbar ist, sofern der Verwaltungsrat nichts anderes beschließt, Zinsen auf den unbezahlten Betrag ab dem Tag zu zahlen, an dem er fällig und zahlbar wurde, bis er zu dem in den Zuteilungsbedingungen der Aktie oder in der Ankündigung des Abrufs festgelegten Zinssatz oder, falls kein Zinssatz festgelegt wurde, zu einem vom Verwaltungsrat festgelegten angemessenen Zinssatz oder, falls kein Zinssatz festgelegt wurde, zu einem Zinssatz von 3 Prozent p.a. über dem Basiszinssatz der Bank of England plc von Zeit zu Zeit zu zahlen. Die Person, von der der Betrag fällig und zahlbar ist, hat auch alle Kosten zu tragen, die der Gesellschaft aufgrund der Nichtzahlung dieses Betrages entstanden sein könnten.

29 Fällige Beträge gelten als Abrufe

29.1 Ein für eine Aktie bei der Zuteilung oder zu einem festen Termin zu zahlender Betrag, sei es als Nennwert oder Agio oder als Teilzahlung eines Abrufs, gilt als Abruf, und wenn er nicht gezahlt wird, gelten die Bestimmungen dieser Satzung, als ob dieser Betrag aufgrund eines Abrufs fällig und zahlbar geworden wäre.

30 Recht zu unterschiedlicher Behandlung

30.1 Vorbehaltlich der Zuteilungsbedingungen kann der Verwaltungsrat bei der Ausgabe von Aktien Vorkehrungen treffen, um zwischen den Inhabern in Bezug auf Höhe und Zeitpunkt der Zahlung von Abrufen auf ihre Aktien zu unterscheiden.

31 Bezahlung von Abrufen im Voraus

31.1 Der Verwaltungsrat kann, wenn er es für angebracht hält, von jedem Mitglied, das bereit ist, ihm die nicht eingeforderten und nicht bezahlten Einlagen auf die von ihm gehaltenen Aktien ganz oder teilweise vorzustrecken, diese entgegennehmen und auf die so vorgestreckten Gelder ganz oder teilweise Zinsen in angemessener Höhe oder zu einem anderen zwischen dem Verwaltungsrat und dem betreffenden Mitglied vereinbarten Zinssatz (bis diese Gelder ohne den Vorschuss gegenwärtig zahlbar werden) zahlen, vorbehaltlich der Anweisungen der Gesellschaft in der Hauptversammlung.

VERFALL UND RÜCKGABE VON AKTIEN

32 Nichtzahlung auf Abruf

32.1 Bleibt ein Abruf unbezahlt, nachdem er fällig und zahlbar geworden ist, kann der Verwaltungsrat von der Person, von der er fällig ist, mindestens 14 volle Tage im Voraus die Zahlung des unbezahlten Betrags zusammen mit allen angefallenen Zinsen und allen Kosten, Gebühren und Auslagen, die der Gesellschaft aufgrund dieser Nichtzahlung entstanden sind, verlangen. Die Ankündigung nennt den Ort, an dem die Zahlung zu leisten ist, und weist darauf hin, dass bei Nichteinhaltung der Ankündigung die Aktien, für die die Aufforderung ausgesprochen wurde, verfallen können.

33 Verfall bei unterbliebener Zahlung

33.1 Wird die Zahlungsaufforderung nicht befolgt, so kann jede Aktie, für die sie erteilt wurde, durch Beschluss des Verwaltungsrats verfallen, bevor die in der Aufforderung verlangte Zahlung erfolgt ist, und der Verfall umfasst alle Dividenden oder sonstigen Gelder, die in Bezug auf die verwirkte Aktie zahlbar sind und nicht vor dem Verfall ausgezahlt wurden. Der Verwaltungsrat kann zu den vereinbarten Bedingungen die Rückgabe einer Aktie, die verfallen ist, akzeptieren, und vorbehaltlich dieser Bedingungen wird eine zurückgegebene Aktie so behandelt, als ob sie verfallen wäre.

34 Veräußerung von verfallenen Aktien

34.1 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen kann eine verfallene Aktie zu den Bedingungen und in der Weise verkauft, wieder zugeteilt oder anderweitig veräußert werden, die der Verwaltungsrat festlegt, entweder an die Person, die vor dem Verfall der Inhaber war, oder an eine andere Person, und zu jedem Zeitpunkt vor dem Verkauf, der Wiederzuteilung oder einer anderen Verfügung kann der Verfall zu den Bedingungen aufgehoben werden, die der Verwaltungsrat für angemessen hält. Soll

eine verfallene Aktie zum Zwecke ihrer Veräußerung an eine beliebige Person übertragen werden, so kann der Verwaltungsrat eine Person ermächtigen, eine Übertragungsurkunde zu vollstrecken oder die Übertragung der Aktie an diese Person anderweitig zu bewirken.

35 Folge des Verfalls

35.1 Eine Person, deren Aktien verfallen sind, ist nicht mehr Mitglied in Bezug auf diese Aktien, und gibt der Gesellschaft die Urkunde, falls vorhanden, für die verfallenen Aktien zur Annullierung ab, bleibt aber der Gesellschaft gegenüber für alle Zahlungsverpflichtungen haftbar, die zum Zeitpunkt des Verfalls gegenwärtig von ihr an die Gesellschaft für diese Aktien mit Zinsen zu dem Satz zu zahlen waren, zu dem vor dem Verfall Zinsen auf diese Gelder zu zahlen waren, oder, wenn keine Zinsen zu zahlen waren, zum angemessenen Zinssatz ab dem Datum des Verfalls bis zur Zahlung, aber der Verwaltungsrat kann ganz oder teilweise auf die Zahlung verzichten oder die Zahlung ohne Berücksichtigung des Wertes der Aktien zum Zeitpunkt des Verfalls oder der bei ihrer Veräußerung erhaltenen Gegenleistung durchsetzen.

36 Eidesstattliche Erklärung über den Verfall

36.1 Eine eidesstattliche Erklärung eines Verwaltungsratsmitglieds oder des Schriftführers, dass eine Aktie verfallen ist oder verkauft wurde, um ein Pfandrecht der Gesellschaft zu einem bestimmten Datum zu befriedigen, wird als schlüssiger Beweis für die darin angegebenen Tatsachen gegenüber allen Personen behandelt, die Anspruch auf die Aktie erheben, und die Erklärung dokumentiert (vorbehaltlich der Ausfertigung einer Übertragungsurkunde, falls erforderlich) ein Eigentumsrecht an der Aktie, und die Person, an die die Aktie veräußert wird, ist nicht verpflichtet, für die Verwendung der Gegenleistung zu sorgen, falls vorhanden, noch wird ihr Eigentumsrecht an der Aktie durch Unregelmäßigkeiten oder die Ungültigkeit des Verfahrens im Zusammenhang mit dem Verfall, dem Verkauf oder der Veräußerung der Aktie berührt.

ÜBERTRAGUNG VON AKTIEN

37 Form der Übertragung

37.1 Eine Aktie, die in verbriefter Form gehalten wird, kann durch eine Übertragungsurkunde in jeder üblichen Form oder in einer anderen vom Verwaltungsrat genehmigten Form übertragen werden, die vom oder im Namen des Übertragenden und, sofern die Aktie nicht voll eingezahlt ist, vom oder im Namen des Übernehmers ausgeführt wird. Eine Aktie, die in unverbriefter Form gehalten wird, kann mittels eines entsprechenden Systems übertragen werden. Der Übertragende gilt so lange als Inhaber der Aktie, bis der Erwerber im Register als ihr Inhaber eingetragen ist.

38 Ablehnung der Registrierung von teilweise eingezahlten Aktien

38.1 Der Verwaltungsrat kann im Falle von Aktien, die in verbriefter Form gehalten werden, in seinem Ermessen die Eintragung der Übertragung einer nicht voll eingezahlten Aktie verweigern und die Gründe angeben, aus denen eine solche Eintragung verweigert wird, vorausgesetzt, dass, wenn solche Aktien am AIM, an einem von der London Stock Exchange plc betriebenen börsenregulierten Markt oder an einem geregelten Markt (wie in der Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente definiert) zugelassen sind, dieses Ermessen nicht in einer Weise ausgeübt werden kann, die verhindert, dass der Handel mit Aktien dieser Klasse auf einer offenen und ordnungsgemäßen Grundlage stattfindet.

39 Rechte zur Ablehnung der Registrierung von verbrieften Aktien

39.1 Der Verwaltungsrat kann auch die Eintragung einer Übertragung von Aktien, die in verbriefter Form gehalten werden, verweigern, es sei denn, es handelt sich um eine Übertragungsurkunde:

39.1.1 mit einem ordnungsgemäßen Stempel versehen oder ordnungsgemäß beglaubigt oder anderweitig zur Zufriedenheit des Verwaltungsrats von der Stempelsteuer befreit sein, beim Amt oder an einem anderen vom Verwaltungsrat bestimmten Ort hinterlegt und (außer im Falle einer Übertragung durch eine Person, auf die keine Bescheinigung über die betreffenden Aktien ausgestellt wurde) zusammen mit der Bescheinigung über die Aktien, auf die sie sich bezieht, und allen anderen Nachweisen, die der Verwaltungsrat vernünftigerweise verlangen kann, um das Recht des Übertragenden auf die Übertragung nachzuweisen, und, falls die Übertragungsurkunde von einer anderen Person in seinem Namen ausgeführt wird, die Befugnis dieser Person, dies zu tun;

39.1.2 in Bezug auf nur eine Aktiengattung; und

39.1.3 zugunsten von nicht mehr als vier Erwerbern.

40 Mitteilung der Ablehnung

40.1 Weigert sich der Verwaltungsrat, eine Übertragung von Aktien, die in verbriefter Form gehalten werden, zu registrieren, so hat er so bald wie möglich, auf jeden Fall aber innerhalb von zwei Monaten nach dem Datum, an dem die Übertragung bei der Gesellschaft eingereicht wurde, eine Mitteilung über die Ablehnung zusammen mit den Gründen für die Ablehnung an den Erwerber zu senden.

41 Keine Gebühr für die Registrierung

41.1 Für die Eintragung einer Übertragungsurkunde oder eines anderen Dokuments, das sich auf das Eigentumsrecht an einer Aktie bezieht oder dieses berührt, oder für die Eintragung in das Register, die das Eigentumsrecht an einer Aktie berührt, wird keine Gebühr erhoben.

42 Ablehnungen von Übertragungen

42.1 Die Gesellschaft ist berechtigt, jede eingetragene Übertragungsurkunde einzubehalten, aber jede Übertragungsurkunde, deren Eintragung der Verwaltungsrat ablehnt, wird der Person, die sie eingereicht hat, bei der Mitteilung der Ablehnung zurückgegeben.

43 Verzicht als Übertragung

43.1 Für alle Zwecke dieser Satzung, die sich auf die Eintragung von Übertragungen von Aktien beziehen, gilt der Verzicht auf die Zuteilung von Aktien durch den Zuteilungsberechtigten zugunsten einer anderen Person als Übertragung, und der Verwaltungsrat hat die gleichen Befugnisse zur Verweigerung der Wirksamkeit eines solchen Verzichts wie bei einer Übertragung.

44 Rechte zur Ablehnung der Registrierung von nicht verbrieften Aktien

44.1 Unbeschadet der Artikel 12 bis 16 (einschließlich) kann der Verwaltungsrat die Eintragung einer Übertragung einer nicht verbrieften Aktie unter anderen Umständen ablehnen, die gemäß den Regulations und dem betreffenden System zulässig oder erforderlich sind.

ÜBERTRAGUNG VON AKTIEN

45 Übertragung beim Tod

45.1 Stirbt ein Gesellschafter, so sind der oder die Verbliebenen, wenn er Mitinhaber war, und seine persönlichen Vertreter, wenn er alleiniger Inhaber oder einziger Verbliebener von Mitinhabern war, die einzigen Personen, die von der Gesellschaft als Inhaber seines Anteils anerkannt werden; jedoch entbindet nichts in dieser Satzung den Nachlass eines verstorbenen Gesellschafters von jeglicher Haftung in Bezug auf Anteile, die er (allein oder gemeinschaftlich) besessen hatte.

46 Wahl des Berechtigten durch Übertragung

46.1 Eine Person, die infolge des Todes oder des Konkurses eines Mitglieds oder anderweitig von Rechts wegen Anspruch auf eine Aktie erwirbt, kann nach Vorlage eines Nachweises, den der Verwaltungsrat ordnungsgemäß verlangen kann, und vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen dieser Satzung wählen, entweder Inhaber der Aktie zu werden oder eine von ihm benannte Person als Übertragungsempfänger eintragen zu lassen. Wenn er sich dafür entscheidet, der Inhaber zu werden, muss er die Gesellschaft davon in Kenntnis setzen. Entscheidet er sich für die Eintragung einer anderen Person, so hat er, wenn die Aktie in verbriefter Form gehalten wird, eine Urkunde über die Übertragung der Aktie auf diese Person zu vollstrecken oder, wenn die Aktie in unverbriefter Form gehalten wird, die Aktie auf diese Person mittels eines entsprechenden Systems zu übertragen. Alle Bestimmungen dieser Satzung, die sich auf die Übertragung und die Eintragung von Übertragungen von Aktien beziehen (einschließlich des Rechts, die Eintragung einer Übertragung abzulehnen), sind auf die Mitteilung oder Übertragung so anzuwenden, als ob es sich um eine Übertragung durch den Gesellschafter handelte und der Tod oder Konkurs des Gesellschafters oder ein anderes Ereignis, das den Anspruch begründet, nicht eingetreten wäre.

47 Rechte des Berechtigten durch Übertragung

47.1 Vorbehaltlich anderer Bestimmungen dieser Satzung hat eine Person, die infolge des Todes oder des Konkurses eines Mitglieds oder anderweitig von Rechts wegen Anspruch auf eine Aktie erwirbt, die Rechte, die ihr zustünden, wenn sie der Inhaber der Aktie wäre, mit der Ausnahme, dass sie vor der Eintragung als Inhaber der Aktie in Bezug auf diese nicht berechtigt ist, über Versammlungen der Gesellschaft oder eine gesonderte Versammlung der Inhaber irgendeiner Aktiengattung der Gesellschaft benachrichtigt zu werden oder an einer Versammlung der Gesellschaft oder an einer gesonderten Versammlung der Inhaber irgendeiner Aktiengattung der Gesellschaft teilzunehmen oder abzustimmen. Der Verwaltungsrat kann jederzeit eine Mitteilung machen, in der er von einer solchen Person verlangt, sich entweder selbst registrieren zu lassen oder die Aktie zu übertragen, und wenn der Mitteilung nicht innerhalb von 60 Tagen nachgekommen wird, kann der Verwaltungsrat danach die Zahlung aller Dividenden oder anderer in Bezug auf die Aktie zahlbarer Gelder zurückhalten, bis die Anforderungen der Mitteilung erfüllt sind.

NICHT ZURÜCKVERFOLGBARE AKTIONÄRE

48 Befugnis zum Verkauf von Aktien

48.1 Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Aktien eines Aktionärs oder die Aktien, auf die eine Person aufgrund der Übertragung bei Tod oder Konkurs oder anderweitig von Rechts wegen Anspruch hat, zum besten vernünftigerweise erzielbaren Preis zu verkaufen, wenn und vorausgesetzt, dass:

48.1.1 während eines Zeitraums von zwölf Jahren keine Bardividende für die Aktien beansprucht wurde, kein Scheck oder Optionsschein von der Gesellschaft per Post in einem frankierten Umschlag, der an das Mitglied oder die Person, die Anspruch auf die Aktien hat, an seine Adresse im Register adressiert ist, versandt wurde oder (falls abweichend) die letzte bekannte Adresse, die vom Mitglied oder der Person, die Anspruch auf die Aktien hat, angegeben wurde und an die Schecks und Optionsscheine zu senden sind, bezahlt wurde, jeder Versuch, eine Zahlung in Bezug auf die Aktien mittels Banküberweisung oder einer anderen Methode für die Zahlung von Dividenden oder anderen Geldern in Bezug auf Aktien zu leisten, gescheitert ist und die Gesellschaft keine Mitteilung von dem Mitglied oder dem Berechtigten (in seiner Eigenschaft als Mitglied oder Berechtigte) erhalten hat;

48.1.2 In einem solchen Zeitraum von zwölf Jahren mindestens drei Dividenden (ob Zwischen- oder Enddividende) auf die Aktien zahlbar geworden sind;

48.1.3 die Gesellschaft nach Ablauf des genannten Zeitraums von zwölf Jahren durch eine Anzeige in einer überregionalen Zeitung und in einer Zeitung, die in dem Gebiet, in dem sich die in Artikel 48.1.1 genannte Adresse befindet, im Umlauf ist, ihre Absicht, solche Aktien zu verkaufen, bekannt gegeben hat; und

48.1.4 während des Zeitraums von drei Monaten nach der Veröffentlichung der genannten Anzeigen die Gesellschaft keine Mitteilung in Bezug auf diese Aktie von diesem Mitglied oder Berechtigten erhalten hat.

48.2 Wenn zu irgendeinem Zeitpunkt während oder nach dem genannten Zeitraum von zwölf Jahren weitere Aktien ausgegeben wurden, für diejenigen, die zu Beginn dieses Zeitraums gehalten wurden, oder diejenigen, die während dieses Zeitraums ausgegeben wurden, zustehen, und seit dem Ausgabedatum die Anforderungen der Artikel 48.1.1 bis 48.1.4 in Bezug auf diese weiteren Aktien erfüllt sind, kann die Gesellschaft auch die weiteren Aktien verkaufen.

49 Verfahren beim Verkauf

49.1 Zur Durchführung eines Verkaufs gemäß dem vorstehenden Artikel kann der Verwaltungsrat eine Person ermächtigen, eine Übertragungsurkunde zu vollstrecken oder die Übertragung der zu verkaufenden Aktien anderweitig zu bewirken. Wenn die betreffenden Aktien in unverbriefter Form vorliegen, kann die Gesellschaft in Übereinstimmung mit den Regulations eine schriftliche Mitteilung an die Betreiberin ausstellen, in der die Umwandlung der Aktien in eine Urkunde verlangt wird. Der Käufer ist nicht verpflichtet, für die Verwendung der Kaufgelder zu sorgen, und das Recht des Übernehmers an den Aktien wird durch eine Unregelmäßigkeit oder Ungültigkeit des Verfahrens im Zusammenhang mit dem Verkauf nicht berührt. Der Nettoverkaufserlös gehört der Gesellschaft, die verpflichtet ist, dem ehemaligen

Mitglied oder einer anderen Person, die zuvor Anspruch auf die Aktien hatte, einen Betrag in Höhe des Nettoverkaufserlöses, der eine Schuld der Gesellschaft darstellt, zu verrechnen und den Namen des ehemaligen Mitglieds oder der anderen Person in den Büchern der Gesellschaft als Gläubiger für diesen Betrag einzutragen. Es wird kein Treuhandvermögen geschaffen, und es werden keine Zinsen für die Schulden gezahlt, und die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, über die mit dem Nettoerlös erwirtschafteten Gelder Rechenschaft abzulegen, die für die Geschäfte der Gesellschaft verwendet oder in solche Anlagen zugunsten der Gesellschaft investiert werden können, die der Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit festlegt.

OFFENLEGUNG VON INTERESSEN

50 Offenlegung von Interessen

50.1 Für die Zwecke dieses Artikels gilt, sofern der Kontext nichts anderes erfordert:

50.1.1 "**Offenlegungsmitteilung**" bezeichnet eine von oder im Namen der Gesellschaft herausgegebene Mitteilung, die eine Offenlegung von Aktienanteilen gemäß Abschnitt 793 und den Abschnitten 821 bis 825 des Gesetzes erfordert;

50.1.2 "**angegebene Aktien**" bedeutet alle oder gegebenenfalls einige der in einer Offenlegungsmitteilung angegebenen Aktien;

50.1.3 "**Beschränkungen**" bedeutet je nach Fall eine oder mehrere der in Artikel 50.3 genannten Beschränkungen;

50.1.4 "**Beschränkungsmitteilung**" ist eine von oder im Namen der Gesellschaft herausgegebene Mitteilung, die besagt oder im Wesentlichen besagt, dass (bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Verwaltungsrat gemäß Artikel 50.4 etwas anderes bestimmt) die darin genannten Aktien einer oder mehreren der darin angegebenen Beschränkungen unterliegen;

50.1.5 "**Aktien mit Sperrfrist**" bedeutet alle oder gegebenenfalls einige der angegebenen Aktien, auf die in einer Bekanntmachung über Beschränkungen Bezug genommen wird;

50.1.6 eine andere Person als das Mitglied, das eine Aktie hält, wird so behandelt, als sei sie an dieser Aktie interessiert, wenn

(i) das Mitglied die Gesellschaft darüber informiert hat, sei es aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift über die Offenlegung von Interessen oder aus anderen Gründen, dass die Person zu irgendeinem Zeitpunkt während der drei Jahre unmittelbar vor dem Datum, an dem die Offenlegungsmeldung herausgegeben wird, ein solches Interesse hat, hat oder haben könnte; oder

(ii) der Verwaltungsrat (nach Berücksichtigung aller Informationen, die er von dem Mitglied oder, im Rahmen einer Offenlegungsmeldung, von einer anderen Person erhalten hat) weiß oder berechtigten Grund zu der Annahme hat, dass die Person zu irgendeinem Zeitpunkt während der drei Jahre unmittelbar vor dem Datum, an dem die Offenlegungsmeldung herausgegeben wird, ein solches Interesse hat oder haben könnte; oder

(iii) in Reaktion auf eine Offenlegungsmeldung das Mitglied oder eine andere Person, die so interessiert zu sein scheint, die Identität aller Personen, die so interessiert sind, nicht nachgewiesen hat und (nach Berücksichtigung der Antwort und anderer relevanter Informationen) der Verwaltungsrat berechtigten Grund zu der Annahme hat, dass diese Person so interessiert ist oder sein könnte;

50.1.7 "**verbunden**" hat die Bedeutung, die ihm in den Abschnitten 1122 und 1123 des Körperschaftsteuergesetzes 2010 gegeben wird;

50.1.8 "**interessiert**" ist so auszulegen, wie es für die Zwecke des Abschnitts 793 und der Abschnitte 821 bis 825 des Gesetzes ist;

50.1.9 "**Anerkannte Investmentbörse**" hat dieselbe Bedeutung wie im Financial Services and Markets Act 2000; und

50.1.10 Für die Zwecke der Artikel 50.2.2 und 50.4 wird die Gesellschaft nicht so behandelt, als habe sie die in der Offenlegungsmeldung geforderten Informationen in Übereinstimmung mit den Bedingungen einer solchen Offenlegungsmeldung erhalten, wenn der Verwaltungsrat weiß oder berechtigten Grund zu der Annahme hat, dass die zur Verfügung gestellten Informationen falsch oder wesentlich unrichtig sind.

50.2 Ungeachtet gegenteiliger Bestimmungen in dieser Satzung, wenn:

50.2.1 einem Mitglied oder einer anderen Person, die an den angegebenen Aktien interessiert zu sein scheint, eine Offenlegungsmeldung zugestellt wurde; und

50.2.2 die Gesellschaft innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung einer solchen Offenlegungsmeldung die darin geforderten Informationen in Bezug auf eine der angegebenen Aktien nicht erhalten hat (in Übereinstimmung mit den Bedingungen einer solchen Offenlegungsmeldung),

dann kann der Verwaltungsrat (vorbehaltlich Artikel 50.7) bestimmen, dass das Mitglied, das die angegebenen Aktien hält, bei der Ausgabe einer Beschränkungsmitteilung, die sich auf die angegebenen Aktien bezieht, über die keine Informationen erhalten wurden, den in dieser Beschränkungsmitteilung genannten Beschränkungen unterliegt, und bei der Ausgabe einer solchen Beschränkungsmitteilung unterliegt dieses Mitglied dieser Beschränkung. So bald wie möglich nach der Ausgabe einer Beschränkungsmitteilung soll die Gesellschaft dem Mitglied, das die angegebenen Aktien hält, eine Kopie der Mitteilung zustellen.

50.3 Die Beschränkungen, die der Verwaltungsrat für Aktien mit Sperrfrist gemäß diesem Artikel festlegen kann, sind eine oder mehrere der folgenden, vom Verwaltungsrat festgelegten Beschränkungen:

50.3.1 dass das Mitglied, das die Aktien mit Sperrfrist hält, in Bezug auf die Aktien mit Sperrfrist nicht berechtigt ist, persönlich oder durch einen Bevollmächtigten an einer Hauptversammlung oder an einer getrennten Versammlung der Inhaber irgendeiner Aktiengattung oder bei einer Abstimmung teilzunehmen oder im Quorum gezählt zu werden oder abzustimmen oder irgendein anderes Recht oder Privileg in Bezug auf eine

Hauptversammlung oder eine Versammlung der Inhaber irgendeiner Aktiengattung auszuüben;

50.3.2 dass keine Übertragung der vinkulierten Aktien wirksam ist oder von der Gesellschaft registriert wird, mit der Maßgabe, dass, wenn die vinkulierten Aktien in unverbriefter Form gehalten werden, die Registrierung einer Übertragung nur verweigert werden kann, wenn die Regulations dies zulassen; und

50.3.3 dass keine Dividende (oder andere zu zahlende Gelder) in Bezug auf die Aktien mit Sperrfrist gezahlt werden und dass in Fällen, in denen ein Angebot für das Recht auf Wahl des Erhalts von Aktien anstelle von Bargeld in Bezug auf eine Dividende gemacht wird oder wurde, jede Wahl, die im Rahmen dieses Angebots in Bezug auf die angegebenen Aktien getroffen wird, nicht wirksam ist.

50.4 Der Verwaltungsrat kann bestimmen, dass eine oder mehrere der Beschränkungen, die für Aktien mit Sperrfrist gelten, jederzeit aufgehoben werden. Erhält die Gesellschaft in Übereinstimmung mit den Bedingungen der entsprechenden Offenlegungsmitteilung die darin verlangten Informationen in Bezug auf die vinkulierten Aktien, so treten alle Beschränkungen, die für die vinkulierten Aktien auferlegt wurden, sieben Tage nach Erhalt der Informationen außer Kraft. Darüber hinaus für den Fall, dass die Gesellschaft eine Mitteilung über eine Übertragung in Bezug auf alle oder einige Aktien mit Sperrfrist erhält, die andernfalls im Rahmen eines Verkaufs in Kraft treten würden:

50.4.1 an einer anerkannten Investmentbörse; oder

50.4.2 an jeder Börse außerhalb des Vereinigten Königreichs, an der die Aktien der Gesellschaft normalerweise gehandelt werden; oder

50.4.3 über die Annahme eines Übernahmeangebots (wie in den Abschnitten 974 bis 976 und 991 des Gesetzes definiert) für die Aktien der Gattung, zu der solche Aktien mit Beschränkungen gehören,

an eine Partei, die nicht mit dem Mitglied verbunden ist, das solche Aktien mit Sperrfrist hält, oder mit einer anderen Person, die anscheinend an solchen Aktien mit Sperrfrist interessiert ist, dann entfallen alle Beschränkungen, die auf solche Aktien mit Sperrfrist auferlegt wurden, mit Wirkung von dem Datum, an dem eine solche Mitteilung wie oben erwähnt bei der Gesellschaft eingeht, vorausgesetzt, dass immer dann, wenn der Verwaltungsrat innerhalb von zehn Tagen nach Erhalt entscheidet einen berechtigten Grund zu der Annahme zu haben, dass die Änderung des eingetragenen Inhabers solcher Aktien mit Sperrfirst nicht das Ergebnis eines Verkaufs zu einem marktüblichen Wert ist, der zu einer wesentlichen Änderung der wirtschaftlichen Interessen an solchen Aktien mit Sperrfrist führen würde; die für die Aktien mit Sperrfirst auferlegten Beschränkungen gelten weiterhin.

50.5 Wenn der Verwaltungsrat eine Entscheidung gemäß dem Vorbehalt in Artikel 50.4 trifft, muss die Gesellschaft den vermeintlichen Zessionar so bald wie möglich von dieser Entscheidung in Kenntnis setzen, und jedermann kann beim Verwaltungsrat schriftlich zu einer solchen Entscheidung Einspruch erheben. Die Gesellschaft ist nicht jedermann gegenüber haftbar, wenn sie Beschränkungen auferlegt oder entschieden hat, dass diese Beschränkungen weiterhin gelten und wenn der Verwaltungsrat in gutem Glauben gehandelt hat.

50.6 Werden Dividenden oder andere Gelder aufgrund von Beschränkungen, die Aktien mit Sperrfrist auferlegt wurden, nicht ausgezahlt, so fallen diese Dividenden oder anderen Gelder an und sind nach Wegfall der betreffenden Beschränkung (ohne Zinsen) an die Person zu zahlen, die berechtigt gewesen wäre, wenn die Beschränkung nicht auferlegt worden wäre.

50.7 Wenn die Gesamtzahl der Aktien derselben Gattung wie die angegebenen Aktien, an denen eine Person, die an den vinkulierten Aktien interessiert zu sein scheint (zusammen mit mit ihr verbundenen Personen), weniger als 0,25 Prozent beträgt (im Nennwert) der ausgegebenen Aktien dieser Gattung (unter Ausschluss aller Aktien dieser Gattung, die als eigene Aktien gehalten werden) zum Zeitpunkt der Zustellung der Offenlegungsmeldung in Bezug auf diese spezifizierten Aktien kann der Verwaltungsrat nur die in Artikel 50.3.1 genannte Beschränkung als anwendbar bestimmen.

50.8 Aktien, die im Recht auf Aktien mit Sperrfrist ausgegeben werden, unterliegen bei der Ausgabe den gleichen Beschränkungen, solange sie von diesem Mitglied gehalten werden, wie die Aktien mit Sperrfrist, mit denen sie ausgegeben werden. Zu diesem Zweck werden Aktien, die (von der Gesellschaft oder anderweitig) anteilsmäßig zugeteilt oder angeboten werden oder für die (von der Gesellschaft oder anderweitig) Anträge gestellt werden (oder anteilsmäßig unter Außerachtlassung von Bruchteilsansprüchen und Aktien, die bestimmten Mitgliedern aufgrund rechtlicher oder praktischer Probleme im Zusammenhang mit dem Angebot von Aktien außerhalb des Vereinigten Königreichs nicht zugeteilt werden), wie Aktien behandelt, die im Recht auf Aktien mit Sperrfrist ausgegeben werden.

50.9 Der Verwaltungsrat hat jederzeit das Recht, nach eigenem Ermessen eine gemäß diesem Artikel ausgesprochene Beschränkungsmitteilung ganz oder teilweise entweder dauerhaft oder für einen bestimmten Zeitraum auszusetzen und einem Treuhänder Dividendenzahlungen in Bezug auf Aktien mit Sperrfrist oder in Bezug auf Aktien, die im Recht auf Aktien mit Sperrfrist ausgegeben wurden, zu leisten. Eine Mitteilung über eine Aussetzung, in der die ausgesetzten Sanktionen und der Zeitraum der Aussetzung angegeben sind, wird dem betreffenden Inhaber innerhalb von sieben Tagen nach einer Entscheidung zur Durchführung einer solchen Aussetzung schriftlich mitgeteilt.

50.10 Die Beschränkungen der Befugnisse des Verwaltungsrats, Beschränkungen gemäß diesem Artikel aufzuerlegen und beizubehalten, gelten unbeschadet der Befugnis der Gesellschaft, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen das Gericht anzurufen, um diese oder andere Beschränkungen unter beliebigen Bedingungen anzuwenden.

BRUCHTEILE VON AKTIEN

51 Bruchteile von Aktien

51.1 Wann immer als Ergebnis einer Konsolidierung, Spaltung oder Unterteilung oder Neudenominierung von Aktien irgendein Inhaber Anspruch auf Bruchteile einer Aktie hätte, kann der Verwaltungsrat alle Schwierigkeiten, die im Hinblick auf eine solche Konsolidierung, Spaltung oder Unterteilung auftreten können, nach eigenem Ermessen regeln. Insbesondere kann der Verwaltungsrat im Namen dieser Inhaber

51.1.1 an einen solchen Inhaber die Mindestanzahl von Aktien, die zur Aufrundung seiner Beteiligung auf ein genaues Vielfaches der Anzahl der zu einer einzigen Aktie zu konsolidierenden Aktien erforderlich ist, als voll eingezahlt im Wege der Kapitalisierung gutgeschrieben, ausgeben (eine solche

Ausgabe gilt als vor der Konsolidierung erfolgt), und der Betrag, der zur Einzahlung dieser Aktien erforderlich ist, wird nach Ermessen des Verwaltungsrates aus einem der Beträge, die auf einem der Rücklagenkonten der Gesellschaft (einschließlich des Aufgeldkontos und der Kapitalrücklage) oder auf der Gewinn- und Verlustrechnung gutgeschrieben werden, verwendet und kapitalisiert, indem er bei der Einzahlung der Aktie im Zusammenhang mit einer solchen Kapitalisierung das Gleiche anwendet, kann der Verwaltungsrat alle ihm durch Artikel 165 und 166 übertragenen Befugnisse ohne einen ordentlichen Beschluss der Gesellschaft ausüben; oder

51.1.2 die Aktien, die die Bruchteile repräsentieren, zum besten vernünftigerweise erzielbaren Preis an irgendeine Person (einschließlich, vorbehaltlich der Bestimmungen des Gesetzes, an die Gesellschaft) verkaufen und den Nettoverkaufserlös nach Abzug der Verkaufskosten in angemessenem Verhältnis unter diesen Inhabern verteilen (mit der Ausnahme, dass jeder einem Inhaber anderweitig zustehende Betrag, der weniger als £5 oder eine andere vom Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit festgelegte Summe beträgt, zugunsten der Gesellschaft einbehalten werden kann).

51.2 Vorbehaltlich der Bestimmungen des Gesetzes kann der Verwaltungsrat Aktien eines Inhabers in verbriefter Form und in unverbriefter Form bei der Durchführung von Unterteilungen und/oder Konsolidierungen als getrennte Bestände behandeln und kann veranlassen, dass Aktien, die aus einer Unterteilung oder Konsolidierung entstehen und Bruchteilsansprüche darstellen, als Aktien in verbriefter Form in das Register eingetragen werden, wenn dies zur Erleichterung ihres Verkaufs wünschenswert ist.

51.3 Für die Zwecke einer Veräußerung konsolidierter Aktien gemäß Artikel 51.1.2 kann der Verwaltungsrat eine Person ermächtigen, eine Urkunde zur Übertragung der Aktien an den Käufer oder in Übereinstimmung mit dessen Anweisungen zu vollstrecken, und der Erwerber ist nicht verpflichtet, für die Anwendung eines Kaufpreises zu sorgen, noch wird sein Eigentumsrecht an den Aktien durch eine Handlung, Unterlassung, Unregelmäßigkeit oder Ungültigkeit im Zusammenhang mit dem Verfahren in Bezug auf die Veräußerung beeinträchtigt. In Bezug auf nicht verbriefte Aktien kann der Verwaltungsrat eine Person zur Übertragung ermächtigen und/oder vom Inhaber verlangen, die betreffenden Aktien gemäß den Einrichtungen und Erfordernissen des betreffenden Systems zu übertragen.

HAUPTVERSAMMLUNGEN

52 Jahreshauptversammlung

52.1 Die Gesellschaft muss innerhalb von sechs Monaten nach dem Ende eines jeden Geschäftsjahres (zusätzlich zu allen anderen Versammlungen in diesem Jahr) eine Hauptversammlung als ihre Jahreshauptversammlung abhalten, es sei denn, das Gesetz gestattet eine Verlängerung der Frist für die Abhaltung ihrer Jahreshauptversammlung. Der Verwaltungsrat muss den Zeitpunkt und Ort für jede Jahreshauptversammlung festlegen.

52.2 Alle Versammlungen mit Ausnahme der Jahreshauptversammlungen werden als Hauptversammlungen einberufen.

53 Einberufung der Hauptversammlung

53.1 Der Verwaltungsrat kann Hauptversammlungen einberufen und beruft auf Verlangen der Mitglieder gemäß den gesetzlichen Bestimmungen unverzüglich eine Hauptversammlung ein. Wenn nicht genügend handlungsfähige Direktoren vorhanden sind, um eine Hauptversammlung einzuberufen, kann jeder Direktor eine Hauptversammlung einberufen. Ist kein handlungsfähiges Verwaltungsratsmitglied vorhanden, können zwei beliebige Mitglieder eine Hauptversammlung zum Zweck der Ernennung von Verwaltungsratsmitgliedern einberufen.

BEKANNTMACHUNG VON GENERALVERSAMMLUNGEN

54 Dauer der Kündigungsfrist

54.1 Sofern nicht im Einklang mit dem Gesetz die Zustimmung zu einer kurzfristigen Einberufung eingeholt wird, ist eine Jahreshauptversammlung mit einer Frist von mindestens 21 vollen Tagen einzuberufen. Jede andere Hauptversammlung wird, vorbehaltlich der Bestimmungen des Gesetzes, mit einer Frist von mindestens 14 vollen Tagen einberufen. Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Satzung und etwaiger Beschränkungen, die auf Aktien auferlegt werden, ist jede Einberufung allen Mitgliedern, allen anderen Personen, die zum Zeitpunkt der Einberufung zum Empfang von Mitteilungen der Gesellschaft berechtigt sind, sowie den Verwaltungsratsmitgliedern und Abschlussprüfern bekanntzugeben.

54.2 Wenn das Gesetz eine besondere Ankündigung eines Beschlusses verlangt, ist der Beschluss nur dann wirksam, wenn die Gesellschaft mindestens 28 volle Tage (oder eine im Gesetz zugelassene kürzere Frist) vor der Versammlung, bei der der Beschluss verschoben werden soll, von der Absicht, ihn zu verschieben, in Kenntnis gesetzt wurde. Die Gesellschaft muss die Mitglieder über einen solchen Beschluss in Übereinstimmung mit dem Gesetz benachrichtigen.

55 Inhalt der Mitteilung

55.1 In jeder Einberufung sind der Ort, der Tag und die Uhrzeit der Versammlung sowie die allgemeine Art der zu erledigenden Geschäfte anzugeben; im Falle einer Jahreshauptversammlung ist die Versammlung als solche zu bezeichnen. Jede Einberufung einer Versammlung zur Verabschiedung eines Sonderbeschlusses muss die Absicht, den Beschluss als Sonderbeschluss vorzuschlagen, sowie die Bedingungen des Beschlusses angeben. In jeder Einberufung ist mit angemessener Hervorhebung darauf hinzuweisen, dass ein teilnahme- und stimmberechtigtes Mitglied berechtigt ist, einen oder mehrere Bevollmächtigte zu benennen, die an seiner Stelle teilnehmen und abstimmen, und dass ein Bevollmächtigter nicht Mitglied sein muss.

56 Unterlassung oder Nicht-Erhalt einer Mitteilung

56.1 Das versehentliche Versäumnis, eine Versammlung oder einen Beschluss, der auf einer Hauptversammlung gefasst werden soll, oder eine Vollmacht oder Einladung zur Bestellung eines Bevollmächtigten, wie in dieser Satzung vorgesehen, an eine oder mehrere Personen, die zum Erhalt derselben berechtigt sind, zu versenden, oder der Nichterhalt einer Benachrichtigung über eine Versammlung oder einen Beschluss oder eine Vollmacht oder Einladung zur Bestellung eines Bevollmächtigten durch diese Personen, wird bei der Bestimmung, ob die Benachrichtigung über die Versammlung oder einen auf der Hauptversammlung zu fassenden Beschluss ordnungsgemäß erfolgt, nicht berücksichtigt.

VERFAHREN BEI GENERALVERSAMMLUNGEN

57 Auf einer Hauptversammlung abgewickelte Geschäfte

57.1 Alle Geschäfte, die auf einer Jahreshauptversammlung getätigt werden, gelten als besonders, mit Ausnahme von

57.1.1 die Erstellung, Prüfung und/oder Genehmigung der Berichte der Direktoren und Abschlussprüfer, des Jahresabschlusses und aller anderen Dokumente, die ihnen beigefügt oder beigefügt werden müssen;

57.1.2 die Genehmigung und Erklärung von Dividenden;

57.1.3 die Wahl und Wiederwahl von Verwaltungsratsmitgliedern zur Besetzung von Vakanzen, die durch das Ausscheiden von Verwaltungsratsmitgliedern nach dieser Satzung entstehen; und

57.1.4 die Ernennung von Abschlussprüfern, wenn das Gesetz keine besondere Ankündigung einer solchen Ernennung verlangt, und die Festsetzung oder Festlegung der Art und Weise der Festsetzung ihrer Vergütung.

58 Quorum

58.1 Auf einer Hauptversammlung können keine Geschäfte behandelt werden, wenn die Versammlung nicht beschlussfähig ist, wenn sie ihre Arbeit aufnimmt. Das Fehlen der Beschlussfähigkeit steht der Ernennung eines Vorsitzenden gemäß den Bestimmungen dieser Satzung nicht entgegen, die nicht als Teil der Geschäfte der Versammlung behandelt werden. Beschlussfähig sind zwei Mitglieder, die persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesend und berechtigt sind, über die bei der Sitzung zu behandelnden Geschäfte abzustimmen.

59 Verfahren bei nicht vorhandener Beschlussfähigkeit

59.1 Ist die Beschlussfähigkeit nicht innerhalb von 15 Minuten (oder einer längeren Wartezeit von höchstens einer Stunde, die der Vorsitzende beschließen kann) ab dem für die Sitzung festgesetzten Zeitpunkt erreicht, wird die Sitzung aufgelöst, wenn sie auf Verlangen der Mitglieder oder von diesen einberufen wird. In allen anderen Fällen wird die Sitzung auf eine Zeit, ein Datum und einen Ort vertagt, die von den Direktoren vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen festgelegt werden. Ist die vertagte Versammlung nicht innerhalb von 15 Minuten nach dem für die Abhaltung der Versammlung festgesetzten Zeitpunkt beschlussfähig, wird die Versammlung aufgelöst.

60 Sicherheitsvorkehrungen

60.1 Der Verwaltungsrat kann alle Sicherheitsvorkehrungen treffen, die er im Zusammenhang mit der Abhaltung einer Hauptversammlung der Gesellschaft für angemessen hält, einschließlich, ohne Einschränkung, Anforderungen an die Vorlage eines Identitätsnachweises durch die an der Versammlung teilnehmenden Personen, die Anordnung einer Durchsuchung aller an einer Versammlung teilnehmenden Personen und die Beschränkung von Gegenständen des persönlichen Eigentums, die mit in eine Versammlung genommen werden können. Ein Direktor oder der Sekretär kann:

60.1.1 jeder Person, die sich weigert, sich an solche Vereinbarungen zu halten, den Zutritt zu einem Treffen verweigern; und

60.1.2 jede Person von einer Sitzung ausschließen, die das Verfahren stört.

61 Vorsitzender

61.1 Der Vorsitzende (falls zutreffend) des Verwaltungsrats oder in seiner Abwesenheit der stellvertretende Vorsitzende (falls zutreffend) führt den Vorsitz als Vorsitzender bei jeder Hauptversammlung der Gesellschaft. Wenn innerhalb von fünf Minuten nach der für die Abhaltung der Sitzung festgelegten Zeit kein solcher Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender anwesend und bereit ist, als Vorsitzender bei einer Sitzung zu fungieren, wählen die anwesenden Verwaltungsratsmitglieder einen aus ihrer Anzahl zum Vorsitzenden, und wenn nur ein Verwaltungsratsmitglied anwesend und bereit ist, als Vorsitzender zu fungieren, übernimmt dieses den Vorsitz. Wenn kein Verwaltungsratsmitglied bereit ist, als Vorsitzender zu fungieren, oder wenn kein Verwaltungsratsmitglied innerhalb von fünf Minuten nach der für die Abhaltung der Sitzung festgelegten Zeit anwesend ist, wählen die persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesenden stimmberechtigten Mitglieder einen aus ihrer Mitte zum Vorsitzenden der Sitzung.

62 Teilnahme- und Rederecht des Direktors

62.1 Ein Verwaltungsratsmitglied ist berechtigt, an jeder Hauptversammlung und an jeder gesonderten Versammlung der Inhaber irgendeiner Aktiengattung der Gesellschaft teilzunehmen und auf dieser zu sprechen, ungeachtet dessen, dass es kein Mitglied oder kein Inhaber der betreffenden Aktiengattung ist.

63 Vertagung

63.1 Der Vorsitzende einer beschlussfähigen Sitzung kann mit Zustimmung der Sitzung (und auf Anweisung der Sitzung) die Sitzung von Zeit zu Zeit und von Ort zu Ort vertagen, und zwar auch dann, wenn es nach Ansicht des Vorsitzenden wahrscheinlich nicht durchführbar ist, die Sitzung abzuhalten oder fortzusetzen, weil die Anzahl der Personen, die an der Sitzung teilnehmen oder teilnehmen wollen, nicht bequem an dem für die Sitzung bestimmten Ort untergebracht werden kann oder weil das unbändige Verhalten der an der Sitzung teilnehmenden Personen die Fortsetzung der Geschäfte der Sitzung verhindert oder wahrscheinlich verhindern wird, kann er die Sitzung ohne Zustimmung der Sitzung auf einen anderen Zeitpunkt und einen anderen Ort vertagen. Bei einer vertagten Versammlung dürfen keine anderen Geschäfte als solche behandelt werden, die bei der Versammlung ordnungsgemäß hätten behandelt werden können, wenn die Vertagung nicht stattgefunden hätte. Wenn eine Sitzung für 30 Tage oder mehr vertagt wird (außer aufgrund mangelnder Beschlussfähigkeit) oder ohne dass Zeit und Ort für die vertagte Sitzung festgelegt wurden, ist die vertagte Sitzung mindestens sieben Tage im Voraus auf dieselbe Weise wie bei der ursprünglichen Sitzung anzukündigen. Andernfalls ist es nicht erforderlich, eine solche Mitteilung zu machen.

64 Treffen an mehr als einem Ort

64.1 Eine Hauptversammlung kann an mehr als einem Ort abgehalten werden, wenn

64.1.1 die Einberufung der Versammlung bestimmt, dass sie an mehr als einem Ort abgehalten werden soll; oder

64.1.2 der Verwaltungsrat beschließt nach der Einberufung der Sitzung, dass die Sitzung an mehr als einem Ort abgehalten wird; oder

64.1.3 dem Vorsitzenden der Versammlung scheint es, dass der in der Einberufung der Versammlung angegebene Versammlungsort nicht ausreicht, um alle Personen unterzubringen, die zur Teilnahme berechtigt sind und daran teilnehmen möchten.

64.2 Eine Hauptversammlung, die an mehr als einem Ort abgehalten wird, ist ordnungsgemäß konstituiert und ihre Beratungen sind gültig, wenn (zusätzlich zu den anderen Bestimmungen dieser Satzung, die sich auf Hauptversammlungen beziehen) der Versammlungsleiter davon überzeugt ist, dass es angemessene Einrichtungen gibt, die es jeder an jedem Ort anwesenden Person ermöglichen, an den Geschäften teilzunehmen, zu denen die Versammlung einberufen wurde, alle Anwesenden, die sich zu Wort melden, zu hören und zu sehen sind, sei es durch die Verwendung von Mikrofonen, Lautsprechern, audiovisuellen Kommunikationsgeräten oder auf andere Weise (unabhängig davon, ob sie bei der Annahme oder späteren Ausarbeitung dieser Satzung verwendet werden), und Zugang zu allen Dokumenten haben, die nach den gesetzlichen Bestimmungen und dieser Satzung auf der Tagung zur Verfügung gestellt werden müssen. Jede Person, die an jedem Ort persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesend und stimmberechtigt ist, wird bei der Beschlussfähigkeit für die Sitzung gezählt und ist bei der Sitzung stimmberechtigt. Die Versammlung gilt als an dem Ort abgehalten, an dem der Vorsitzende der Versammlung anwesend ist.

65 Änderungen von Beschlüssen

65.1 Keine Änderung oder vorgeschlagene Änderung eines Beschlusses wird von den Mitgliedern bei einer Hauptversammlung oder vertagten Hauptversammlung erwogen oder zur Abstimmung gebracht, es sei denn

65.1.1 im Falle eines Beschlusses, der ordnungsgemäß als Sonderbeschluss vorgeschlagen wurde, schlägt der Vorsitzende der Versammlung die Änderung auf der Hauptversammlung vor, auf der der ursprüngliche Beschluss vorgeschlagen werden soll, und es handelt sich um eine rein redaktionelle Änderung zur Korrektur eines Patentfehlers; oder

65.1.2 im Falle eines ordnungsgemäß vorgeschlagenen ordentlichen Beschlusses muss entweder die Gesellschaft eine schriftliche Benachrichtigung über die Änderung oder den Änderungsvorschlag und die Absicht des Antragstellers, diesen mindestens 48 Stunden vor dem für die Hauptversammlung festgelegten Zeitpunkt vorzuschlagen und an dieser teilzunehmen, erhalten haben, oder der Vorsitzende der Versammlung entscheidet nach freiem Ermessen, dass die Änderung oder der geänderte Beschluss geprüft und zur Abstimmung gebracht werden soll.

65.2 Mit Zustimmung des Vorsitzenden kann ein Änderungsantrag von seinem Antragsteller zurückgezogen werden, bevor er zur Abstimmung gestellt wird. Wenn der Sitzungsvorsitzende in gutem Glauben eine Änderung eines außerordentlichen Beschlusses anordnet, wird das Verfahren über den materiellen Beschluss nicht durch einen Fehler in dieser Anordnung ungültig.

66 Abstimmungsverfahren und Anforderung einer Abstimmung

66.1 Bei jeder Hauptversammlung wird über einen der Versammlung zur Abstimmung vorgelegten Beschluss durch Handzeichen entschieden, es sei denn, dass vor oder

bei der Erklärung des Ergebnisses des Handzeichens oder bei der Rücknahme einer anderen Forderung nach einer Abstimmung eine Abstimmung verlangt wird:

66.1.1 der Vorsitzende der Versammlung; oder

66.1.2 mindestens fünf persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesende Mitglieder, die bei der Versammlung stimmberechtigt sind; oder

66.1.3 ein Mitglied oder Mitglieder, die persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesend sind und nicht weniger als ein Zehntel der Gesamtstimmrechte aller stimmberechtigten Mitglieder auf der Versammlung vertreten (unter Ausschluss aller Stimmrechte, die mit Aktien verbunden sind, die als eigene Aktien gehalten werden); oder

66.1.4 ein oder mehrere persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesende(s) Mitglied(er), das/die Aktien der Gesellschaft besitzt/besitzen, die ein Stimmrecht bei der Versammlung verleihen, wobei die Gesamtsumme der einbezahlten Aktien mindestens einem Zehntel der Gesamtsumme aller einbezahlten Aktien entspricht, die dieses Recht verleihen (unter Ausschluss aller Aktien, die ein Stimmrecht bei der Versammlung verleihen und als eigene Aktien gehalten werden); oder

66.1.5 jedes persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesende Mitglied im Falle eines Beschlusses zur Erteilung, Änderung, Widerruf oder Erneuerung der Vollmacht oder Genehmigung für einen außerbörslichen Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft, und ein Antrag einer Person als Bevollmächtigter eines Mitglieds ist gleichbedeutend mit einem Antrag des Mitglieds.

67 Erklärung des Vorsitzenden

67.1 Sofern eine Abstimmung nicht ordnungsgemäß beantragt und der Antrag nicht zurückgezogen wird, gilt eine Erklärung des Vorsitzenden, dass ein Beschluss angenommen oder einstimmig oder mit einer bestimmten Mehrheit angenommen oder verloren oder nicht mit einer bestimmten Mehrheit angenommen wurde, und eine entsprechende Eintragung in das Sitzungsprotokoll als schlüssiger Beweis dafür, ohne dass die Zahl oder der Anteil der für oder gegen den Beschluss eingetragenen Stimmen nachgewiesen werden kann.

68 Rückzug der Forderung nach einer Abstimmung

68.1 Der Antrag auf eine Abstimmung kann vor der Durchführung der Abstimmung zurückgezogen werden, jedoch nur mit Zustimmung des Vorsitzenden, und ein auf diese Weise zurückgezogener Antrag darf nicht so aufgefasst werden, als habe er das Ergebnis eines vor der Antragstellung erklärten Handzeichens ungültig gemacht.

69 Verfahren zur Durchführung einer Abstimmung

69.1 Auf Anweisung des Vorsitzenden wird eine Abstimmung durchgeführt, und er kann Stimmenzähler (die nicht Mitglieder sein müssen) ernennen und eine Zeit und einen Ort für die Bekanntgabe des Ergebnisses der Abstimmung festlegen. Das Ergebnis der Abstimmung gilt als Beschluss der Versammlung, auf der die Abstimmung verlangt wurde.

70 Zeitpunkt der Abstimmung

70.1 Eine Abstimmung zur Wahl eines Vorsitzenden der Versammlung oder zur Frage der Vertagung einer beantragten Abstimmung ist unverzüglich durchzuführen. Eine Abstimmung, die zu einer anderen Frage verlangt wird, soll entweder unverzüglich oder zu einem Zeitpunkt und an einem Ort, die der Vorsitzende anordnet, spätestens jedoch 30 Tage nach der geforderten Abstimmung durchgeführt werden. Das Ersuchen um eine Abstimmung (mit Ausnahme der Wahl des Vorsitzenden oder zur Frage der Vertagung) darf die Fortsetzung einer Sitzung zur Erledigung anderer Geschäfte als der Frage, zu der die Abstimmung verlangt wurde, nicht verhindern. Wird eine Abstimmung vor der Bekanntgabe des Ergebnisses durch Handzeichen verlangt und die Forderung ordnungsgemäß zurückgezogen, so wird die Sitzung so fortgesetzt, als ob die Forderung nicht gestellt worden wäre.

71 Bekanntmachung der Abstimmung

71.1 Eine nicht unverzüglich durchgeführte Abstimmung braucht nicht angekündigt zu werden, wenn Zeit und Ort ihrer Durchführung bei der Sitzung, bei der sie verlangt wird, bekannt gegeben werden. In allen anderen Fällen ist die Ankündigung mindestens 7 volle Tage im Voraus unter Angabe der Zeit und des Ortes, an dem die Abstimmung durchgeführt werden soll, zu übermitteln.

STIMMEN DER MITGLIEDER

72 Stimmen der Mitglieder

72.1 Vorbehaltlich der mit den Aktien verbundenen Rechte oder Einschränkungen und vorbehaltlich Artikel 72.2 über die Abstimmung über einen Beschluss bei jeder Versammlung:

72.1.1 Jedes Mitglied, das (als Einzelperson) persönlich anwesend ist, hat eine Stimme;

72.1.2 jeder ordnungsgemäß bevollmächtigte Vertreter einer Gesellschaft (der ein Mitglied ist), der anwesend ist, die gleichen Stimmrechte hat, wie sie der Gesellschaft zustehen würden; und

72.1.3 jeder anwesende Bevollmächtigte, der von einem oder mehreren stimmberechtigten Mitgliedern ordnungsgemäß ernannt wurde, hat eine Stimme,

es sei denn, die Abstimmung erfolgt durch Abstimmung, in diesem Fall, wiederum vorbehaltlich der mit den Aktien verbundenen Rechte oder Beschränkungen, und vorbehaltlich des Artikels 72.2, hat jedes Mitglied oder ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter einer Gesellschaft (die ein Mitglied ist), unabhängig davon, ob er persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesend ist, eine Stimme in Bezug auf jede Stammaktie, die von ihm gehalten wird und/oder für die er zum Bevollmächtigten ernannt wurde (wie jeweils anwendbar).

72.2 Vorbehaltlich der mit den Aktien verbundenen Rechte oder Einschränkungen hat ein Bevollmächtigter bei einer Abstimmung über einen Beschluss durch Handzeichen bei einer Versammlung eine Stimme für und eine Stimme gegen den Beschluss, wenn:

72.2.1 der Bevollmächtigte von mehr als einem stimmberechtigten Mitglied ordnungsgemäß ernannt wurde; und

72.2.2 der Bevollmächtigte von einem oder mehreren dieser Mitglieder angewiesen wurde, für den Beschluss zu stimmen, und von einem oder mehreren anderen dieser Mitglieder angewiesen wurde, gegen den Beschluss zu stimmen.

73 Gemeinsame Inhaber

73.1 Im Falle von gemeinsamen Inhabern wird die Stimme des Seniors/der Seniorin, der/die persönlich oder durch einen Bevollmächtigten eine Stimme abgibt, unter Ausschluss der Stimmen der anderen gemeinsamen Inhaber akzeptiert; und zu diesem Zweck wird der Senior/die Seniorin durch die Reihenfolge bestimmt, in der die Namen der Inhaber im Register in Bezug auf den gemeinsamen Besitz stehen.

74 Stimmabgabe im Namen nicht geschäftsfähiger Mitglieder

74.1 Ein Mitglied, für das von einem Gericht, das für Angelegenheiten im Zusammenhang mit psychischen Störungen zuständig ist (sei es im Vereinigten Königreich oder anderswo), eine Verfügung erlassen wurde, kann abstimmen, sei es durch Handzeichen oder in einer Abstimmung, und andernfalls alle seine Rechte als Mitglied durch seinen Zwangsverwalter oder eine andere von diesem Gericht ernannte, in diesem Namen bevollmächtigte Person ausüben, und jeder dieser Zwangsverwalter oder jede andere Person kann in einer Abstimmung durch einen Bevollmächtigten abstimmen. Der Nachweis der Bevollmächtigung der Person, die behauptet, das Stimmrecht auszuüben oder zu handeln, ist beim Amt oder an einem anderen Ort, der nach dieser Satzung für die Hinterlegung von Vollmachtsurkunden bestimmt ist, mindestens 48 Stunden vor dem für die Abhaltung der Sitzung oder vertagten Sitzung, bei der das Stimmrecht ausgeübt werden soll, festgelegten Zeitpunkt oder, im Falle einer Abstimmung, mindestens 48 Stunden vor dem für die Durchführung der Abstimmung festgelegten Zeitpunkt zu hinterlegen; andernfalls kann das Stimmrecht nicht ausgeübt werden.

75 Kein Teilnahme- oder Stimmrecht bei überfälligen Beträgen

75.1 Sofern der Verwaltungsrat nichts anderes bestimmt, darf kein Mitglied an einer Hauptversammlung oder an einer getrennten Versammlung der Inhaber irgendeiner Aktiengattung der Gesellschaft oder an einer Abstimmung persönlich oder durch einen Bevollmächtigten in Bezug auf eine von ihm gehaltene Aktie teilnehmen oder abstimmen oder ein anderes Recht oder Privileg ausüben, das ihm durch die Mitgliedschaft in Bezug auf eine solche Versammlung oder Abstimmung übertragen wurde, es sei denn, alle gegenwärtig von ihm in Bezug auf diese Aktie zu zahlenden Gelder sind bezahlt worden.

76 Einspruch der Wähler

76.1 Gegen die Qualifikation eines Wählers kann kein Einspruch erhoben werden, außer bei der Sitzung oder vertagten Sitzung oder Abstimmung, bei der die beanstandete Stimme abgegeben wird, und jede bei der Sitzung oder Abstimmung nicht abgelehnte Stimme ist gültig. Jeder rechtzeitig vorgebrachte Einspruch ist an den Vorsitzenden der Versammlung zu verweisen, dessen Entscheidung endgültig und abschließend ist.

77 Keine Verpflichtung zur Überprüfung der weisungsgemäßen Stimmrechtsvertretung

77.1 Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet zu überprüfen, ob ein Bevollmächtigter oder Unternehmensvertreter gemäß den Anweisungen des Mitglieds, von dem der

Bevollmächtigte oder Unternehmensvertreter Anweisungen erhält, abgestimmt hat. Jede Abstimmung (unabhängig davon, ob sie durch Handzeichen oder durch Abstimmung erfolgt) wird nicht für ungültig erklärt, wenn ein Bevollmächtigter oder Unternehmensvertreter nicht gemäß seinen Anweisungen abstimmt.

BEVOLLMÄCHTIGTE

78 Ernennung eines Bevollmächtigten

78.1 Alle Stimmen können entweder persönlich oder durch einen Bevollmächtigten abgegeben werden. Ein Mitglied kann mehr als einen Bevollmächtigten beauftragen, bei derselben Abstimmung teilzunehmen, vorausgesetzt, dass jeder Bevollmächtigte zur Ausübung der Rechte ernannt wird, die mit einer anderen Aktie oder anderen Aktien verbunden sind, die von diesem Mitglied gehalten werden, und dass eine Person, die zu mehr als einer Stimme berechtigt ist, nicht alle ihre Stimmen verwendet oder alle Stimmen, die sie verwendet, auf die gleiche Weise abgeben muss. Eine Person, die als Bevollmächtigter ernannt wird, braucht nicht Mitglied der Gesellschaft zu sein.

79 Form der Vollmacht

79.1 Die Ernennung eines Bevollmächtigten erfolgt in jeder üblichen Form oder in einer anderen Form, die vom Verwaltungsrat genehmigt wird und genehmigt werden kann:

79.1.1 in Papierform durch den oder im Namen des Ernennenden oder, wenn der Ernennende eine Körperschaft ist, durch einen ordnungsgemäß Vertretungsberechtigten; oder

79.1.2 wenn eine Adresse zu dem im folgenden Artikel genannten Zweck angegeben wurde, in elektronischer Form vorliegt, vorbehaltlich der Bedingungen und Modalitäten, einschließlich der Ausführungsbedingungen, die der Beschwerdeausschuss von Zeit zu Zeit vorschreibt.

79.2 In Bezug auf jede Hauptversammlung kann der Verwaltungsrat, wenn er dies für angebracht hält, jedoch vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen, auf Kosten der Gesellschaft Vollmachtsurkunden in Papierform zur Verwendung bei der Versammlung versenden und Einladungen in elektronischer Form ausstellen, um einen Bevollmächtigten in Bezug auf die Versammlung in einer Form zu ernennen, die vom Verwaltungsrat genehmigt werden kann. Die Ernennung eines Stimmrechtsvertreters gilt (vorbehaltlich gegenteiliger Absichten, die in der Ernennung enthalten sind) als Übertragung der Vollmacht, eine Abstimmung zu verlangen oder sich einer solchen anzuschließen und über einen Beschluss oder eine Änderung eines Beschlusses, der der Versammlung vorgelegt wird, oder über andere Geschäfte abzustimmen, die ordnungsgemäß vor der Versammlung, für die der Stimmrechtsvertreter sie für angebracht hält, vorgelegt werden. Die Ernennung eines Bevollmächtigten gilt, sofern darin nichts anderes bestimmt ist, sowohl für eine Vertagung der Versammlung als auch für die Versammlung, auf die sie sich bezieht. Wenn ein Mitglied mehr als eine Person als seinen Stimmrechtsvertreter benennt, so muss die Benennung jedes dieser Stimmrechtsvertreter die von dem Mitglied gehaltenen Aktien angeben, für die jeder dieser Stimmrechtsvertreter stimmberechtigt ist, und kein Mitglied darf mehr als einen Stimmrechtsvertreter für eine von diesem Mitglied gehaltene Aktie benennen.

80 Zustellung von Vollmachten

80.1 Die Ernennung eines Bevollmächtigten und (sofern der Verwaltungsrat nichts anderes beschließt) jede Vollmacht, unter der sie ausgeführt wird, oder eine notariell oder gemäß dem Bevollmächtigungsgesetz von 1971 oder auf eine andere vom Verwaltungsrat genehmigte Weise beglaubigte Kopie einer solchen Vollmacht:

80.1.1 im Falle einer Urkunde in Papierform und jede Vollmacht oder Kopie davon ist am Sitz oder an einem anderen Ort im Vereinigten Königreich, der in oder durch eine Mitteilung zur Einberufung der Versammlung angegeben ist, oder jede Form der Vollmacht oder jedes andere Dokument, das diese begleitet, nicht weniger als 48 Stunden (ohne Berücksichtigung eines Teils eines Tages, der kein Arbeitstag ist) vor der für die Abhaltung der Versammlung oder vertagten Versammlung oder die Durchführung der Abstimmung, bei der die in der Ernennung genannte Person ihre Stimmabgabe vorschlägt, festgelegten Zeit zu hinterlegen;

80.1.2 im Falle einer in elektronischer Form übermittelten Ernennung ist diese an der Adresse (falls vorhanden) zu empfangen, die zum Zweck des Empfangs solcher Ernennungen in elektronischer Form angegeben wurde:

(i) in oder durch einen Vermerk zur Einberufung der Sitzung;

(ii) in jeder Form von Vollmachten, die von oder im Namen der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Versammlung gesendet werden;

(iii) in jeder in elektronischer Form übermittelten Einladung zur Ernennung eines von oder im Namen der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Versammlung ausgestellten Stimmrechtsvertreters; oder

(iv) mit Hilfe eines entsprechenden Systems;

nicht weniger als 48 Stunden (ohne Berücksichtigung eines Teils eines Tages, der kein Arbeitstag ist) vor der für die Abhaltung der Sitzung oder vertagten Sitzung oder die Durchführung der Abstimmung, bei der die in der Ernennung genannte Person ihre Stimmabgabe vorschlägt, festgelegten Zeit;

80.1.3 in beiden Fällen, wenn eine Abstimmung mehr als 48 Stunden nach ihrer Anforderung durchgeführt wird, mindestens 24 Stunden (ohne Berücksichtigung eines Teils eines Tages, der kein Arbeitstag ist) vor dem für die Durchführung der Abstimmung festgelegten Zeitpunkt hinterlegt oder wie vorstehend erwähnt erhalten werden; oder

80.1.4 nur im Falle einer Urkunde in Papierform oder einer Befugnis oder einer Kopie davon, wenn die Abstimmung nicht sofort, aber nicht später als 48 Stunden nach ihrer Anforderung durchgeführt wird, in der Sitzung, in der die Abstimmung verlangt wurde, dem Vorsitzenden der Sitzung oder dem Sekretär oder einem Direktor übergeben werden,

und eine Bestellung, bei der die Vollmacht oder eine Kopie davon nicht oder nicht in einer zulässigen Weise hinterlegt, entgegengenommen oder abgegeben wird, ist ungültig.

81 Mehrere Bevollmächtigte

81.1 Wenn zwei oder mehrere gültige, aber unterschiedliche Vollmachten von Bevollmächtigten für dieselbe Aktie zur Verwendung bei derselben Versammlung oder Abstimmung hinterlegt oder entgegengenommen werden, wird die zuletzt hinterlegte oder entgegengenommene (unabhängig von ihrem Datum oder dem Datum ihrer Ausführung) als Ersatz und Widerruf der anderen in Bezug auf diese Aktie behandelt, und wenn die Gesellschaft nicht in der Lage ist zu bestimmen, welche zuletzt hinterlegt oder entgegengenommen wurde, wird keine von ihnen als gültig in Bezug auf diese Aktie behandelt. Die Bestellung eines Bevollmächtigten ist nach Ablauf von zwölf Monaten ab dem Datum, das in der Vollmacht als Datum ihrer Ausführung angegeben ist, ungültig.

82 Bestimmung der Vollmacht des Bevollmächtigten

82.1 Eine von einem Bevollmächtigten oder einem ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter einer Gesellschaft abgegebene oder angeforderte Abstimmung ist ungeachtet der vorherigen Bestimmung der Bevollmächtigung der Person, die abstimmt oder eine Abstimmung verlangt, gültig, es sei denn, die Benachrichtigung über die Bestimmung wurde nicht weniger als zwei Stunden vor der Zeit für die Abhaltung der Versammlung oder vertagten Versammlung, bei der die Abstimmung abgegeben oder die Abstimmung verlangt wird, oder (im Falle einer Abstimmung, die anders als bei oder am selben Tag wie die Versammlung oder vertagte Versammlung durchgeführt wird) nicht weniger als zwei Stunden vor der für die Durchführung der Abstimmung festgelegten Zeit hinterlegt oder erhalten. Eine solche Bestimmungsmitteilung muss mittels einer Urkunde erfolgen, die an dem Ort hinterlegt wird oder in elektronischer Form an der Adresse (falls vorhanden) vorliegt, die in Übereinstimmung mit dieser Satzung für die Hinterlegung oder Entgegennahme von Vollmachten eines Bevollmächtigten bei der betreffenden Versammlung angegeben ist.

VERTRETER VON UNTERNEHMEN

83 Vertreter von Unternehmen

83.1 Vorbehaltlich der Bestimmungen des Gesetzes kann jede Körperschaft (außer der Gesellschaft selbst), die Mitglied der Gesellschaft ist, durch Beschluss ihrer Direktoren oder eines anderen leitenden Organs jede Person oder Personen, die sie für geeignet hält, als ihr Vertreter oder ihre Vertreter bei jeder Versammlung der Gesellschaft oder bei jeder separaten Versammlung der Inhaber irgendeiner Aktiengattung zu handeln, bevollmächtigen. Die auf diese Weise bevollmächtigte(n) Person(en) ist (sind) berechtigt, im Namen der Gesellschaft die gleichen Befugnisse auszuüben, die sie (er) vertritt (vertreten), wie sie diese Gesellschaft ausüben könnte (könnten), wenn sie ein einzelnes persönlich anwesendes Mitglied der Gesellschaft wäre (wären), und gilt (gelten) für die Zwecke dieser Satzung als persönlich anwesendes Mitglied. Von einem solchen Vertreter oder von solchen Vertretern kann verlangt werden, dass sie eine von einem ordentlichen Amtsträger einer solchen Gesellschaft beglaubigte Kopie eines solchen Beschlusses vorlegen, bevor ihnen die Ausübung ihrer Vollmacht gestattet wird.

SONDERVERSAMMLUNGEN

84 Sonderversammlungen

84.1 Sofern die Ausgabebedingungen einer Aktiengattung der Gesellschaft nichts anderes vorsehen, gelten alle Bestimmungen dieser Satzung, die sich auf Hauptversammlungen der Gesellschaft oder auf das Verfahren bei Hauptversammlungen beziehen, sinngemäß für jede separate Versammlung der Inhaber einer Aktiengattung der Gesellschaft, außer im Falle einer Versammlung, die im Zusammenhang mit der Änderung oder Aufhebung der mit den Aktien der Gattung verbundenen Rechte abgehalten wird:

84.1.1 Das erforderliche Quorum besteht aus mindestens zwei Personen, die mindestens ein Drittel des Nennbetrags der ausgegebenen Aktien der Gattung (mit Ausnahme von Aktien dieser Gattung, die als eigene Aktien gehalten werden) halten oder durch einen Bevollmächtigten vertreten, oder, bei einer vertagten Versammlung dieser Inhaber, aus dem oder den persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesenden Inhabern von Aktien der Gattung, unabhängig von deren Besitz;

84.1.2 eine Abstimmung kann von jedem persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anwesenden Inhaber von Aktien der Klasse verlangt werden; und

84.1.3 die Inhaber von Aktien der Gattung haben bei einer Abstimmung eine Stimme für jede von ihnen gehaltene Aktie der Gattung.

ANZAHL DER DIREKTOREN

85 Anzahl der Direktoren

85.1 Sofern nicht anderweitig durch ordentlichen Beschluss der Gesellschaft bestimmt, soll die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder (außer etwaigen stellvertretenden Verwaltungsratsmitgliedern) nicht weniger als zwei oder mehr als zwölf betragen.

ERNENNUNG UND ABBERUFUNG VON DIREKTOREN

86 Abberufung von Direktoren

86.1 Bei jeder Jahreshauptversammlung:

86.1.1 scheidet ein Drittel der Direktoren aus dem Amt aus, oder, falls ihre Zahl nicht 3 oder ein Vielfaches von 3 beträgt, die Zahl, die einem Drittel am nächsten liegt, aber nicht größer ist, scheidet durch Rotation aus dem Amt aus. Wenn die Gesellschaft auf der Sitzung, auf der ein Verwaltungsratsmitglied gemäß diesem Artikel zurücktritt, die freie Stelle nicht besetzt, gilt das zurücktretende Verwaltungsratsmitglied, sofern es bereit ist zu handeln, als wiederernannt, es sei denn, auf der Sitzung wird beschlossen, die freie Stelle nicht zu besetzen, oder es wird der Sitzung ein Beschluss zur Wiederernennung des Verwaltungsratsmitglieds vorgelegt, der verloren geht; und

86.1.2 Jeder Direktor, der von den Direktoren seit der letzten Jahreshauptversammlung ernannt wurde, tritt von seinem Amt zurück, kann aber von den Mitgliedern wiedergewählt werden.

87 Zeitpunkt der Abberufung

87.1 Ein auf einer Sitzung zurücktretender Direktor, der nicht wieder ernannt wird, bleibt im Amt, bis die Sitzung jemanden an seiner Stelle ernennt oder, falls sie dies nicht tut, bis zum Ende der Sitzung oder einer etwaigen Vertagung der Sitzung.

88 Alter der Direktoren

88.1 Kein Verwaltungsratsmitglied darf sein Amt als Verwaltungsratsmitglied mit oder aufgrund der Tatsache, dass er das 70. Lebensjahr oder ein anderes Alter erreicht oder erreicht hat, niederlegen oder muss es niederlegen, und jedes Verwaltungsratsmitglied, das gemäß den Bestimmungen dieser Satzung in den Ruhestand tritt oder in den Ruhestand treten könnte, sowie jede Person, deren Ernennung als Verwaltungsratsmitglied vorgeschlagen wird, kann ungeachtet dessen, dass sie das 70. oder ein anderes Alter erreicht hat, ernannt oder wiederernannt werden, und für die Ernennung oder Wiederernennung einer Person als Verwaltungsratsmitglied, die das 70. oder ein anderes Alter erreicht hat, muss kein besonderer Beschluss gefasst werden.

89 Personen, die als Direktor in Frage kommen

89.1 Niemand außer einem Direktor, der auf der Versammlung zurücktritt, darf auf einer Hauptversammlung zum Direktor ernannt oder wieder ernannt werden, es sei denn

89.1.1 er wird vom Verwaltungsrat empfohlen; oder

89.1.2 es wird nicht weniger als sieben und nicht mehr als 21volle Tage vor dem für die Versammlung festgelegten Datum eine von einem stimmberechtigten Mitglied bei der Versammlung ausgefertigte Mitteilung an die Gesellschaft über seine Absicht, diese Person zur Bestellung oder Wiederbestellung vorzuschlagen, übergeben, unter Beifügung der Angaben, die im Falle einer solchen Bestellung oder Wiederbestellung im Register der Direktoren der Gesellschaft eingetragen werden müssten, zusammen mit einer von dieser Person ausgefertigten Mitteilung, in der sie ihre Bereitschaft zur Bestellung oder Wiederbestellung bestätigt.

90 Befugnis der Gesellschaft zur Ernennung von Direktoren

90.1 Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Satzung kann die Gesellschaft durch ordentlichen Beschluss eine Person, die bereit ist, als Direktor zu handeln, entweder zur Besetzung einer freien Stelle oder als zusätzlichen Direktor ernennen.

91 Befugnis des Verwaltungsrats zur Ernennung von Direktoren

91.1 Der Verwaltungsrat kann eine Person, die bereit ist, als Direktor zu fungieren, entweder zur Besetzung einer freien Stelle oder als zusätzlichen Direktor ernennen, vorausgesetzt, dass die Ernennung nicht dazu führt, dass die Anzahl der Direktoren eine durch oder in Übereinstimmung mit dieser Satzung festgelegte Höchstzahl von Direktoren übersteigt. Ein auf diese Weise ernanntes Verwaltungsratsmitglied bleibt nur bis zur nächstfolgenden Jahreshauptversammlung im Amt, tritt dann von seinem Amt zurück und kann erneut ernannt werden. Ein solcher Direktor wird bei der Bestimmung der Anzahl der Direktoren, die auf dieser Versammlung turnusmäßig zurücktreten, nicht berücksichtigt. Wenn er auf dieser Jahreshauptversammlung nicht wieder ernannt wird, scheidet er nach deren Beendigung aus dem Amt aus.

DISQUALIFIZIERUNG UND ABBERUFUNG VON DIREKTOREN

92 Ermächtigung zur Abberufung durch Sonderbeschluss

92.1 Zusätzlich zu den gesetzlichen Befugnissen zur Abberufung kann die Gesellschaft durch Sonderbeschluss jeden Direktor vor Ablauf seiner Amtszeit abberufen. Eine solche Abberufung gilt unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche eines solchen Verwaltungsratsmitglieds wegen Verletzung eines Dienstvertrags zwischen ihm und der Gesellschaft.

93 Abberufung

93.1 Ein Direktor wird abberufen, wenn

93.1.1 diese Person aufgrund des Gesetzes oder dieser Satzung aus dem Amt eines Direktors ausscheidet oder ihr das Amt eines Direktors gesetzlich untersagt ist;

93.1.2 gegen diese Person ein Konkursantrag gestellt wird;

93.1.3 ein Vergleich mit den Gläubigern dieser Person im Allgemeinen zur Befriedigung der Schulden dieser Person abgeschlossen wird;

93.1.4 ein zugelassener Arzt, der diese Person behandelt, eine schriftliche Stellungnahme an die Gesellschaft abgibt, in der er feststellt, dass diese Person körperlich oder geistig unfähig geworden ist, als Verwaltungsratsmitglied zu fungieren, und dass sie dies für mehr als drei Monate bleiben kann;

93.1.5 die Gesellschaft vom Direktor eine Mitteilung erhält, dass der Direktor von seinem Amt zurücktritt, und ein solcher Rücktritt gemäß seinen Bedingungen in Kraft getreten ist;

93.1.6 diese Person wegen einer Straftat (mit Ausnahme eines Verkehrsdeliktes oder einer Reihe von Delikten, die nicht zur Disqualifizierung führen) verurteilt wird und die Direktoren beschließen, dass die Person abberufen wird;

93.1.7 im Falle eines Angestellten der Gesellschaft, der als solcher aus der Gesellschaft ausscheidet und der Verwaltungsrat beschließt, ihn auch als Direktor abzuberufen;

93.1.8 er während mehr als sechs aufeinanderfolgenden Monaten ohne Genehmigung der Direktoren bei Sitzungen der Direktoren, die während dieses Zeitraums abgehalten wurden, abwesend war und die Direktoren beschließen, dass er abberufen wird; oder

93.1.9 alle anderen Direktoren beschließen einstimmig, dass er abberufen wird.

STELLVERTRETENDE DIREKTOREN

94 Ernennung von stellvertretenden Direktoren

94.1 Jeder Direktor kann jeden anderen Direktor oder jede andere Person, die durch Beschluss des Verwaltungsrats genehmigt wurde und bereit ist zu handeln, zum

stellvertretenden Direktor ernennen und kann einen auf diese Weise von ihm ernannten stellvertretenden Direktor seines Amtes entheben.

95 Beendigung der Ernennung

95.1 Die Ernennung eines stellvertretenden Direktors entscheidet automatisch beim Eintreten eines der folgenden Ereignisse:

95.1.1 wenn sein Ernenner die Ernennung beendet;

95.1.2 über den Eintritt eines Ereignisses, das ihn, wenn er Direktor wäre, veranlassen würde, das Amt des Direktors zu räumen;

95.1.3 wenn er sein Amt durch eine Mitteilung an die Gesellschaft niederlegt;

95.1.4 wenn sein Ernenner aus irgendeinem Grund aufhört, Verwaltungsratsmitglied zu sein, es sei denn, er geht in den Ruhestand und wird auf der Versammlung, auf der er in den Ruhestand tritt, wieder ernannt oder gilt als wieder ernannt; oder

95.1.5 wenn er kein Direktor ist und der Verwaltungsrat seine Genehmigung für ihn durch Beschluss widerruft.

96 Wirkung der Ernennung

96.1 Ein stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied ist (vorbehaltlich der Tatsache, dass er der Gesellschaft eine Adresse innerhalb des Vereinigten Königreichs angibt, an der Mitteilungen an ihn zugestellt werden können) auf Antrag seines Ernenners berechtigt, auf Verlangen seines Ernenners eine Benachrichtigung über alle Sitzungen des Verwaltungsrates und alle Sitzungen von Ausschüssen des Verwaltungsrates, in denen sein Ernenner Mitglied ist, zu erhalten, an allen Sitzungen teilzunehmen und abzustimmen und (außer wie in dieser Satzung vorgesehen) bei einer solchen Sitzung, bei der das ihn ernennende Verwaltungsratsmitglied nicht persönlich anwesend ist, im Quorum gezählt zu werden und generell alle Funktionen seines Ernenners als Verwaltungsratsmitglied in seiner Abwesenheit auszuüben.

97 Ausgaben und Vergütung

97.1 Einem stellvertretenden Direktor können von der Gesellschaft die Auslagen erstattet werden, die ihm ordnungsgemäß erstattet worden wären, wenn er ein Direktor gewesen wäre, und er kann für sein Amt als stellvertretender Direktor von der Gesellschaft eine Vergütung erhalten, die der Verwaltungsrat festlegt. Ein stellvertretender Direktor hat Anspruch darauf, von der Gesellschaft im gleichen Umfang entschädigt zu werden, wie wenn er ein Direktor gewesen wäre.

98 Stellvertretender Direktor wird leitender Angestellter

98.1 Ein stellvertretender Direktor ist während seiner Ernennung ein leitender Angestellter der Gesellschaft und allein für seine eigenen Handlungen und Versäumnisse verantwortlich, und er gilt nicht als Vertreter des ihn ernennenden Direktors.

99 Verfahren zur Ernennung und Abberufung

99.1 Jede Ernennung oder Abberufung eines stellvertretenden Direktors muss schriftlich von dem Direktor, der die Ernennung vornimmt oder widerruft, oder auf eine andere

vom Verwaltungsrat genehmigte Art und Weise unterzeichnet werden und wird (vorbehaltlich einer nach dieser Satzung erforderlichen Genehmigung) nach Erhalt einer solchen schriftlichen Ernennung oder Abberufung im Sitz oder durch den Sekretär oder an einer von der Gesellschaft zum Zweck der Kommunikation auf elektronischem Wege angegebenen Adresse wirksam.

100 Benannter, der in mehr als einer Eigenschaft handelt

100.1 Ein Direktor oder eine andere Person kann als stellvertretender Direktor fungieren, um mehr als einen Direktor zu vertreten, und ein stellvertretender Direktor hat bei Sitzungen des Verwaltungsrats oder eines Ausschusses des Verwaltungsrats zusätzlich zu seiner eigenen Stimme (falls vorhanden) als Direktor Anspruch auf eine Stimme für jeden Direktor, den er vertritt.

BEFUGNISSE DER DIREKTOREN

101 Allgemeine Befugnisse der Gesellschaft, die dem Verwaltungsrat übertragen wurden

101.1 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen und der durch Sonderbeschluss erteilten Weisungen werden die Geschäfte der Gesellschaft durch den Verwaltungsrat geführt, der alle Befugnisse der Gesellschaft ausüben kann. Keine Änderung dieser Satzung und keine derartige Weisung setzt eine frühere Handlung des Verwaltungsrates außer Kraft, die gültig gewesen wäre, wenn diese Änderung nicht vorgenommen oder diese Weisung nicht erteilt worden wäre. Die durch Satzung erteilten Befugnisse werden nicht durch eine dem Verwaltungsrat durch diese Satzung erteilte Sondervollmacht eingeschränkt, und eine ordnungsgemäß einberufene Sitzung des Verwaltungsrates, bei der ein Quorum anwesend ist, kann alle vom Verwaltungsrat ausübbaren Befugnisse ausüben.

102 Ortsansässiger Verwaltungsrat

102.1 Der Verwaltungsrat kann die Vorkehrungen treffen, die er für die Verwaltung und Abwicklung der Angelegenheiten der Gesellschaft für geeignet hält, und kann zu diesem Zweck einen ortsansässigen Verwaltungsrat, Manager und Bevollmächtigte ernennen und ihnen alle Befugnisse des Verwaltungsrates mit der Befugnis zur Unterdelegation übertragen.

103 Ernennung von Anwälten und Bevollmächtigten

103.1 Der Verwaltungsrat kann von Zeit zu Zeit durch eine von der Gesellschaft oder anderweitig ausgeführte Vollmacht oder anderweitig jede Gesellschaft, Firma oder Person oder jedes schwankende Gremium von Personen, ob direkt oder indirekt vom Verwaltungsrat ernannt, zum Bevollmächtigten oder Vertreter der Gesellschaft für solche Zwecke und mit solchen Vollmachten, Befugnissen und Ermessensspielräumen (die nicht über diejenigen hinausgehen, die dem Verwaltungsrat gemäß dieser Satzung zustehen oder von ihm ausgeübt werden können) und für einen solchen Zeitraum und unter den Bedingungen, die er für angemessen hält, ernennen. Jede Vollmacht oder sonstige Befugnis kann zum Schutz und zur Erleichterung des Umgangs mit Personen, die mit einem Bevollmächtigten oder Vertreter zu tun haben, Bestimmungen enthalten, die der Verwaltungsrat für angebracht hält, und kann einen solchen Bevollmächtigten oder Vertreter auch ermächtigen, alle oder einige der ihm übertragenen Befugnisse, Vollmachten und Ermessensspielräume weiterzudelegieren.

DELEGATION DER BEFUGNISSE VON DIREKTOREN

104 Delegation der Befugnisse von Direktoren

104.1 Der Verwaltungsrat kann alle seine Befugnisse, Vollmachten und Ermessensspielräume (einschließlich, unbeschadet der Allgemeingültigkeit des Vorstehenden, aller Befugnisse, Vollmachten und Ermessensspielräume, deren Ausübung die Vereinbarung der Dienstbedingungen oder die Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder die Ernennung oder Zahlung von Vergütungen an alle oder einen der Verwaltungsratsmitglieder oder die Gewährung anderer Vorteile an alle oder einen der Verwaltungsratsmitglieder beinhaltet oder beinhalten kann) an einen Ausschuss delegieren, der aus einem oder mehreren Verwaltungsratsmitgliedern zusammen mit einer oder mehreren anderen vom Verwaltungsrat genehmigten Person(en) mit der Befugnis zur Unterdelegation besteht. Eine solche Delegation kann von allen Bedingungen abhängig gemacht werden, die der Verwaltungsrat auferlegen kann, und zwar entweder begleitend zu oder unter Ausschluss seiner eigenen Befugnisse, und kann widerrufen oder geändert werden. Vorbehaltlich solcher Bedingungen unterliegen die Verfahren eines Ausschusses mit zwei oder mehr Mitgliedern den Bestimmungen dieser Satzung, die die Verfahren des Beschwerdeausschusses regeln, soweit sie anwendbar sind. Soweit einem Ausschuss Befugnisse, Vollmachten oder Ermessensspielräume übertragen werden, ist jede Bezugnahme in dieser Satzung auf die Ausübung dieser Befugnisse, Vollmachten oder Ermessensspielräume durch den Rat so zu lesen und auszulegen, als handele es sich um eine Bezugnahme auf die Ausübung dieser Befugnisse, Vollmachten oder Ermessensspielräume durch diesen Ausschuss. Jeder dieser Ausschüsse hat als Mehrheit seiner Mitglieder Personen, die Direktoren sind, und kein Beschluss eines solchen Ausschusses ist wirksam, wenn nicht die Mehrheit der Personen, die (persönlich oder durch ihre stellvertretenden Direktoren) bei der Sitzung, bei der er gefasst wird, anwesend sind, Direktoren sind.

KREDITAUFNAHMEBEFUGNISSE

105 Befugnisse zur Kreditaufnahme

105.1 Der Verwaltungsrat kann alle Befugnisse der Gesellschaft ausüben, um Geld zu leihen, zu garantieren, zu entschädigen, zu verpfänden oder ihr Unternehmen, ihr Eigentum, ihre Vermögenswerte (gegenwärtig und zukünftig) und nicht eingefordertes Kapital zu belasten sowie Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere auszugeben, sei es direkt oder als Sicherheit für Schulden, Verbindlichkeiten oder Verpflichtungen der Gesellschaft oder Dritter.

EXEKUTIVDIREKTOREN

106 Berufung in Exekutivämter

106.1 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen kann der Verwaltungsrat

106.1.1 eines oder mehrere seiner Organe zum geschäftsführenden Direktor oder Geschäftsführer oder zu einem anderen ausführenden Amt (mit Ausnahme des Amtes des Wirtschaftsprüfers) der Gesellschaft ernennen und kann mit jedem Direktor eine Vereinbarung oder Absprache für seine Anstellung bei der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft oder für die Erbringung von Dienstleistungen außerhalb des gewöhnlichen Aufgabenbereichs eines Direktors treffen, wobei jede solche Ernennung, Vereinbarung oder Absprache zu Bedingungen erfolgen kann, die der Verwaltungsrat festlegt,

und er kann einen solchen Direktor für seine Dienstleistungen nach eigenem Ermessen entlohnen; und

106.1.2 es jeder zum Direktor ernannten Person gestatten, ein anderes Amt oder eine andere Beschäftigung, die sie vor ihrer Ernennung bei der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft innehatte, weiter auszuüben.

107 Geschäftsführender Direktor als Direktor

107.1 Jede Ernennung eines Direktors zum geschäftsführenden Direktor endet, wenn er nicht mehr als Direktor tätig ist, jedoch unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche wegen Verletzung des Dienstvertrags zwischen dem Direktor und der Gesellschaft, und er darf (sofern keine Vereinbarung zwischen ihm und der Gesellschaft etwas anderes vorsieht) sein Amt als Direktor nicht allein aufgrund seines Ausscheidens aus dem Amt des geschäftsführenden Direktors niederlegen.

108 Andere Exekutivämter, die nicht mit einem Direktorium verbunden sind

108.1 Vorbehaltlich der Bestimmungen des vorstehenden Artikels darf ein geschäftsführender Direktor sein Amt oder sein Arbeitsverhältnis mit der Gesellschaft nicht (es sei denn, eine Vereinbarung zwischen ihm und der Gesellschaft sieht etwas anderes vor) allein aufgrund seines Ausscheidens aus dem Amt oder Arbeitsverhältnis beenden, noch darf er sein Amt oder Arbeitsverhältnis mit der Gesellschaft beenden, wenn er aus irgendeinem Grund das Amt oder Arbeitsverhältnis beendet, aufgrund dessen er als geschäftsführender Direktor bezeichnet wird.

109 Bezüge der Exekutivdirektoren

109.1 Die Bezüge und Vergünstigungen eines Exekutivdirektors für seine Dienste als solche werden vom Verwaltungsrat festgelegt und können jeder Art sein und (ohne Einschränkung der Allgemeingültigkeit des Vorstehenden) die Mitgliedschaft in einem System oder Fonds umfassen, das bzw. der von der Gesellschaft zur Bereitstellung von Renten, Lebensversicherungen oder anderen Vergünstigungen für Angestellte oder deren Angehörige eingerichtet oder finanziert oder in die Gesellschaft eingebracht wird, oder, abgesehen von der Mitgliedschaft in einem solchen System oder Fonds, die Zahlung einer Rente oder anderer Vergünstigungen an ihn oder seine Angehörigen bei oder nach der Pensionierung oder im Todesfall.

110 Delegation an Exekutivdirektoren

110.1 Der Verwaltungsrat kann jedem Exekutivdirektor alle von ihm ausübbaren Befugnisse, Vollmachten und Ermessensspielräume (mit der Befugnis zur Unterdelegation) unter den Bedingungen und mit den Einschränkungen, die er für angemessen hält, entweder zusammen mit oder unter Ausschluss seiner eigenen Befugnisse delegieren oder anvertrauen und übertragen und kann diese Befugnisse von Zeit zu Zeit ganz oder teilweise widerrufen, zurückziehen oder ändern.

STELLVERTRETENDE DIREKTOREN

111 Assoziierte Direktoren

111.1 Der Verwaltungsrat kann jederzeit und von Zeit zu Zeit eine beliebige Person zum stellvertretenden Direktor mit einem solchen Titel, einschließlich des Wortes "Direktor", ernennen, wie es der Verwaltungsrat beschließen kann, und kann eine so ernannte

Person jederzeit abberufen. Eine auf diese Weise ernannte Person darf nicht Direktor der Gesellschaft sein und darf nicht Mitglied des Verwaltungsrates sein. Vorbehaltlich des Vorstehenden kann der Verwaltungsrat die Befugnisse und Pflichten jedes beigeordneten Direktors festlegen und begrenzen und seine Vergütung festlegen, die zusätzlich zu anderen Vergütungen gezahlt werden kann, die er von der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft erhält.

VERGÜTUNG VON DIREKTOREN

112 Verwaltungsratshonorare

112.1 Die ordentliche Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder (mit Ausnahme der gemäß dieser Satzung ernannten geschäftsführenden Verwaltungsratsmitglieder) entspricht dem Betrag, den die Verwaltungsratsmitglieder von Zeit zu Zeit festlegen, wobei die Summe der ordentlichen Vergütung dieser Verwaltungsratsmitglieder £400.000 pro Jahr nicht überschreiten darf, es sei denn, die Gesellschaft genehmigt auf der Hauptversammlung etwas anderes. Die tatsächlich gezahlte ordentliche Vergütung wird, vorbehaltlich dieser Begrenzung, von den Verwaltungsratsmitgliedern festgelegt und auf eine Weise und in einer Höhe gezahlt, die von den Verwaltungsratsmitgliedern festgelegt werden kann. Ein Verwaltungsratsmitglied, das sein Amt nur für einen Teil eines Jahres innehat, hat Anspruch auf einen proportionalen Teil der Vergütung für ein ganzes Jahr.

113 Zusätzliche Vergütung

113.1 Jedem Verwaltungsratsmitglied, das in einem Ausschuss des Verwaltungsrates tätig ist oder auf Verlangen des Verwaltungsrates besondere Dienste leistet oder sich zu irgendeinem Zweck der Gesellschaft ins Ausland begibt oder dort wohnt, kann eine solche zusätzliche Vergütung in Form eines Gehalts, eines Gewinnprozentsatzes oder anderweitig, wie vom Verwaltungsrat festgelegt, gezahlt werden.

AUSLAGEN DER DIREKTOREN

114 Auslagen der Direktoren

114.1 Den Verwaltungsratsmitgliedern können alle angemessenen Reise-, Hotel- und sonstigen Auslagen erstattet werden, die ihnen im Zusammenhang mit ihrer Teilnahme an Sitzungen des Verwaltungsrates oder von Ausschüssen des Verwaltungsrates oder an Hauptversammlungen oder separaten Versammlungen der Inhaber von Aktien oder Schuldverschreibungen jeglicher Gattung der Gesellschaft oder anderweitig im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Pflichten entstehen.

PENSIONEN UND ANDERE LEISTUNGEN

115 Trinkgelder und Pensionen der Direktoren

115.1 Der Verwaltungsrat kann jedem Relevanten Direktor oder einer juristischen Person, die eine Tochtergesellschaft oder ein Vorgänger in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft ist oder war, sowie jedem Mitglied seiner Familie (einschließlich eines Ehegatten und eines früheren Ehegatten) oder jeder Person, die von ihm abhängig ist oder war und (sowohl vor als auch nach Beendigung seines Amtes oder Beschäftigungsverhältnisses) Beiträge zu einem Fonds leisten und Prämien für den Kauf oder die Bereitstellung solcher Leistungen zahlen kann, Leistungen gewähren, sei es durch die Zahlung von Trinkgeldern oder Renten, durch Versicherungen oder auf andere Weise.

115.2 Für die Zwecke dieses Artikels 115:

115.2.1 ein "**Relevanter Direktor**" ist jeder Direktor oder ehemalige Direktor der Gesellschaft oder einer verbundenen Gesellschaft; und

115.2.2 Gesellschaften sind "**verbunden**", wenn eine eine Tochtergesellschaft der anderen ist oder beide Tochtergesellschaften der Muttergesellschaft sind.

INTERESSEN DER DIREKTOREN

116 Offenlegung von Interessen an vorgeschlagenen Transaktionen

116.1 Ein Verwaltungsratsmitglied, das in irgendeiner Weise, direkt oder indirekt, an einer vorgeschlagenen Transaktion oder Vereinbarung mit der Gesellschaft interessiert ist, muss gemäß dem Gesetz den anderen Verwaltungsratsmitgliedern Art und Umfang seines Interesses erklären.

117 Offenzulegende Interessen an tatsächlichen Transaktionen

117.1 Ein Verwaltungsratsmitglied, das in irgendeiner Weise, direkt oder indirekt, an einer von der Gesellschaft abgeschlossenen Transaktion oder Vereinbarung interessiert ist, muss in Übereinstimmung mit dem Gesetz Art und Umfang seiner Beteiligung den anderen Verwaltungsratsmitgliedern gegenüber erklären, es sei denn, die Beteiligung wurde gemäß Artikel 116.1 oben erklärt.

118 Fragen im Zusammenhang mit Interessenerklärungen

118.1 Für die Zwecke der Artikel 116 und 117:

118.1.1 die Erklärung des Interesses muss bei einer Sitzung der Direktoren oder durch schriftliche Mitteilung an die Direktoren gemäß Abschnitt 184 des Gesetzes oder durch allgemeine Mitteilung gemäß Abschnitt 185 des Gesetzes erfolgen;

118.1.2 Wenn sich die Erklärung als ungenau oder unvollständig erweist oder wird, muss eine weitere Erklärung abgegeben werden;

118.1.3 eine Erklärung in Bezug auf eine vorgeschlagene Transaktion oder Vereinbarung muss abgegeben werden, bevor die Gesellschaft die Transaktion oder Vereinbarung eingeht;

118.1.4 eine Erklärung in Bezug auf eine bestehende Transaktion oder Vereinbarung muss so bald wie vernünftigerweise durchführbar abgegeben werden;

118.1.5 eine Erklärung über ein Interesse, von dem der Direktor keine Kenntnis hat oder bei dem der Direktor keine Kenntnis von der fraglichen Transaktion oder Vereinbarung hat, ist nicht erforderlich; und

118.1.6 ein Interesse einer Person, die mit einem Direktor verbunden ist, wird wie ein Interesse des Direktors behandelt.

119 Wenn eine Erklärung nicht erforderlich ist

119.1 Ein Direktor braucht kein Interesse gemäß Artikel 116 und 117 anzugeben:

119.1.1 wenn vernünftigerweise nicht davon ausgegangen werden kann, dass sie wahrscheinlich zu einem Interessenkonflikt führt;

119.1.2 wenn oder soweit es den anderen Verwaltungsratsmitgliedern bereits bekannt ist (und zu diesem Zweck werden die anderen Verwaltungsratsmitglieder so behandelt, als wüssten sie alles, wovon sie vernünftigerweise Kenntnis haben müssten); oder

119.1.3 wenn oder soweit es Bedingungen seines Dienstvertrags betrifft, die in Betracht gezogen wurden oder werden sollen:

(i) durch eine Sitzung der Direktoren; oder

(ii) durch einen Ausschuss der Direktoren, der für den satzungsgemäßen Zweck ernannt wird.

120 Erlaubte Interessen

120.1 Vorbehaltlich des Gesetzes und unter der Voraussetzung, dass er dem Verwaltungsrat Art und Umfang seiner Interessen gemäß Artikel 116 und 117 offengelegt hat, ein Direktor ungeachtet seines Amtes:

120.1.1 kann Partei oder anderweitig an einer Transaktion oder Vereinbarung mit der Gesellschaft oder an einer Vereinbarung, an der die Gesellschaft anderweitig interessiert ist, beteiligt sein;

120.1.2 kann ein Verwaltungsratsmitglied oder ein anderer leitender Angestellter oder Angestellter oder eine Partei einer Transaktion oder Vereinbarung mit einer Körperschaft sein, die von der Gesellschaft gefördert wird oder an der die Gesellschaft anderweitig interessiert ist; und

120.1.3 ist aufgrund seines Amtes gegenüber der Gesellschaft nicht für Vorteile verantwortlich, die er aus einem solchen Amt oder einer solchen Beschäftigung oder aus einer solchen Transaktion oder Vereinbarung oder aus einer Beteiligung an einer solchen juristischen Person zieht, und keine solche Transaktion oder Vereinbarung kann aufgrund eines solchen Interesses oder Vorteils vermieden werden.

121 Der Direktor kann in beruflicher Eigenschaft handeln

121.1 Jedes Verwaltungsratsmitglied kann selbst oder seine Firma in beruflicher Eigenschaft für die Gesellschaft handeln (außer als Abschlussprüfer), und er oder seine Firma hat Anspruch auf Vergütung für berufliche Dienstleistungen, als wäre er kein Verwaltungsratsmitglied.

122 Abstimmung über Angelegenheiten, an denen ein Direktor interessiert ist

122.1 Im Falle von Beteiligungen, die sich gemäß Artikel 116 oder 117 ergeben, darf ein Verwaltungsratsmitglied bei einer Sitzung des Verwaltungsrates oder eines Ausschusses des Verwaltungsrates über keinen Beschluss abstimmen, der eine Angelegenheit betrifft, an der er direkt oder indirekt eine wesentliche Beteiligung hat (außer aufgrund seiner Beteiligung an Aktien, Schuldverschreibungen oder anderen Wertpapieren der Gesellschaft oder anderweitig an oder durch die Gesellschaft), es sei denn, seine Beteiligung oder Verpflichtung entsteht nur, weil der Fall unter einen oder mehrere der folgenden Absätze fällt:

122.1.1 der Beschluss bezieht sich auf die Gewährung einer Garantie, einer Sicherheit oder einer Entschädigung an ihn oder eine mit ihm verbundene Person in Bezug auf Geld, das ihm oder einer solchen Person geliehen wurde, oder in Bezug auf eine Verpflichtung, die er oder eine solche Person auf Ersuchen oder zu Gunsten der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft eingegangen ist;

122.1.2 der Beschluss bezieht sich auf die Gewährung einer Garantie, einer Sicherheit oder einer Entschädigung an einen Dritten für eine Schuld oder Verpflichtung der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft, für die der Direktor oder eine mit ihm verbundene Person ganz oder teilweise die Verantwortung übernommen hat, sei es allein oder gemeinsam mit anderen im Rahmen einer Garantie oder Entschädigung oder durch die Gewährung einer Sicherheit;

122.1.3 sein Interesse dadurch entsteht, dass er oder eine mit ihm verbundene Person Aktien, Schuldverschreibungen oder andere Wertpapiere der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft zeichnet oder sich bereit erklärt, diese zu zeichnen, oder dadurch, dass er oder eine mit ihm verbundene Person an der Zeichnung oder Unterzeichnung eines Angebots der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft zur Zeichnung, zum Kauf oder zum Tausch solcher Aktien, Schuldverschreibungen oder anderer Wertpapiere beteiligt ist oder dies beabsichtigt;

122.1.4 der Beschluss sich in irgendeiner Weise auf eine andere Gesellschaft bezieht, an der er direkt oder indirekt beteiligt ist, sei es als leitender Angestellter oder Aktionär oder in anderer Weise, vorausgesetzt, dass er und alle mit ihm verbundenen Personen seines Wissens nicht an Aktien (wie dieser Begriff in Teil 22 des Gesetzes verwendet wird) beteiligt sind, die ein Prozent oder mehr des Aktienkapitals dieser Gesellschaft oder der den Mitgliedern dieser Gesellschaft zur Verfügung stehenden Stimmrechte repräsentieren (mit Ausnahme von Aktien der Gesellschaft, die als eigene Aktien gehalten werden, und aller damit verbundenen Stimmrechte);

122.1.5 sich der Beschluss in irgendeiner Weise auf eine Vereinbarung bezieht, die ganz oder teilweise den Mitarbeitern der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft zugutekommt und ihm als solchem keine Privilegien oder Vorteile einräumt, die den Mitarbeitern, auf die sich eine solche Vereinbarung bezieht, im Allgemeinen nicht gewährt werden;

122.1.6 der Beschluss bezieht sich in irgendeiner Weise auf den Kauf oder die Aufrechterhaltung einer Versicherung für die Direktoren gegen jegliche Haftung, die aufgrund einer Rechtsvorschrift andernfalls für alle oder einen von ihnen in Bezug auf Fahrlässigkeit, Verzug, Pflichtverletzung oder Vertrauensbruch in Bezug auf die Gesellschaft oder eine Tochtergesellschaft entstehen würde.

123 Beschlussfähigkeit bei fehlender Stimmberechtigung des Direktors

123.1 Ein Direktor wird bei der Beschlussfähigkeit einer Sitzung in Bezug auf einen Beschluss, über den er nicht stimmberechtigt ist, nicht mitgezählt.

124 Gesonderte Betrachtung von Vorschlägen

124.1 Wenn Vorschläge bezüglich der Ernennung (einschließlich der Festlegung oder Änderung der Ernennungsbedingungen) von zwei oder mehr Direktoren für Ämter oder Anstellungen bei der Gesellschaft oder einer Körperschaft, an der die Gesellschaft interessiert ist, in Erwägung gezogen werden, können die Vorschläge geteilt und in Bezug auf jeden Direktor gesondert betrachtet werden, und (vorausgesetzt, dass er nicht aus einem anderen Grund von der Abstimmung ausgeschlossen ist) ist jeder der betroffenen Direktoren stimmberechtigt und wird bei der Beschlussfähigkeit in Bezug auf jeden Beschluss, mit Ausnahme desjenigen, der seine eigene Ernennung betrifft, gezählt.

125 Entscheidung des Vorsitzenden über Abstimmung eines Direktors

125.1 Wenn bei einer Sitzung des Verwaltungsrats oder eines Ausschusses des Verwaltungsrats eine Frage bezüglich des Rechts eines Direktors auf Abstimmung oder Zählung im Quorum auftritt und diese Frage nicht dadurch gelöst wird, dass er sich freiwillig bereit erklärt, sich der Stimme zu enthalten oder nicht im Quorum gezählt zu werden, kann die Frage (es sei denn, der betreffende Direktor ist der Vorsitzende der Sitzung; in diesem Fall tritt er von der Sitzung zurück und der Verwaltungsrat wählt einen neuen Vorsitzenden, der die Frage anstelle des Vorsitzenden prüft), vor Abschluss der Sitzung an den Vorsitzenden der Sitzung verwiesen werden, und seine Entscheidung in Bezug auf ein anderes Verwaltungsratsmitglied als ihn selbst ist endgültig und schlüssig, außer in einem Fall, in dem die Art oder der Umfang des Interesses des betreffenden Verwaltungsratsmitglieds nicht in angemessener Weise offengelegt wurde, und unter der Voraussetzung, dass eine solche Frage zum Zwecke der Offenlegung des Interesses an den Konten der Gesellschaft von einer Mehrheit des Verwaltungsrates (außer dem betreffenden Verwaltungsratsmitglied) endgültig und schlüssig entschieden wird.

DIE BEFUGNIS DER DIREKTOREN, INTERESSENKONFLIKTE ZU GENEHMIGEN

126 Genehmigung von Interessen

126.1 Die Verwaltungsratsmitglieder können, soweit gesetzlich zulässig, jede ihnen vorgeschlagene Angelegenheit genehmigen, die andernfalls dazu führen würde, dass ein Verwaltungsratsmitglied seine Pflicht gemäß Abschnitt 175 des Gesetzes verletzt, um eine Situation zu vermeiden, in der er ein direktes oder indirektes Interesse hat oder haben kann, das mit den Interessen der Gesellschaft in Konflikt steht oder möglicherweise in Konflikt geraten kann und bei der vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass sie wahrscheinlich zu einem Interessenkonflikt führen wird.

127 Voraussetzung für die Wirksamkeit der Genehmigung

127.1 Die Genehmigung einer Angelegenheit nach Artikel 126 ist nur dann wirksam, wenn

127.1.1 die Angelegenheit den Verwaltungsratsmitgliedern vorgeschlagen wurde, indem sie bei einer Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder zur Prüfung oder zur Genehmigung durch die Verwaltungsratsmitglieder gemäß den normalen Verfahren des Verwaltungsrates oder in einer anderen vom Verwaltungsrat genehmigten Weise vorgelegt wurde;

127.1.2 jedes Erfordernis der Beschlussfähigkeit bei der Sitzung der Direktoren, bei der die Angelegenheit geprüft wird, erfüllt ist, ohne den betreffenden Direktor und alle anderen interessierten Direktoren zu zählen; und

127.1.3 der Angelegenheit zugestimmt wurde, ohne dass der betreffende Direktor und jeder andere interessierte Direktor abgestimmt haben oder zugestimmt hätten, wenn ihre Stimmen nicht gezählt worden wären.

128 Konflikte, die sich aus genehmigten Angelegenheiten ergeben

128.1 Jede Genehmigung einer Angelegenheit nach Artikel 126 erstreckt sich auf jeden tatsächlichen oder potentiellen Interessenkonflikt, von dem vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich aus der so genehmigten Angelegenheit ergibt.

129 Direktoren können Bedingungen für die Genehmigung auferlegen

129.1 Der Verwaltungsrat kann eine Angelegenheit entsprechend seinem Beschluss gemäß Artikel 126 zu solchen Bedingungen und für eine solche Dauer genehmigen oder der Genehmigung solche Beschränkungen oder Bedingungen auferlegen, sowie die Bedingungen oder die Dauer einer solchen Genehmigung (einschließlich der ihr auferlegten Beschränkungen oder Bedingungen) ändern oder sie widerrufen, und ein Verwaltungsratsmitglied hat alle Verpflichtungen zu erfüllen, die ihm von den Verwaltungsratsmitgliedern aufgrund einer solchen Genehmigung auferlegt werden.

130 Beispiele für Begriffe, die auferlegt werden können

130.1 Alle vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 129 auferlegten Bedingungen können (ohne Einschränkung) umfassen:

130.1.1 ob der Direktor bei einer Sitzung des Verwaltungsrats oder eines Ausschusses oder Unterausschusses des Verwaltungsrats in Bezug auf einen Beschluss in Bezug auf die betreffende Angelegenheit abstimmen (oder im Quorum gezählt werden) darf;

130.1.2 ob der Direktor Dokumente oder andere Informationen im Zusammenhang mit der betreffenden Angelegenheit erhalten soll; und

130.1.3 ob der Direktor bei einer Sitzung des Verwaltungsrats oder eines Ausschusses oder Unterausschusses des Verwaltungsrats oder anderweitig von Diskussionen in Bezug auf die betreffende Angelegenheit ausgeschlossen werden soll.

131 Vertrauliche Informationen

131.1 Der Verwaltungsratsmitglied ist nicht verpflichtet, vertrauliche Informationen, die er im Zusammenhang mit der betreffenden Angelegenheit erhalten hat (außer durch seine Position als Verwaltungsratsmitglied der Gesellschaft), an die Gesellschaft weiterzugeben oder sie bei der Ausübung seiner Pflichten als Verwaltungsratsmitglied zu verwenden oder anzuwenden, wenn dies zu einer Verletzung einer Verpflichtung oder Vertrauenspflicht führen würde, die ihm im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit obliegt.

132 Allgemeine Pflichten

132.1 Ein Verwaltungsratsmitglied verstößt nicht gegen eine Pflicht, die es der Gesellschaft gemäß den Abschnitten 171 bis 177 des Gesetzes schuldet, wenn es gemäß den Bedingungen, Grenzen und Auflagen (falls vorhanden) handelt, die der Verwaltungsrat in Bezug auf seine Genehmigung des Interessenkonflikts des Verwaltungsratsmitglieds oder eines möglichen Interessenkonflikts gemäß Artikel 126 auferlegen kann.

133 Rechenschaftspflicht für Leistungen

133.1 Ein Verwaltungsratsmitglied ist vorbehaltlich anders lautender Vereinbarungen nicht gegenüber der Gesellschaft für Vorteile verantwortlich, die ihm (oder einer mit ihm verbundenen Person) aus einer vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 126 genehmigten Angelegenheit erwachsen, und Verträge, Transaktionen oder Vereinbarungen, die sich darauf beziehen, können nicht aufgrund eines solchen Vorteils vermieden werden.

134 Aufgabenkonflikt

134.1 Ein Verweis in dieser Satzung auf einen Interessenkonflikt schließt einen Interessen- und Pflichtkonflikt sowie einen Pflichtenkonflikt ein.

INTERESSEN DER DIREKTOREN - ALLGEMEIN

135 Verbundene Personen

135.1 Für die Zwecke der Artikel 116 bis 134:

135.1.1 ein Interesse einer mit einem Direktor verbundenen Person wird wie ein Interesse des Direktors behandelt; und

135.1.2 Abschnitt 252 des Gesetzes bestimmt, ob eine Person mit einem Direktor verbunden ist.

136 Aussetzung oder Ratifizierung durch ordentlichen Beschluss

136.1 Die Gesellschaft kann durch einen ordentlichen Beschluss eine Bestimmung dieser Satzung, die einem Verwaltungsratsmitglied die Stimmabgabe bei einer Sitzung des Verwaltungsrates oder eines Ausschusses des Verwaltungsrates untersagt oder einen Vertrag, eine Transaktion oder Vereinbarung oder einen anderen Vorschlag, der aufgrund eines Verstoßes gegen eine Bestimmung dieser Satzung nicht ordnungsgemäß genehmigt wurde, in beliebigem Umfang entweder allgemein oder in Bezug auf eine bestimmte Angelegenheit aussetzen oder lockern.

VERFAHREN DES AUSSCHUSSES

137 Bekanntmachung von Verwaltungsratssitzungen

137.1 Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Satzung kann die Kammer ihr Verfahren nach eigenem Ermessen regeln. Ein Direktor kann und der Sekretär kann auf Antrag eines Direktors eine Sitzung des Beschwerdeausschusses einberufen. Die Einberufung einer Verwaltungsratssitzung kann einem Verwaltungsratsmitglied persönlich oder mündlich mitgeteilt werden oder ihm per Urkunde an eine Adresse zugestellt werden, die er von Zeit zu Zeit zu diesem Zweck angibt (oder, falls er keine Adresse angibt, an

seine letzte bekannte Adresse), oder in elektronischer Form an eine Adresse (falls vorhanden), die er der Gesellschaft zu diesem Zweck von ihm oder in seinem Namen vorläufig mitgeteilt hat. Ein Verwaltungsratsmitglied, das im Vereinigten Königreich abwesend ist oder seine Abwesenheit beabsichtigt, kann den Verwaltungsrat darum ersuchen, dass ihm (oder seinem Stellvertreter) die Einberufung von Verwaltungsratssitzungen während seiner Abwesenheit durch eine Urkunde oder in elektronischer Form an eine von ihm zu diesem Zweck der Gesellschaft mitgeteilte Adresse zugestellt wird, aber wenn kein derartiger Antrag gestellt wird, ist es nicht erforderlich, ein Verwaltungsratsmitglied, das gegenwärtig im Vereinigten Königreich abwesend ist, über eine Verwaltungsratssitzung zu benachrichtigen. Ein Verwaltungsratsmitglied kann auf die Ankündigung einer Sitzung entweder prospektiv oder retrospektiv verzichten.

138 Abstimmungen bei Verwaltungsratssitzungen

138.1 Fragen, die sich bei einer Tagung ergeben, werden mit Stimmenmehrheit entschieden. Bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende der Sitzung eine zweite oder ausschlaggebende Stimme.

139 Beschlussfähigkeit bei Verwaltungsratssitzungen

139.1 Das Quorum für die Erledigung der Geschäfte des Verwaltungsrats kann vom Verwaltungsrat festgesetzt werden, und sofern dies nicht auf eine andere Zahl festgelegt wird, beträgt es zwei. Eine Person, die das Amt eines stellvertretenden Direktors innehat, wird, wenn ihr Ernenner nicht anwesend ist, bei der Beschlussfähigkeit mit der Maßgabe berücksichtigt, dass ein Direktor oder stellvertretender Direktor, der an einer Sitzung des Verwaltungsrats teilnimmt, für die Zwecke der Beschlussfähigkeit als eine Person gezählt wird, ungeachtet dessen, dass er an dieser Sitzung auch als stellvertretender Direktor teilnimmt oder dass er als stellvertretender Direktor teilnimmt, der von mehr als einem Direktor ernannt wurde.

140 Teilnahme an Sitzungen per Telefon

140.1 Jedes Verwaltungsratsmitglied oder jede andere Person kann an einer Sitzung des Verwaltungsrates mittels eines Konferenztelefons oder einer ähnlichen Kommunikationseinrichtung teilnehmen, wobei alle an der Sitzung teilnehmenden Personen einander hören können, und jede Person, die auf diese Weise an der Sitzung teilnimmt, gilt als persönlich bei dieser Sitzung anwesend. Eine solche Sitzung gilt als an dem Ort stattfindend, an dem die größte Gruppe der Teilnehmer versammelt ist, oder, falls es keine solche Gruppe gibt, an dem Ort, an dem sich der Vorsitzende der Sitzung zum Zeitpunkt der Sitzung befindet.

141 Zahl der Direktoren unter dem Quorum

141.1 Die fortbestehenden Direktoren oder ein einziger fortbestehender Direktor können ungeachtet der Vakanzen im Verwaltungsrat handeln, aber wenn die Anzahl der Direktoren unter der als Quorum festgelegten Anzahl liegt, können die fortbestehenden Direktoren oder der Direktor nur zum Zweck der Besetzung der Vakanzen im Verwaltungsrat oder der Einberufung einer Hauptversammlung handeln.

142 Vorsitzender

142.1 Der Verwaltungsrat kann einen aus seiner Mitte zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats und einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende ernennen und sie jederzeit ihres Amtes entheben. Sofern er nicht dazu bereit ist, führt der

Vorsitzende des Verwaltungsrats bei jeder Sitzung des Verwaltungsrats, bei der er anwesend ist, den Vorsitz. Wenn jedoch kein Vorsitzender des Verwaltungsrats oder stellvertretender Vorsitzender im Amt ist, oder wenn bei einer Sitzung weder der Vorsitzende des Verwaltungsrats noch ein stellvertretender Vorsitzender anwesend ist und bereit ist, innerhalb von fünf Minuten nach der für die Sitzung festgelegten Zeit den Vorsitz zu übernehmen, können die anwesenden Direktoren einen aus ihrer Mitte zum Vorsitzenden der Sitzung ernennen.

143 Schriftlicher Beschluss

143.1 Ein schriftlicher Beschluss, der von allen Verwaltungsratsmitgliedern, die zum Erhalt einer Einberufung zu einer Sitzung des Verwaltungsrats berechtigt sind (nicht weniger als die zur Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrats erforderliche Anzahl), oder von allen Mitgliedern eines Ausschusses des Verwaltungsrats unterzeichnet ist, ist so gültig und wirksam, als wäre er bei einer Sitzung des Verwaltungsrats gefasst worden oder (als der Fall kann) ein ordnungsgemäß einberufener und abgehaltener Ausschuss des Verwaltungsrats sein und kann aus mehreren Dokumenten in Papierform und/oder auf elektronischem Wege in ähnlicher Form bestehen, die jeweils von einem oder mehreren Direktoren unterzeichnet sind, vorausgesetzt, dass alle, die den Beschluss unterzeichnen oder ihm zustimmen, bei einer solchen Sitzung beschlussfähig gewesen wären. Ein von einem stellvertretenden Direktor unterzeichneter Beschluss braucht nicht auch von seinem Ernenner unterzeichnet zu werden, und wenn er von einem Direktor unterzeichnet ist, der einen stellvertretenden Direktor ernannt hat, braucht er nicht von dem stellvertretenden Direktor in dieser Eigenschaft unterzeichnet zu werden.

144 Gültigkeit von Rechtsakten

144.1 Alle Handlungen, die von einer Sitzung des Verwaltungsrats, einem Ausschuss des Verwaltungsrats oder einer Person, die als Direktor, stellvertretender Direktor oder Ausschussmitglied handelt, vorgenommen werden, sind ungeachtet der Tatsache, dass sich im Nachhinein herausstellt, dass die Ernennung oder der Fortbestand des Amtes eines Direktors, stellvertretenden Direktors oder einer Person, die wie oben beschrieben handelt, mangelhaft war, oder dass einer von ihnen von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen wurde, sein Amt niedergelegt hat oder nicht stimmberechtigt ist, so gelten, als sei jede dieser Personen ordnungsgemäß ernannt worden und qualifiziert und weiterhin als Direktor, stellvertretender Direktor oder Mitglied eines Ausschusses tätig und stimmberechtigt gewesen.

SEKRETÄR

145 Sekretär

145.1 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen wird der Sekretär vom Verwaltungsrat für eine Amtszeit, zu einer Vergütung und zu Bedingungen ernannt, die er für angemessen hält, und jeder auf diese Weise ernannte Sekretär kann vom Verwaltungsrat abberufen werden. Zwei oder mehrere Personen können als gemeinsame Sekretäre ernannt werden, und der Verwaltungsrat kann auch von Zeit zu Zeit zu Bedingungen, die er für angemessen hält, einen oder mehrere vorübergehende oder stellvertretende Sekretäre oder Assistenten ernennen.

PROTOKOLL

146 Protokoll

146.1 Der Verwaltungsrat veranlasst die Erstellung eines Protokolls:

146.1.1 aller vom Verwaltungsrat vorgenommenen Ernennungen von Amtsträgern; und

146.1.2 aller Verfahren bei Versammlungen der Gesellschaft, der Inhaber von Aktien jeder Kategorie von Aktien der Gesellschaft und des Verwaltungsrates sowie der Ausschüsse des Verwaltungsrates, einschließlich der Namen der bei jeder dieser Versammlungen anwesenden Verwaltungsratsmitglieder.

146.2 Wenn ein solches Protokoll vorgibt, vom Vorsitzenden der Sitzung, auf die es sich bezieht, oder der Sitzung, auf der es genehmigt wird, unterzeichnet zu sein, so gilt es ohne weiteren Nachweis der darin angegebenen Tatsachen als ausreichender Beweis.

DAS SIEGEL

147 Verwendung des Siegels

147.1 Wenn die Gesellschaft ein Siegel hat, darf es nur von dem befugten Verwaltungsrat oder eines vom Verwaltungsrat befugten Ausschusses des Verwaltungsrates verwendet werden. Der Verwaltungsrat kann bestimmen, wer eine Urkunde, auf der das Siegel angebracht ist, zu unterzeichnen hat, und sofern nichts anderes bestimmt ist, wird sie von einem Direktor und dem Sekretär oder einem zweiten Direktor unterzeichnet.

148 Offizielles Siegel

148.1 Verfügt die Gesellschaft über ein offizielles Siegel zur Verwendung im Ausland, darf es nur dann auf einem Dokument angebracht werden, wenn seine Verwendung auf diesem Dokument oder auf Dokumenten einer Gattung, zu der es gehört, durch einen Beschluss des Verwaltungsrates oder eines vom Verwaltungsrat genehmigten Ausschusses des Verwaltungsrates genehmigt wurde.

149 Sicherheitssiegel

149.1 Wenn die Gesellschaft über ein Wertpapiersiegel verfügt, darf dieses nur vom Sekretär oder einer vom Sekretär zur Anbringung auf Wertpapieren ermächtigten Person auf Wertpapiere angebracht werden.

150 Anbringen eines Wertpapiersiegels

150.1 Für die Zwecke der Satzung schließen Verweise auf das Wertpapiersiegel, das auf einem Dokument angebracht wird, die Reproduktion des Bildes dieses Siegels auf oder in einem Dokument durch mechanische oder elektronische Mittel ein, die vom Verwaltungsrat in Bezug auf dieses Dokument oder Dokumente einer Klasse, zu der es gehört, genehmigt wurden.

DIVIDENDEN

151 Erklärung der Dividenden durch die Gesellschaft

151.1 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen kann die Gesellschaft durch ordentlichen Beschluss Dividenden in Übereinstimmung mit den jeweiligen Rechten der Mitglieder beschließen, jedoch darf keine Dividende den vom Verwaltungsrat empfohlenen Betrag übersteigen.

152 Berechnung von Dividenden

152.1 Sofern die mit den Aktien verbundenen Rechte nichts anderes vorsehen, werden alle Dividenden entsprechend den auf die Aktien, auf die die Dividende gezahlt wird, eingezahlten Beträgen erklärt und ausgezahlt, aber (nur für die Zwecke dieses Artikels) wird kein Betrag, der auf eine Aktie vor dem Abruf gezahlt wird, als auf die Aktie gezahlt behandelt. Alle Dividenden werden proportional zu den Beträgen aufgeteilt und ausgezahlt, die während eines Teils oder mehrerer Teile des Zeitraums, für den die Dividende gezahlt wird, auf die Aktien eingezahlt wurden, aber wenn eine Aktie zu Bedingungen ausgegeben wird, die vorsehen, dass sie ab einem bestimmten Datum dividendenberechtigt ist, so ist diese Aktie entsprechend dividendenberechtigt.

153 Der Verwaltungsrat kann Zwischen- und Festdividenden zahlen

153.1 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen kann der Verwaltungsrat Zwischendividenden zahlen, wenn er der Ansicht ist, dass diese durch die zur Ausschüttung verfügbaren Gewinne der Gesellschaft gerechtfertigt sind. Wenn das Aktienkapital in verschiedene Aktiengattungen aufgeteilt ist, kann der Verwaltungsrat Zwischendividenden auf Aktien zahlen, die aufgeschobene oder stimmrechtslose Rechte in Bezug auf Dividenden gewähren, sowie auf Aktien, die Vorzugsrechte in Bezug auf Dividenden gewähren, aber es wird keine Zwischendividende auf Aktien mit aufgeschobenen oder stimmrechtslosen Rechten gezahlt, wenn zum Zeitpunkt der Zahlung eine Vorzugsdividende im Rückstand ist. Der Verwaltungsrat kann auch in von ihm festgelegten Zeitabständen eine zu einem festen Satz zu zahlende Dividende zahlen, wenn er der Ansicht ist, dass die zur Ausschüttung verfügbaren Gewinne die Zahlung rechtfertigen. Unter der Voraussetzung, dass der Verwaltungsrat in gutem Glauben handelt, übernehmen die Direktoren gegenüber den Inhabern von Aktien, die Vorzugsrechte verleihen, keine Haftung für Verluste, die ihnen durch die rechtmäßige Zahlung einer Zwischendividende auf Aktien mit aufgeschobenen oder nicht aufgeschobenen Rechten entstehen können. Dividenden können in jeder Währung erklärt oder gezahlt werden.

154 Auf Aktien fällige Beträge können abgezogen werden

154.1 Der Verwaltungsrat kann von jeder Dividende oder anderen Geldern, die auf oder in Bezug auf eine Aktie an ein Mitglied zahlbar sind, alle Geldbeträge (falls vorhanden) abziehen, die dieses Mitglied gegenwärtig aufgrund von Aufforderungen oder anderweitig im Zusammenhang mit Aktien der Gesellschaft an die Gesellschaft zu zahlen hat.

155 Keine Zinsen auf Dividenden

155.1 Dividenden oder andere Gelder, die in Bezug auf eine Aktie zahlbar sind, werden gegenüber der Gesellschaft nicht verzinst, es sei denn, die mit der Aktie verbundenen Rechte sehen etwas anderes vor. Alle nicht in Anspruch genommenen Dividenden können von der Gesellschaft einbehalten oder nach Ermessen des Verwaltungsrates

angelegt oder verwendet werden, bis sie eingefordert werden, und damit die Gesellschaft nicht verpflichtet ist, über Zinsen oder andere Erträge aus ihnen Rechenschaft abzulegen, wird sie in Bezug auf diese weder als Treuhänder eingesetzt noch ist sie für dadurch entstehende Verluste verantwortlich. Jegliche Zinsen oder Gewinne, die auf nicht eingeforderte, investierte oder anderweitig genutzte Dividenden erzielt werden, gehören der Gesellschaft. Jede Dividende, die zwölf Jahre ab dem Datum, an dem sie zur Zahlung fällig wurde, nicht eingefordert wurde, verfällt und wird nicht mehr von der Gesellschaft geschuldet.

156 Daten aufzeichnen

156.1 Unbeschadet der mit den Aktien verbundenen Rechte können die Gesellschaft oder der Verwaltungsrat ein Datum oder eine bestimmte Zeit an einem Datum als Stichtag festlegen, unter Bezugnahme auf den eine Dividende erklärt oder ausgezahlt oder eine Ausschüttung, Zuteilung oder Emission vorgenommen wird, und dieses Datum kann vor, an oder nach dem Datum liegen, an dem die Dividende, Ausschüttung, Zuteilung oder Emission erklärt, ausgezahlt oder vorgenommen wird. Wird kein Stichtag festgelegt, so richtet sich die Berechtigung zu einer Dividende, Ausschüttung, Zuteilung oder Ausgabe nach dem Datum, an dem die Dividende erklärt oder ausgezahlt oder die Ausschüttung, Zuteilung oder Ausgabe vorgenommen wird.

157 Zahlung an Berechtigte durch Übermittlung

157.1 Der Verwaltungsrat kann die Dividenden oder andere Gelder, die auf Aktien zu zahlen sind, für die eine Person berechtigt ist, als Inhaber eingetragen zu werden, durch Übermittlung an diese Person gegen Vorlage eines Nachweises auszahlen, der erforderlich wäre, wenn diese Person als Mitglied in Bezug auf diese Aktien eingetragen werden wollte.

158 Zahlungsvorgang

158.1 Alle Dividenden oder andere Gelder, die in Bezug auf eine Aktie zu zahlen sind, können ausgezahlt werden:

158.1.1 in bar;

158.1.2 per Scheck oder Bezugsrechtsschein per Post an die Adresse im Register der Person, die Anspruch auf die Gelder hat, oder, wenn zwei oder mehrere Personen Inhaber der Aktie sind oder aufgrund des Todes oder Konkurses des Inhabers oder anderweitig kraft Gesetzes gemeinsam Anspruch auf die Aktie haben, an die Adresse im Register der Person, die im Register bezüglich des gemeinsamen Besitzes als erste genannt ist, oder an diese Person und an die Adresse, die die Person oder die Personen, die Anspruch auf die Gelder haben, schriftlich angeben können. Jeder derartige Scheck oder Bezugsrechtsschein ist an die Person oder die Personen, die Anspruch auf die Gelder haben, oder an eine andere Person, die die Person oder die Personen, die Anspruch auf die Gelder haben, schriftlich bestimmen können, zahlbar und wird auf Risiko der Person oder der Personen, die Anspruch auf die Gelder haben, versandt. Jeder derartige Scheck oder Bezugsrechtsschein kann "nur zur Verrechnung" gekennzeichnet werden, obwohl die Gesellschaft dazu nicht verpflichtet ist;

158.1.3 durch Banküberweisung auf ein Konto (einer vom Verwaltungsrat genehmigten Art), das die Person(en), die Anspruch auf die Gelder hat (haben), schriftlich anweisen kann (können); oder

158.1.4 durch eine andere vom Verwaltungsrat genehmigte Zahlungsweise, der die Person(en), die Anspruch auf die Gelder hat (haben), schriftlich zustimmen kann (können).

158.2 Die Zahlung eines Schecks oder Bezugsrechtsscheins durch die Bank, auf die er ausgestellt wurde, oder die Überweisung von Geldern durch die mit der Überweisung beauftragte Bank stellt eine gute Entlastung für die Gesellschaft dar.

159 Nicht eingezogene Dividenden

159.1 Wenn in Bezug auf Dividenden oder andere Gelder, die in Bezug auf Aktien zu zahlen sind, Schecks oder Optionsscheine gemäß den Bestimmungen des vorstehenden Artikels per Post versandt wurden, jedoch während der Zeiträume, für die sie gültig sind, unausgehändigt zurückgesandt oder nicht eingelöst wurden, oder wenn Banküberweisungen oder andere Zahlungsmethoden fehlgeschlagen sind:

159.1.1 bei zwei aufeinander folgenden Gelegenheiten; oder

159.1.2 bei irgendeiner Gelegenheit und bei angemessenen Nachforschungen ist es nicht gelungen, eine andere Adresse oder ein anderes Konto der Person festzustellen, die Anspruch auf die Gelder hat,

die Gesellschaft braucht danach keine weiteren Schecks oder Optionsscheine zu versenden oder Anweisungen für Banküberweisungen oder andere Zahlungsmethoden für die Zahlung von Dividenden oder anderen Geldern, die auf oder in Bezug auf die betreffenden Aktien zahlbar sind, zu erteilen, bis der Gesellschafter oder eine andere dazu berechtigte Person mit der Gesellschaft kommuniziert und dem Amt schriftlich eine neue Adresse oder ein neues Konto mitgeteilt hat, die bzw. das für diesen Zweck zu verwenden ist.

160 Andere Dividenden als Bardividenden

160.1 Jede Hauptversammlung, die eine Dividende beschließt, kann auf Empfehlung des Verwaltungsrates eine direkte Zahlung oder Befriedigung dieser Dividende ganz oder teilweise durch die Verteilung bestimmter Vermögenswerte, insbesondere voll eingezahlter Aktien oder Schuldverschreibungen einer anderen Gesellschaft, vornehmen, und der Verwaltungsrat setzt diese Anweisung in Kraft. Treten bei der Ausschüttung Schwierigkeiten auf, so kann der Verwaltungsrat nach eigenem Ermessen eine Regelung treffen und insbesondere den Ausschüttungswert dieser spezifischen Vermögenswerte oder eines Teils davon festlegen und bestimmen, dass eine Barzahlung an alle Mitglieder auf der Grundlage des so festgelegten Wertes erfolgt, um die Rechte der Dividendenberechtigten anzupassen, und er kann diese spezifischen Vermögenswerte in einem Treuhandvermögen für die dividendenberechtigten Mitglieder treuhänderisch verwahren, soweit dies dem Verwaltungsrat zweckmäßig erscheint.

161 Ausschüttungen

161.1 Der Verwaltungsrat kann mit der Genehmigung eines ordentlichen Beschlusses der Gesellschaft den Inhabern von Aktien das Recht anbieten, für die Gesamtheit (oder einen Teil davon, der vom Verwaltungsrat zu bestimmen ist) der durch diesen Beschluss festgelegten Dividende oder Dividenden anstelle von Bargeld Aktien zu erhalten, die als voll bezahlt gutgeschrieben werden. Es gelten die folgenden Bestimmungen:

161.1.1 Der Beschluss kann eine bestimmte Dividende oder alle oder einige Dividenden festlegen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums erklärt oder ausgezahlt werden, aber dieser Zeitraum endet spätestens zu Beginn der Jahreshauptversammlung im fünften Jahr nach dem Jahr, in dem der Beschluss gefasst wird;

161.1.2 der Anspruch jedes Aktieninhabers auf neue Aktien soll so gestaltet sein, dass der Wert dieser neuen Aktien so weit wie möglich dem Barbetrag entspricht (aber nicht darüber hinausgeht), den dieser Inhaber andernfalls als Dividende erhalten hätte, und zu diesem Zweck soll der Wert einer Aktie dem Durchschnitt der mittleren Marktnotierungen für eine solche Aktie entsprechen (wie aus einer solchen Liste oder einer solchen Quelle abgeleitet, die solche Marktnotierungen aufweist, wie es die Direktoren tun, nach vernünftigem Ermessen beschließen, für diesen Zweck zu verwenden) an fünf aufeinanderfolgenden Handelstagen, die die Direktoren festlegen, vorausgesetzt, dass der erste dieser Handelstage an oder nach dem Tag liegt, an dem die Aktien erstmals "ex" der entsprechenden Dividende notiert werden;

161.1.3 Es darf kein Bruchteil einer Aktie zugeteilt werden, und der Verwaltungsrat kann für jeden Bruchteilsanspruch einschließlich der Rückstellung eine Regelung treffen, die er für angemessen hält:

(i) dass der Nutzen von Teilansprüchen ganz oder teilweise außer Acht gelassen wird oder der Gesellschaft zufließt; oder

(ii) für den Wert von Bruchteilsansprüchen, die im Namen eines Mitglieds (ohne Anspruch auf Zinsen) angesammelt und bei der Einzahlung neuer Aktien im Zusammenhang mit einem späteren Angebot der Gesellschaft für das Recht, im Hinblick auf eine künftige Dividende Aktien anstelle von Bargeld zu erhalten, angewandt werden;

161.1.4 Der Verwaltungsrat benachrichtigt nach der Festlegung der Zuteilungsgrundlage die Inhaber von Aktien schriftlich über das ihnen angebotene Wahlrecht und (außer im Falle eines Inhabers, von dem die Gesellschaft eine schriftliche Benachrichtigung erhalten hat) in einer Form, die der Verwaltungsrat verlangen kann und die für die Zwecke der betreffenden Dividende wirksam ist, dass ein solcher Inhaber für alle zukünftigen Dividenden, für die der Verwaltungsrat den Inhabern von Aktien das Recht auf den Erhalt von Aktien wie oben beschrieben anbietet, anstelle von Bargeld Aktien zu erhalten, Aktien erhalten möchte) mit oder nach einer solchen Benachrichtigung Wahlformulare zu versenden und das zu befolgende Verfahren sowie den Ort oder die Adresse anzugeben, an dem die ordnungsgemäß ausgefüllten Wahlformulare spätestens bis zu welchem Datum und zu welcher Uhrzeit eingehen müssen, um wirksam zu werden;

161.1.5 Die Dividende (oder der Teil der Dividende, für den ein Wahlrecht angeboten wurde) ist nicht auf Aktien zu zahlen, für die eine solche Wahl ordnungsgemäß durchgeführt wurde (die "gewählten Aktien"); stattdessen werden den Inhabern der gewählten Aktien zusätzliche Aktien auf der Grundlage der Zuteilung zugeteilt, die wie oben angegeben festgelegt wurde, und zu diesem Zweck kapitalisiert der Verwaltungsrat die Beträge, die den Reserven gutgeschrieben werden, aus diesen (einschließlich eines

Aktienaufgeldkontos oder einer Kapitalrücklage) oder eines der Gewinne, die andernfalls für die Barauszahlung von Dividenden hätten verwendet werden können, wie der Verwaltungsrat eine Summe festlegen kann, die dem Gesamtnennbetrag der zusätzlichen Aktien entspricht, die auf dieser Grundlage zugeteilt werden sollen, und soll dasselbe bei der vollständigen Einzahlung der entsprechenden Anzahl nicht ausgegebener Aktien zur Zuteilung und Verteilung an und unter den Inhabern der gewählten Aktien auf dieser Grundlage anwenden;

161.1.6 die auf diese Weise zugeteilten zusätzlichen Aktien sind in jeder Hinsicht gleichrangig mit den voll eingezahlten Aktien dieser Klasse, die zu diesem Zeitpunkt in Umlauf sind, mit Ausnahme nur der Beteiligung an der entsprechenden Dividende; und

161.1.7 Der Verwaltungsrat kann bei jeder Gelegenheit bestimmen, dass das Wahlrecht nur vorbehaltlich solcher Ausschlüsse, Einschränkungen oder anderer Vorkehrungen zur Verfügung gestellt wird, die er nach seinem absoluten Ermessen für notwendig oder wünschenswert erachtet, um rechtliche oder praktische Probleme nach den gesetzlichen Vorschriften oder den Anforderungen einer anerkannten Aufsichtsbehörde oder einer Börse in einem Gebiet zu lösen.

162 Gemeinsame Inhaber

162.1 Wenn mehrere Personen als gemeinsame Inhaber einer Aktie im Register eingetragen sind oder gemeinsam Anspruch auf eine Aktie haben, kann jede von ihnen Quittungen für Dividenden oder andere Gelder, die in Bezug auf die Aktie zu zahlen sind, ausstellen, und der Verwaltungsrat kann von den Dividenden oder anderen Geldern, die in Bezug auf eine von mehreren Personen gemeinsam gehaltene Aktie zu zahlen sind, alle Geldbeträge (falls zutreffend) abziehen, die gegenwärtig von einem oder mehreren der eingetragenen Inhaber aufgrund von Abrufen oder anderweitig in Bezug auf Aktien der Gesellschaft, die im gemeinsamen Namen aller (aber nicht nur einiger) dieser eingetragenen Inhaber gehalten werden, an die Gesellschaft zu zahlen sind.

KONTEN

163 Mitglieder haben kein Recht auf Akteneinsicht

163.1 Kein Mitglied hat (als solches) das Recht, Einsicht in Buchhaltungsunterlagen oder andere Bücher oder Dokumente der Gesellschaft zu nehmen, es sei denn, dies wird durch die gesetzlichen Bestimmungen gewährt oder vom Verwaltungsrat oder durch einen ordentlichen Beschluss der Gesellschaft genehmigt.

164 Versand von Jahresabschlüssen

164.1 Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels wird eine Kopie des Jahresabschlusses der Gesellschaft zusammen mit einer Kopie des Berichts der Abschlussprüfer und des Berichts der Direktoren sowie allen anderen Dokumenten, die ihnen beigefügt oder beigefügt werden müssen, mindestens 21 Tage vor dem Datum der Hauptversammlung, bei der Kopien dieser Dokumente vorzulegen sind, an jedes Mitglied und jeden Schuldverschreibungsinhaber der Gesellschaft sowie an jede andere Person, die berechtigt ist, von der Gesellschaft Mitteilungen über Hauptversammlungen zu erhalten, versandt.

164.2 Kopien der in Artikel 164.1 genannten Dokumente brauchen nicht zugesandt zu werden:

164.2.1 einer Person, die nicht berechtigt ist, Benachrichtigungen über Hauptversammlungen zu erhalten; oder

164.2.2 einer Person, deren Adresse der Gesellschaft nicht bekannt ist; oder

164.2.3 mehr als einer der gemeinsamen Inhaber von Aktien oder Schuldverschreibungen in Bezug auf diese Aktien oder Schuldverschreibungen,

mit der Maßgabe, dass jedes Mitglied oder jeder Schuldverschreibungsinhaber, dem keine Kopie dieser Dokumente zugesandt wurde, das Recht hat, auf Antrag beim Sitz kostenlos eine Kopie zu erhalten.

164.3 Die Gesellschaft kann in Übereinstimmung mit den Abschnitten 426 bis 429 des Gesetzes und allen auf Grund des Gesetzes erlassenen Vorschriften anstelle dieser Dokumente oder zusätzlich zu diesen Dokumenten einen zusammenfassenden Jahresabschluss an jede der Personen senden, die anderweitig berechtigt sind, Kopien der in Artikel 164.1 genannten Dokumente zu erhalten, und wenn sie dies tut, muss der Jahresabschluss dieser Person mindestens 21 Tage vor der Hauptversammlung, bei der Kopien dieser Dokumente vorgelegt werden sollen, ausgehändigt oder zugesandt werden.

KAPITALISIERUNG VON GEWINNEN

165 Verfahren

165.1 Der Verwaltungsrat kann mit der Befugnis eines ordentlichen Beschlusses der Gesellschaft:

165.1.1 vorbehaltlich der später in dieser Satzung festgelegten Bestimmungen beschließen, die Gewinne der Gesellschaft, auf die dieser Artikel Anwendung findet, ganz oder teilweise zu kapitalisieren;

165.1.2 die zur Kapitalisierung beschlossene Summe den Mitgliedern, die Anspruch darauf hätten, wenn sie als Dividende und im gleichen Verhältnis ausgeschüttet worden wäre, zukommen lassen und diese Summe auch für sie verwenden:

(i) in oder auf die Zahlung von Beträgen, die auf die von ihnen jeweils gehaltenen Aktien vorerst nicht eingezahlt werden; oder

(ii) durch die vollständige Einzahlung nicht ausgegebener Aktien oder Schuldverschreibungen der Gesellschaft in Höhe eines Nennbetrags, der diesem Betrag entspricht, und die Zuteilung der Aktien oder Schuldverschreibungen, die diesen Gesellschaftern als voll eingezahlt gutgeschrieben werden, oder wie sie es anordnen können, in diesem Verhältnis,

oder teilweise auf die eine und teilweise auf die andere Weise;

165.1.3 in Bezug auf alle Aktien, die als eigene Aktien gehalten werden, die Gesellschaft zu den Mitgliedern zählen, die Anspruch auf die zur

Kapitalisierung beschlossene Summe haben, soweit das Gesetz dies zulässt, ungeachtet der Tatsache, dass sie in Bezug auf solche Aktien nicht dividendenberechtigt ist;

165.1.4 solche Vorkehrungen durch die Ausgabe von Bruchteilswertpapieren oder durch Barzahlung oder auf andere Weise treffen, wie sie es im Falle von Aktien oder Schuldverschreibungen bestimmt, die anderweitig nach diesem Artikel in Bruchteilen verteilbar werden; und

165.1.5 eine Person ermächtigen, im Namen aller betroffenen Mitglieder eine Vereinbarung mit der Gesellschaft zu treffen, die die Zuteilung von Aktien oder Schuldverschreibungen, auf die sie bei einer solchen Kapitalisierung Anspruch haben, an sie als voll eingezahlt gutgeschrieben vorsieht, wobei jede unter einer solchen Ermächtigung getroffene Vereinbarung für alle diese Mitglieder bindend ist.

166 Gewinne, die kapitalisiert werden können

166.1 Die Gewinne der Gesellschaft, auf die der vorstehende Artikel Anwendung findet, sind alle Gewinne der Gesellschaft, die nicht zur Zahlung fester Dividenden auf Vorzugsaktien oder andere unter besonderen Bedingungen ausgegebene Aktien erforderlich sind, und gelten als eingeschlossen:

166.1.1 alle Reserven, die sich aus der Wertsteigerung von Kapitalvermögen ergeben oder durch Bewertung ermittelt wurden; und

166.1.2 alle anderen Beträge, die bis auf weiteres zu einer oder mehreren Rücklagen gehören, einschließlich der Kapitalrückzahlungsrücklage und des Aktienaufgeldkontos,

mit der Maßgabe, dass die Gesellschaft in dem durch die gesetzlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Umfang keinen nicht realisierten Gewinn bei der Einzahlung von Schuldverschreibungen oder nicht eingezahlten Beträgen auf ihre ausgegebenen Aktien anwendet und dass der einzige Zweck, zu dem die auf dem Agio-Konto oder der Kapitalrücklage stehenden Beträge gemäß dem vorstehenden Artikel verwendet werden, die vollständige Einzahlung der nicht ausgegebenen Aktien ist, die wie oben erwähnt zugeteilt und verteilt werden.

ANMERKUNGEN

167 Form der Mitteilung

167.1 Jede Mitteilung oder jedes andere Dokument, das gemäß dieser Satzung zu versenden oder abzugeben ist (mit Ausnahme einer Mitteilung, die eine Sitzung des Ausschusses einberuft), hat schriftlich zu erfolgen und kann vorbehaltlich des Gesetzes in elektronischer Form an eine Adresse (falls vorhanden) gesendet werden, die zu diesem Zweck der Person, die die Mitteilung oder das andere Dokument versendet oder abgibt, von oder im Namen der Person, an die die Mitteilung oder das Dokument gesendet wird, vorläufig mitgeteilt wird. Der Verwaltungsrat kann von Zeit zu Zeit die Form und die Art und Weise festlegen, in der eine Mitteilung von oder an die Gesellschaft in elektronischer Form erfolgen kann, und er kann Verfahren vorschreiben, die er für geeignet hält, um die Authentizität oder Integrität einer solchen Mitteilung in elektronischer Form zu überprüfen. Eine Mitteilung kann der Gesellschaft in elektronischer Form nur dann gemacht werden, wenn sie an eine Adresse gerichtet

ist, die für den Empfang von Mitteilungen in elektronischer Form dieser Art angegeben ist, und in Übereinstimmung mit den vom Verwaltungsrat festgelegten Anforderungen.

168 Zustellungsvarianten

168.1 Die Gesellschaft kann einem Mitglied eine schriftliche Mitteilung, ein Dokument oder eine andere Mitteilung zukommen lassen:

168.1.1 persönlich;

168.1.2 per Post in einem frankierten Umschlag, der an das Mitglied an seine Adresse im Register adressiert ist;

168.1.3 indem Sie es an dieser Adresse hinterlässt;

168.1.4 indem sie in elektronischer Form an eine Adresse (falls vorhanden) gesandt wird, die der Gesellschaft zu diesem Zweck vom Gesellschafter oder in seinem Namen vorläufig mitgeteilt wird; oder

168.1.5 indem sie es auf einer Website zur Verfügung stellt und das Mitglied über seine Verfügbarkeit in Übereinstimmung mit dem Gesetz informiert, und es wird davon ausgegangen, dass ein Mitglied zugestimmt hat, dass die Gesellschaft ein Dokument oder eine Information über eine Website versenden oder bereitstellen kann, wenn die im Gesetz festgelegten Bedingungen erfüllt sind.

168.2 Im Falle von gemeinsamen Inhabern einer Aktie werden alle Mitteilungen und sonstigen Dokumente dem gemeinsamen Inhaber, dessen Name im Register an erster Stelle steht, in Bezug auf den gemeinsamen Besitz zugestellt, und eine solche Mitteilung wird allen gemeinsamen Inhabern ausreichend bekannt gegeben.

169 Mitglieder mit Adressen in Übersee

169.1 Ein Mitglied, dessen Postanschrift im Register nicht innerhalb des Vereinigten Königreichs liegt und das der Gesellschaft eine Postanschrift innerhalb des Vereinigten Königreichs angibt, unter der ihm Mitteilungen zugestellt werden können, hat Anspruch darauf, dass ihm Mitteilungen unter dieser Postanschrift im Vereinigten Königreich zugestellt werden; andernfalls ist jedoch kein solches Mitglied berechtigt, Mitteilungen von der Gesellschaft über das Postsystem zu erhalten.

170 Anwesendes Mitglied gilt als benachrichtigt

170.1 Ein Mitglied, das entweder persönlich oder durch einen Bevollmächtigten bei einer Versammlung der Gesellschaft oder der Inhaber irgendeiner Aktiengattung der Gesellschaft (und, wenn diese Person einer der gemeinsamen Inhaber einer Aktie ist, aller gemeinsamen Inhaber) anwesend ist, gilt als von der Versammlung und, falls erforderlich, von den Zwecken, zu denen sie einberufen wurde, benachrichtigt.

171 Zustellung einer Mitteilung an den Berechtigten durch Übermittlung

171.1 Die Gesellschaft kann den Personen, die infolge des Todes oder des Konkurses eines Gesellschafters oder anderweitig von Rechts wegen Anspruch auf einen Anteil haben, eine Benachrichtigung oder ein anderes Dokument zukommen lassen, indem sie es in irgendeiner durch diese Satzung für die Benachrichtigung eines Gesellschafters zugelassenen Weise sendet oder aushändigt, wobei die Benachrichtigung an sie mit

Namen oder mit dem Titel der Vertreter des Verstorbenen oder des Konkursverwalters oder mit einer ähnlichen Beschreibung an die Adresse, falls vorhanden, innerhalb des Vereinigten Königreichs gerichtet ist, die zu diesem Zweck von den Personen angegeben wurde, die behaupten, Anspruch darauf zu haben. Solange eine solche Adresse nicht angegeben wurde, kann eine Mitteilung auf jede Art und Weise gemacht werden, wie sie hätte gemacht werden können, wenn der Tod oder Konkurs oder ein anderes Ereignis, das zur Übertragung der Aktie geführt hat, nicht eingetreten wäre. Jede Person, die Anspruch auf eine Aktie erwirbt, ist an jede Mitteilung in Bezug auf diese Aktie gebunden, die vor der Eintragung ihres Namens in das Register einer Person, von der sie ihren Titel ableitet, ordnungsgemäß mitgeteilt worden ist.

172 Bei Unzustellbarkeit Einstellung von Mitteilungen von der Gesellschaft an das Mitglied

172.1 Wenn die Gesellschaft den Versand von Schecks oder Optionsscheinen an ein Mitglied oder eine andere dazu berechtigte Person in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Satzung ausgesetzt hat oder wenn bei zwei aufeinanderfolgenden Gelegenheiten Mitteilungen per Post an ein Mitglied oder eine andere dazu berechtigte Person an deren eingetragene Anschrift oder Zustelladresse versandt, aber unzustellbar zurückgesandt wurden, ist ein solches Mitglied oder eine andere dazu berechtigte Person danach nicht berechtigt, Mitteilungen von der Gesellschaft zu erhalten, bis er mit der Gesellschaft kommuniziert und dem Sitz schriftlich eine neue eingetragene Anschrift oder Adresse innerhalb des Vereinigten Königreichs für die Zustellung von Mitteilungen mitgeteilt hat.

173 Wann die Benachrichtigung als zugestellt gilt

173.1 Der Nachweis, dass ein Umschlag, der eine schriftliche Mitteilung, ein Dokument oder eine andere Mitteilung enthält, ordnungsgemäß adressiert, frankiert und zur Post gebracht wurde, ist ein schlüssiger Beweis dafür, dass die Mitteilung, das Dokument oder die Mitteilung versandt wurde. Der Nachweis (in Übereinstimmung mit den formellen Empfehlungen für die beste Praxis, die in der vom Institute of Chartered Secretaries and Administrators herausgegebenen Anleitung enthalten sind), dass eine Mitteilung in elektronischer Form von der Gesellschaft versandt wurde, ist ein schlüssiger Beweis dafür, dass die Mitteilung versandt wurde. Erhält die Gesellschaft im Anschluss an eine Mitteilung auf elektronischem Wege eine Benachrichtigung über die Nichtzustellung, so muss die Gesellschaft das Dokument oder die Mitteilung in Papierform oder in elektronischer Form (jedoch nicht auf elektronischem Wege) entweder persönlich oder durch Übersendung per Post in Übereinstimmung mit Artikel 157 an das Mitglied senden oder ihm zur Verfügung stellen. Eine schriftliche Mitteilung, ein Dokument oder eine andere Mitteilung gilt als erfolgt:

173.1.1 bei Hinterlassung an einer registrierten Adresse oder einer Adresse, an der eine schriftliche Mitteilung, ein Dokument oder eine andere Mitteilung abgegeben werden kann, an dem Tag, an dem sie hinterlassen wurde;

173.1.2 bei Versand per Post erster Klasse am Tag nach dem Tag, der auf den Tag folgt, an dem der Umschlag mit dem Umschlag in die Post gegeben wurde;

173.1.3 wenn sie per Post zweiter Klasse verschickt werden, am zweiten Tag nach dem Tag, an dem der Umschlag mit dem Umschlag in die Post gegeben wurde;

173.1.4 wenn sie am Tag des Absendens der Mitteilung auf elektronischem Wege versandt wurde, ungeachtet dessen, dass die Gesellschaft anschließend

eine gedruckte Kopie dieser Mitteilung, dieses Dokuments oder dieser Informationen per Post versendet; und

173.1.5 wenn das Material auf einer Website zur Verfügung gestellt wird, wenn davon ausgegangen wird, dass der Empfänger gemäß diesem Artikel eine Mitteilung darüber erhalten hat, dass das Material auf der Website verfügbar ist.

174 Benachrichtigen, wenn Beitrag nicht verfügbar ist

174.1 Unbeschadet des Artikels, der die versehentliche Unterlassung der Benachrichtigung und die Vermutung der Zustellung durch die Post regelt, und unbeschadet des mutmaßlichen Datums der Zustellung durch die Post im letzten vorhergehenden Artikel, falls zu irgendeinem Zeitpunkt aufgrund der Aussetzung oder Kürzung der Postdienste im gesamten Vereinigten Königreich oder einem Teil davon, geht der Verwaltungsrat vernünftigerweise davon aus, dass eine Benachrichtigung über eine Hauptversammlung, falls sie per Post versandt wird, voraussichtlich nicht innerhalb von sieben Tagen nach der Absendung zugestellt wird, kann die Gesellschaft nach ihrem alleinigen Ermessen entweder zusätzlich oder anstelle einer Mitteilung per Post eine Hauptversammlung durch eine in mindestens einer überregionalen Zeitung veröffentlichte Anzeige einberufen, und eine solche Mitteilung gilt an dem Tag, an dem die Anzeige in mindestens einer solchen Zeitung erschienen ist, als allen Mitgliedern und anderen Berechtigten ordnungsgemäß zugestellt. Wenn in einem solchen Fall keine Bekanntmachungen versandt wurden, wird die Gesellschaft Bestätigungskopien der Bekanntmachung per Post versenden, wenn mindestens sieben Tage vor der Versammlung die Zustellung von Bekanntmachungen per Post an Adressen im gesamten Vereinigten Königreich wieder praktikabel wird.

BEGLAUBIGUNG VON DOKUMENTEN

175 Beglaubigung von Dokumenten

175.1 Jeder Direktor oder der Sekretär oder eine vom Verwaltungsrat zu diesem Zweck ernannte Person kann jedes Dokument, das die Satzung der Gesellschaft und jeden Beschluss der Gesellschaft oder des Verwaltungsrates oder eines Ausschusses des Verwaltungsrates betrifft, sowie alle Bücher, Unterlagen, Dokumente und Konten, die sich auf die Geschäfte der Gesellschaft beziehen, beglaubigen und Kopien davon oder Auszüge daraus als beglaubigte Kopien oder Auszüge beglaubigen. Wenn diese Satzung verlangt, dass eine Mitteilung oder ein anderes Dokument von einem Mitglied oder einer anderen Person unterzeichnet oder beglaubigt werden muss, dann ist jede Mitteilung oder jedes andere Dokument, das in elektronischer Form versandt oder geliefert wird, in irgendeiner durch das Gesetz genehmigten Weise oder in einer anderen von den Verwaltungsratsmitgliedern genehmigten Weise ausreichend beglaubigt. Die Verwaltungsratsmitglieder können Mechanismen zur Validierung einer solchen Mitteilung oder eines anderen Dokuments bestimmen, und eine solche Mitteilung oder ein anderes Dokument, das nicht auf diese Weise durch die Verwendung solcher Mechanismen validiert wurde, gilt als nicht bei der Gesellschaft eingegangen. Außer im Falle eines offensichtlichen Fehlers gilt ein Dokument, das wie oben erwähnt beglaubigt ist, als schlüssiger Beweis zugunsten aller Personen, die in gutem Glauben mit der Gesellschaft in Verbindung stehen, dass das Dokument wahr und vollständig ist, und im Falle einer Kopie eines Beschlusses oder eines Auszugs aus dem Protokoll des Verwaltungsrates oder eines Ausschusses des Verwaltungsrates, dass eine solche Kopie oder ein solcher Auszug eine wahrheitsgetreue und genaue Aufzeichnung des Ablaufs einer ordnungsgemäß konstituierten Sitzung ist.

VERNICHTUNG VON DOKUMENTEN

176 Vernichtung von Dokumenten

176.1 Es wird zugunsten der Gesellschaft schlüssig angenommen, dass jede Eintragung im Register, die angeblich auf der Grundlage einer von der Gesellschaft vernichteten Übertragungsurkunde oder eines anderen von der Gesellschaft vernichteten Dokuments erfolgte, ordnungsgemäß und richtig vorgenommen wurde, dass jede auf diese Weise vernichtete Übertragungsurkunde eine gültige und wirksame Urkunde war, die ordnungsgemäß und richtig eingetragen wurde, dass jede auf diese Weise vernichtete Aktienurkunde eine gültige und wirksame Urkunde war, die ordnungsgemäß und richtig annulliert wurde, und dass jedes andere in Artikel 176.1.1 erwähnte Dokument ordnungsgemäß und richtig annulliert wurde und es sich bei der auf diese Weise vernichteten Urkunde um ein gültiges und wirksames Dokument handelte, das mit den in den Büchern und Aufzeichnungen der Gesellschaft eingetragenen Angaben übereinstimmt, und dass jeder auf diese Weise vernichtete Dividendenanteilschein und jeder auf diese Weise vernichtete Scheck ordnungsgemäß ausgezahlt wurde, vorausgesetzt, dass dies immer der Fall war:

176.1.1 sechs Jahre sind seit dem Datum der Registrierung des betreffenden Instruments zur Übertragung von Aktien und zwei Jahre seit dem Datum der Eintragung des betreffenden Dividendenmandats oder der Mitteilung einer Namens- oder Adressänderung und ein Jahr seit dem eingetragenen Datum der Auszahlung der betreffenden Dividendenbescheinigung oder Schecks oder der Annullierung der betreffenden annullierten Aktienurkunde verstrichen; und

176.1.2 der Firma nicht nachgewiesen wird, dass sie ein Dokument bösgläubig oder mit tatsächlicher Benachrichtigung über einen Anspruch (unabhängig von den Parteien), für den das Dokument relevant sein könnte, vernichtet hat.

176.2 Die Gesellschaft ist berechtigt, jedes derartige Dokument nach dem in Artikel 176.1.1 genannten relevanten Zeitraum zu vernichten, aber nichts in dieser Satzung ist so auszulegen, dass die Gesellschaft verpflichtet ist, ein Dokument während dieses Zeitraums aufzubewahren.

176.3 Bezugnahmen in diesem Artikel auf die Vernichtung eines Dokuments schließen Bezugnahmen auf dessen Beseitigung in irgendeiner Weise ein.

VORSORGE FÜR MITARBEITER BEI GESCHÄFTSAUFGABE

177 Rückstellung für Mitarbeiter bei Geschäftsaufgabe

177.1 Der Verwaltungsrat kann beschließen, Vorkehrungen zugunsten von Personen zu treffen, die bei der Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften (mit Ausnahme von Direktoren oder ehemaligen Direktoren oder Schattendirektoren) im Zusammenhang mit der Einstellung oder Übertragung des gesamten Unternehmens oder eines Teils des Unternehmens der Gesellschaft oder dieser Tochtergesellschaft an eine Person beschäftigt sind oder waren.

ABWICKLUNG

178 Abwicklung

178.1 Wenn die Gesellschaft abgewickelt wird, kann der Liquidator mit der Genehmigung per Sonderbeschluss der Gesellschaft und jeder anderen durch die gesetzlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Genehmigung das gesamte Vermögen oder einen Teil des Vermögens der Gesellschaft unter den Gesellschaftern aufteilen und kann zu diesem Zweck jedes Vermögen bewerten und bestimmen, wie die Aufteilung zwischen den Gesellschaftern durchgeführt werden soll. Der Liquidator kann mit der gleichen Genehmigung das gesamte Vermögen oder einen Teil des Vermögens an Treuhänder zugunsten der Mitglieder übertragen, wie er es mit der gleichen Genehmigung bestimmt, aber kein Mitglied darf gezwungen werden, Vermögenswerte anzunehmen, für die eine Verbindlichkeit besteht.

HAFTUNGSFREISTELLUNG

179 Haftungsfreistellung

179.1 Vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen, aber unbeschadet einer Entschädigung, auf die ein Verwaltungsratsmitglied anderweitig Anspruch hat, kann ein relevantes Verwaltungsratsmitglied aus dem Vermögen der Gesellschaft gegen jede Verbindlichkeit (mit Ausnahme einer Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschaft oder einer verbundenen Gesellschaft), die dieses Verwaltungsratsmitglied in Verbindung mit der Gesellschaft eingeht, entschädigt werden:

179.1.1 Zivilverfahren in Bezug auf die Gesellschaft oder eine verbundene Gesellschaft (mit Ausnahme einer Haftung, die bei der Verteidigung in einem von der Gesellschaft oder einer verbundenen Gesellschaft angestrengten Verfahren entsteht, in dem ein endgültiges Urteil gegen die Direktoren gefällt wird);

179.1.2 Strafverfahren in Bezug auf die Gesellschaft oder eine verbundene Gesellschaft (mit Ausnahme von Geldstrafen, die in solchen Verfahren verhängt werden, oder einer Haftung bei der Verteidigung in Verfahren, in denen der Direktor verurteilt wird und die Verurteilung rechtskräftig ist);

179.1.3 behördliche Maßnahmen oder eine behördliche Untersuchung einer Regulierungsbehörde in Bezug auf die Gesellschaft oder eine verbundene Gesellschaft (es sei denn, es ist eine Summe an eine Regulierungsbehörde als Strafe für die Nichteinhaltung einer Anforderung regulatorischer Art (wie auch immer sie sich ergibt) zu zahlen);

179.1.4 jeden Antrag auf Entlastung:

(i) nach Abschnitt 661(3) oder (4) des Gesetzes (Befugnis des Gerichts Entlastung zu gewähren, im Falle des Erwerbs von Aktien durch einen unschuldigen Nominierten); oder

(ii) Paragraph 1157 des Gesetzes (allgemeine Befugnis des Gerichts, im Falle eines ehrlichen und angemessenen Verhaltens Entlastung zu gewähren), es sei denn, das Gericht verweigert dem Direktor Entlastung und die Verweigerung der Entlastung ist endgültig; oder

179.1.5 Zivilverfahren in Bezug auf ein betriebliches Altersversorgungssystem (wie in Abschnitt 235(6) des Gesetzes definiert), bei dem die Gesellschaft ein Treuhänder in Bezug auf Verbindlichkeiten ist, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Gesellschaft als Treuhänder des Systems entstanden sind (mit Ausnahme einer in einem Strafverfahren verhängten Geldbuße, einer an eine Aufsichtsbehörde zu zahlenden Summe als Strafe für die Nichteinhaltung von Anforderungen aufsichtsrechtlicher Art (unabhängig davon, wie diese entstehen) oder einer Verbindlichkeit, die bei der Verteidigung in einem Verfahren entsteht, in dem der Direktor verurteilt wird und die Verurteilung rechtskräftig ist).

179.2 Für die Zwecke dieses Artikels 179:

179.2.1 ein Urteil, eine Verurteilung oder die Verweigerung des Rechtsschutzes rechtskräftig wird:

(i) falls keine Berufung eingelegt wurde, am Ende der Berufungsfrist, oder

(ii) im Falle einer Berufung zum Zeitpunkt der Erledigung der Berufung (oder einer weiteren Berufung);

179.2.2 eine Berufung sich erledigt:

(i) wenn sie entschieden ist und die Frist für die Einlegung weiterer Rechtsmittel abgelaufen ist, oder

(ii) wenn sie aufgegeben wird oder auf andere Weise ihre Wirkung verliert;

179.2.3 Gesellschaften sind verbunden, wenn eine eine Tochtergesellschaft der anderen ist oder beide Tochtergesellschaften der Muttergesellschaft sind;

179.2.4 Ein "**Relevanter Direktor**" bezeichnet jeden gegenwärtigen oder ehemaligen Direktor, Sekretär oder leitenden Angestellten der Gesellschaft; und

179.2.5 eine "**Haftung**" bedeutet alle Kosten, Gebühren, Verluste, Schäden, Ausgaben, Strafen und Verbindlichkeiten jeglicher Art, einschließlich insbesondere der Rechts- und Berufskosten, die bei der Verteidigung in einem Verfahren (sei es straf-, zivil-, verwaltungs- oder gerichtlich) oder beim Auftreten vor einem Gericht, Tribunal, einer Regierungsbehörde oder einer ähnlichen Einrichtung entstehen.

THE COMPANIES ACT 2006

PUBLIC COMPANY LIMITED BY SHARES
FORMED AS A SOCIETAS EUROPEA

ARTICLES OF ASSOCIATION

OF

4BASEBIO SE

(Adopted by resolution of the extraordinary General Meeting passed on _____ 2020 and effective from the date the cross-border transfer of the registered seat from Duesseldorf/Germany to Cambridge/United Kingdom takes effect)

MILLS & REEVE

Contents

1 Definitions and interpretation 1
2 Liability of members limited 3
3 Change of name 3
4 Variation of rights 3
5 Issue of further shares 3
6 General authority 4
7 Rights attaching to shares 4
8 Redeemable shares 4
9 Payment of commission 4
10 Trusts not recognised 4
11 Number of holders 4
12 Shares in dematerialised form 4
13 Application of articles 5
14 Forfeiture, lien and other entitlements 5
15 Issuer record of securities 6
16 Additional regulations 6
17 Right to share certificate 6
18 Execution of share certificates 7
19 Replacement of share certificates 7
20 Share certificates sent at holder's risk 7
21 Company's lien on share not fully paid 7
22 Enforcing lien by sale 7
23 Giving effect to a sale 8
24 Application of proceeds of sale 8
25 Call 8
26 When a call is made 8
27 Liability of joint holders 8
28 Interest due on non-payment 8
29 Sums payable treated as calls 9
30 Power to differentiate 9
31 Payment of calls in advance 9
32 Notice if call is not paid 9
33 Forfeiture on non-compliance with notice 9
34 Disposal of forfeited shares 9
35 Effect of forfeiture 10
36 Statutory declaration as to forfeiture 10
37 Form of transfer 10
38 Refusal of registration of partly-paid shares 10
39 Rights to refuse registration of certificated shares 10
40 Notice of refusal 11
41 No fee for registration 11
42 Retention of transfers 11
43 Renunciation deemed to be a transfer 11
44 Rights to refuse registration of uncertificated shares 11
45 Transmission on death 11
46 Election of person entitled by transmission 11
47 Rights of person entitled by transmission 12
48 Power to sell shares 12
49 Procedure on sale 13
50 Disclosure of interests 13
51 Fractions of shares 16
52 Annual general meeting 17
53 Calling of general meeting 17

54 Length of notice 17
55 Content of notice 18
56 Omission or non receipt of notice 18
57 Business transacted at a general meeting 18
58 Quorum 18
59 Procedure if quorum not present 19
60 Security arrangements 19
61 Chairman 19
62 Director's right to attend and speak 19
63 Adjournment 19
64 Meeting at more than one place 20
65 Amendments to resolutions 20
66 Method of voting and demand for a poll 21
67 Declaration by chairman 21
68 Withdrawal of demand for a poll 21
69 Method of taking a poll 21
70 When poll is taken 22
71 Notice of poll 22
72 Votes of members 22
73 Joint holders 23
74 Votes on behalf of incapable members 23
75 No right to attend or vote where sums overdue 23
76 Objection of voters 23
77 No obligation to verify proxy voting in accordance with instructions 23
78 Appointment of proxy 23
79 Form of proxy 24
80 Delivery of proxies 24
81 Multiple proxies 25
82 Determination of proxy's authority 25
83 Representatives of corporations 26
84 Class meetings 26
85 Number of directors 26
86 Retirement of directors 26
87 Timing of vacation of office 27
88 Age of directors 27
89 Persons eligible as director 27
90 Power of the company to appoint directors 27
91 Power of board to appoint directors 27
92 Power of removal by special resolution 28
93 Vacation of office 28
94 Appointment of alternate directors 29
95 Termination of appointment 29
96 Effect of appointment 29
97 Expenses and remuneration 29
98 Alternate director to be officer 29
99 Method of appointment and removal 29
100 Appointee acting in more than one capacity 30
101 General powers of the company vested in board 30
102 Local board 30
103 Appointment of attorneys and agents 30
104 Delegation of directors' powers 30
105 Borrowing powers 31
106 Appointment to executive offices 31
107 Managing director/chief executive to be a director 31
108 Other executive office not linked to directorship 32

109 Emoluments of executive directors....32
110 Delegation to executive directors....32
111 Associate directors....32
112 Directors' fees....32
113 Extra remuneration....33
114 Directors' expenses....33
115 Directors' gratuities and pensions....33
116 Interests in proposed transactions to be disclosed....33
117 Interests in actual transactions to be disclosed....33
118 Issues relating to declarations of interests....33
119 When a declaration is not required....34
120 Permitted interests....34
121 Director may act in a professional capacity....35
122 Voting on matters where a director is interested....35
123 Quorum when a director is not entitled to vote....36
124 Proposals may be considered separately....36
125 Chairman to decide whether a director may vote....36
126 Authorisation of interests....36
127 Requirement for authorisation to be effective....36
128 Conflicts arising out of authorised matter....37
129 Directors may impose terms on authorisation....37
130 Examples of terms that may be imposed....37
131 Confidential information....37
132 General duties....37
133 Accountability for benefits....38
134 Conflict of duties....38
135 Connected persons....38
136 Suspension or ratification by ordinary resolution....38
137 Notice of board meetings....38
138 Voting at board meetings....39
139 Quorum at board meetings....39
140 Participation in meetings by telephone....39
141 Number of directors below quorum....39
142 Chairman....39
143 Resolution in writing....39
144 Validity of acts....40
145 Secretary....40
146 Minutes....40
147 Use of seal....40
148 Official seal....40
149 Securities seal....41
150 Affixing of securities seal....41
151 Declaration of dividends by the Company....41
152 Calculation of dividends....41
153 Board may pay interim and fixed dividends....41
154 Amounts due on shares may be deducted....41
155 No interest on dividends....42
156 Record dates....42
157 Payment to persons entitled by transmission....42
158 Payment procedure....42
159 Uncashed dividends....43
160 Dividends other than in cash....43
161 Scrip dividends....43
162 Joint holders....45
163 Members have no rights to inspect records....45

164 Delivery of accounts 45
165 Procedure 45
166 Profits which may be capitalised 46
167 Form of notice 47
168 Method of service 47
169 Members with overseas addresses 47
170 Member present deemed to have notice 47
171 Service of notice on person entitled by transmission 48
172 Untraced member not entitled to notices 48
173 When notice deemed served 48
174 Notice when post not available 49
175 Authentication of documents 49
176 Destruction of documents 49
177 Provision for employees on cessation of business 50
178 Winding up 50
179 Indemnity 50

PRELIMINARY

1 Definitions and interpretation

1.1 In these articles, if not inconsistent with the subject or context:

"**Act**" means the Companies Act 2006;

"**Acts**" means the Companies Acts (as defined in section 2 of the Act) insofar as they apply to the Company;

"**address**" includes a number or address used for the purposes of sending or receiving notices, documents or information by electronic means but, in any other case, shall not include any number or address used for such purpose;

"**Alternate Director**" means an alternate director appointed in accordance with Article 94;

"**Articles**" means these Articles of Association as from time to time altered;

"**Auditors**" means the auditors for the time being of the Company;

"**Board**" means the Directors or any of them acting as the board of directors of the Company;

"**clear days**" means in relation to the period of a notice that period excluding the day when the notice is given or deemed to be given and the day for which it is given or on which it is to take effect;

"**Company**" means 4basebio SE (registered number _____);

"**connected with**" in relation to a Director has the meaning given by section 252 to 255 of the Act;

"**Directors**" means the directors for the time being of the Company;

"**dividend**" means dividend or bonus;

"**electronic form**" has the meaning given to it in section 1168 of the Act;

"**electronic means**" has the meaning given to it in section 1168 of the Act;

"**Executive Director**" means a Director holding any office or employment or providing any services as referred to in Article 106;

"**hard copy form**" and "**hard copy**" has the meaning given to it in section 1168 of the Act;

"**holder**" means in relation to any share the member whose name is entered in the Register as the holder of that share;

"**member**" means a member of the Company;

"**Model Articles**" means the model articles for public companies limited by shares contained in Schedule 3 of The Companies (Model Articles) Regulations 2008 (SI 2008/3229) as amended prior to the date of adoption of these articles;

"**Office**" means the registered office of the Company;

"**Operator**" means the operator as defined under the Regulations;

"**paid**" means paid or credited as paid;

"**Register**" means the register of members of the Company from time to time;

"**Regulations**" means the Uncertificated Securities Regulations 2001 (SI 2001 No 3755);

"**Seal**" means the common seal of the Company;

"**Secretary**" means the secretary of the Company or any other person appointed by the Board to perform the duties of the secretary of the Company including a joint, assistant or deputy secretary;

"**shares**" means shares in the capital of the Company;

"**Subsidiary Undertaking**" means a subsidiary undertaking of the Company;

"**United Kingdom**" means Great Britain and Northern Ireland;

"**in writing**" means the representation or reproduction of words, symbols or other information in a visible form by any method or combination of methods, whether comprised in electronic form or otherwise, and "**written**" shall be construed accordingly; and

"**year**" means any period of 12 consecutive months.

1.2 Words denoting the masculine gender shall include the feminine and neuter genders; words denoting the singular number shall include the plural number and vice versa; words denoting persons shall include corporations and unincorporated associations.

1.3 Save as provided above any words or expressions defined in the Act or the Regulations shall, if not inconsistent with the subject or context, bear the same meaning.

1.4 All references to the Act, to any section or provision of the Act or to any other statute or statutory provision or subordinate legislation shall be deemed to include a reference to any statutory re-enactment or modification thereof for the time being in force (whether coming into force before or after the adoption of these Articles).

1.5 References to a share (or a holding of a share) being in uncertificated form or in certificated form are references, respectively, to that share being an uncertificated unit of a security or a certificated unit of a security.

1.6 Any reference to a meeting shall not be taken as requiring more than one person to be present in person if any quorum requirement can be satisfied by one person.

1.7 Any reference to a signature or to something being signed includes in the case of a communication in electronic form, to it being authenticated as specified in the Act.

1.8 Any reference to an "**instrument**" means, unless the contrary is stated, a written document having tangible form and not comprised in an electronic form.

1.9 Subject to the Acts, a special resolution shall be effective for any purpose for which an ordinary resolution is expressed to be required.

1.10 No regulations or articles set out in any statute, or in any statutory instrument or other subordinate legislation made under any statute, concerning companies (including the regulations in the Model Articles) shall apply as the articles of the Company.

1.11 Headings to these Articles are inserted for convenience only and shall not affect construction.

LIMITATION OF LIABILITY

2 Liability of members limited

2.1 The liability of the members of the Company is limited to the amount, if any, unpaid on the shares held by them.

NAME

3 Change of name

3.1 The Company may change its name by resolution of the Board.

VARIATION OF RIGHTS

4 Variation of rights

4.1 Subject to the Acts, whenever the capital of the Company is divided into different classes of shares, the rights attached to any class of shares in issue may (unless otherwise provided by the terms of issue of the shares of that class) from time to time be varied or abrogated, whether or not the Company is being wound up, either with the consent in writing of the holders of three-fourths in nominal value of the issued shares of the class (excluding any shares of that class held as treasury shares) or with the sanction of a special resolution passed at a separate meeting of such holders (but not otherwise).

5 Issue of further shares

5.1 The special rights conferred upon the holders of any shares or class of shares shall, unless otherwise provided by these Articles or the terms of issue of the shares concerned, be deemed to be varied by a reduction of capital paid up on those shares but shall be deemed not to be varied by the creation or issue of further shares ranking pari passu with them or subsequent to them. The special rights conferred on the holders of ordinary shares shall be deemed not to be varied by the creation or issue of any further shares ranking in priority to them nor shall any consent or sanction of the holders of ordinary shares be required under Article 4 to any variation or abrogation effected by a resolution on which only the holders of ordinary shares are entitled to vote.

SHARES

6 General authority

6.1 Subject to the provisions of the Acts and to any relevant authority of the Company required by the Acts, the Board may allot (with or without conferring rights of renunciation), grant options over, offer or otherwise deal with or dispose of any new shares or rights to subscribe for or convert any security into shares, to such persons (including the Directors themselves), at such times and generally on such terms and conditions as the Board may decide, provided that no share shall be issued at a discount to its nominal value.

7 Rights attaching to shares

7.1 Subject to the provisions of the Acts and without prejudice to any rights attached to any existing shares, any share may be issued with such rights or restrictions as the Company may by ordinary resolution determine, or in the absence of such determination, or so far as any such resolution does not make specific provision, as the Board may determine.

8 Redeemable shares

8.1 Subject to the provisions of the Act, shares may be issued which are to be redeemed or are liable to be redeemed at the option of the Company or the holder on such terms and in such manner as the Board may determine.

9 Payment of commission

9.1 In addition to all other powers of paying commissions, the Company may exercise the powers of paying commissions conferred by the Acts.

9.2 The Company (or the Board on the Company's behalf) may on an issue of shares or a sale of treasury shares pay lawful brokerage.

9.3 Subject to the provisions of the Acts, any such commission or brokerage may be satisfied by the payment of cash or by the allotment of fully or partly paid shares or partly in one way and partly in the other.

10 Trusts not recognised

10.1 Except as required by law, no person shall be recognised by the Company as holding any share upon any trust and (except as otherwise provided by these Articles or by law) the Company shall not be bound to recognise (even if it has notice of it) any interest in any share except the absolute right to the entirety of the share of the registered holder.

11 Number of holders

11.1 Shares may not be registered in the names of more than four persons jointly.

UNCERTIFICATED SHARES

12 Shares in dematerialised form

12.1 The Company may:

12.1.1 issue shares and other securities which do not have certificates;

12.1.2 permit existing shares and other securities to be held without certificates; and

12.1.3 permit any shares or other securities held without certificates to be transferred without an instrument of transfer,

in each case in dematerialised form pursuant to the Regulations.

13 Application of articles

13.1 If the Company has any shares in issue which are in uncertificated form, these Articles will continue to apply to such shares, but only insofar as they are consistent with:

13.1.1 holding those shares in uncertificated form;

13.1.2 transferring ownership of those shares by using a relevant system;

13.1.3 any of the provisions of the Regulations; and

13.1.4 any regulation laid down by the Board under Article 16,

and, without prejudice to the generality of this Article, no provision of these Articles shall apply or have effect to the extent that it is in any respect inconsistent with the maintenance, keeping or entering up by the Operator, so long as that is permitted or required by the Regulations, of an Operator register of securities in respect of that class of shares in uncertificated form.

14 Forfeiture, lien and other entitlements

14.1 Where any class of shares in the capital of the Company is a participating security and the Company is entitled under any provisions of the Acts or the rules made and practices instituted by the Operator or under these Articles to dispose of, forfeit, enforce a lien or sell or otherwise procure the sale of any shares which are held in uncertificated form, such entitlement (to the extent permitted by the Regulations and the rules made and practices instituted by the Operator) shall include the right to:

14.1.1 require the conversion of any shares held in uncertificated form which are the subject of any exercise by the Company of any such entitlement into certificated form to enable the Company to effect the disposal, sale or transfer of such shares;

14.1.2 direct the holder to take such steps, by instructions given by means of a relevant system or otherwise, as may be necessary to sell or transfer such shares;

14.1.3 appoint any person to take such other steps, by instruction given by means of a relevant system or otherwise, in the name of the holder of shares as may be required to effect the transfer of such shares and such steps shall be as effective as if they had been taken by the holder of the shares concerned;

14.1.4 transfer any shares which are the subject of any exercise by the Company of any such entitlement by entering the name of the transferee in the Register in respect of that share as a transferred share;

14.1.5 otherwise rectify or change the Register in respect of that share in such manner as may be appropriate; and

14.1.6 take such other action as may be necessary to enable those shares to be registered in the name of the person to whom the shares have been sold or disposed of or as directed by him.

15 Issuer record of securities

15.1 The Company shall be entitled to assume that the entries on any record of securities maintained by it in accordance with the Regulations and regularly reconciled with the relevant Operator register of securities are a complete and accurate reproduction of the particulars entered in the Operator register of securities and shall accordingly not be liable in respect of any act or thing done or omitted to be done by or on behalf of the Company in reliance upon such assumption; in particular, any provision of these Articles which requires or envisages that action will be taken in reliance on information contained in the Register shall be construed to permit that action to be taken in reliance on information contained in any relevant record of securities (as so maintained and reconciled).

16 Additional regulations

16.1 The Board may also lay down regulations which:

16.1.1 govern the issue, holding and transfer and, where appropriate, the mechanics of conversion and redemption of shares held in uncertificated form;

16.1.2 govern the mechanics for payments involving the relevant system; and

16.1.3 make any other provisions which the Board considers are necessary to ensure that these Articles are consistent with the Regulations, and with any rules or guidance of an Operator under the Regulations,

and if stated expressly, such regulations will apply instead of other relevant provisions in these Articles relating to certificates and the transfer, conversion and redemption of shares and other securities and any other provisions which are not consistent with the Regulations.

SHARE CERTIFICATES

17 Right to share certificate

17.1 Every member (other than a person who is not entitled to a certificate under the Acts) upon becoming the holder of any shares in certificated form shall be entitled without payment to one certificate for all the shares of each class held by him in certificated form and, upon transferring a part of the shares comprised in a certificate, to a certificate for the balance of such shares held in certificated form. Shares of different classes may not be included in the same certificate. The Company shall not be bound to issue more than one certificate for shares held jointly by several persons and delivery of a certificate to one joint holder shall be a sufficient delivery to all of them.

18 Execution of share certificates

18.1 Share certificates of the Company (other than letters of allotment, scrip certificates and other like documents) may, at the discretion of the Board (by resolution of the Board) either generally or in any particular case or cases, be issued under the Seal or under any official seal kept by the Company by virtue of section 50 of the Act. Whether or not share certificates are issued under a seal, the Board may by resolution determine, either generally or in any particular case or cases, that any signatures on any certificates for shares, stock or debenture or loan stock (except where the trust deed constituting any stock or debenture or loan stock provides to the contrary) or representing any other form of security of the Company need not be autographic but may be applied to the certificates by some mechanical means or may be printed thereon or that such certificates need not be signed by any person. Every share certificate shall specify the number and class of the shares to which it relates and the amount paid up on such shares.

19 Replacement of share certificates

19.1 If a share certificate is worn out, defaced, lost, stolen or destroyed, it may be renewed without payment of any fee but on such terms (if any) as to evidence and indemnity with or without security and otherwise as the Board requires and, in the case of a worn out or defaced certificate, on delivery up of that certificate. In the case of loss, theft or destruction, the person to whom the new certificate is issued may be required to pay to the Company any exceptional out of pocket expenses incidental to the investigation of evidence of loss, theft or destruction and the preparation of the requisite form of indemnity.

20 Share certificates sent at holder's risk

20.1 Every share certificate sent in accordance with these Articles will be sent out at the risk of the member or other person entitled to the certificate. The Company will not be responsible for any share certificate lost or delayed in the course of delivery.

LIEN ON SHARES

21 Company's lien on share not fully paid

21.1 The Company shall have a first and paramount lien on every share (not being a fully paid share) for all moneys (whether presently payable or not) payable at a fixed time or called in respect of that share. The Board may at any time declare any share to be wholly or in part exempt from the provisions of this Article. The Company's lien on a share shall extend to any amount payable in respect of it and to any share or security issued in right of it.

22 Enforcing lien by sale

22.1 The Company may sell in such manner as the Board determines any share on which the Company has a lien if the sum in respect of which the lien exists is presently payable and is not paid within 14 clear days after notice has been given to the holder of the share or to the person entitled to it in consequence of the death or bankruptcy of the holder or otherwise by operation of law, demanding payment and stating that if the notice is not complied with the shares may be sold.

23 Giving effect to a sale

23.1 To give effect to a sale the Board may authorise some person to execute an instrument of transfer or otherwise effect the transfer of the shares sold to, or in accordance with the directions of, the purchaser. The purchaser shall not be bound to see to the application of the purchase moneys and the title of the transferee to the shares shall not be affected by any irregularity in or invalidity of the proceedings relating to the sale.

24 Application of proceeds of sale

24.1 The net proceeds of the sale, after payment of the costs of sale, shall be applied in or towards payment of so much of the sum for which the lien exists as is presently payable, and any residue shall (upon surrender to the Company for cancellation of the certificate, if any, for the shares sold and subject to a like lien for any moneys not presently payable as existed upon the shares before the sale) be paid to the person entitled to the shares at the date of the sale.

CALLS ON SHARES

25 Call

25.1 Subject to the terms of allotment, the Board may make calls upon the members in respect of any moneys unpaid on their shares (whether in respect of nominal value or premium) and each member shall (subject to at least 14 clear days' notice having been given specifying when and where payment is to be made) pay to the Company as required by the notice the amount called on his shares. A call may be required to be paid by instalments. A call may, before receipt by the Company of any sum due thereunder, be revoked in whole or part and payment of a call may be postponed in whole or part. A person upon whom a call is made shall remain liable jointly and severally with the successors in title to his shares for calls made upon him notwithstanding the subsequent transfer of the shares in respect of which the call was made.

26 When a call is made

26.1 A call shall be deemed to have been made at the time when the resolution of the Board authorising the call was passed.

27 Liability of joint holders

27.1 The joint holders of a share shall be jointly and severally liable to pay all calls in respect of that share.

28 Interest due on non-payment

28.1 If a call remains unpaid after it has become due and payable, the person from whom the sum is due and payable shall, unless resolved otherwise by the Board, pay interest on the amount unpaid from the day it became due and payable until it is paid at the rate fixed by the terms of allotment of the share or in the notice of the call or, if no rate is fixed, at such reasonable rate as the Board may determine, or failing such determination, at the rate of 3 per cent. per annum above the base rate of the Bank of England plc from time to time. The person from whom the sum is due and payable shall also pay all expenses that may have been incurred by the Company by reason of the non-payment of such sum.

29 Sums payable treated as calls

29.1 An amount payable in respect of a share on allotment or at any fixed date, whether in respect of nominal value or premium or as an instalment of a call, shall be deemed to be a call and if it is not paid the provisions of these Articles shall apply as if that amount had become due and payable by virtue of a call.

30 Power to differentiate

30.1 Subject to the terms of allotment, the Board may make arrangements on the issue of shares for a difference between the holders in the amounts and times of payment of calls on their shares.

31 Payment of calls in advance

31.1 The Board may, if it thinks fit, receive from any member willing to advance it all or any part of the moneys uncalled and unpaid upon any shares held by him, and may pay upon all or any of the moneys so advanced (until the same would but for such advance become presently payable) interest at the appropriate rate or at such other rate as may be agreed between the Board and such member, subject to any directions of the Company in general meeting.

FORFEITURE AND SURRENDER OF SHARES

32 Notice if call is not paid

32.1 If a call remains unpaid after it has become due and payable the Board may give to the person from whom it is due not less than 14 clear days' notice requiring payment of the amount unpaid together with any interest which may have accrued and any costs, charges and expenses incurred by the Company by reason of such non-payment. The notice shall name the place where payment is to be made and shall state that if the notice is not complied with the shares in respect of which the call was made will be liable to be forfeited.

33 Forfeiture on non-compliance with notice

33.1 If the notice is not complied with any share in respect of which it was given may, before the payment required by the notice has been made, be forfeited by a resolution of the Board and the forfeiture shall include all dividends or other moneys payable in respect of the forfeited share and not paid before the forfeiture. The Board may accept upon such terms and conditions as may be agreed a surrender of any share liable to be forfeited and, subject to such terms and conditions, a surrendered share shall be treated as if it had been forfeited.

34 Disposal of forfeited shares

34.1 Subject to the provisions of the Acts, a forfeited share may be sold, re-allotted or otherwise disposed of on such terms and in such manner as the Board determines either to the person who was before the forfeiture the holder or to any other person and at any time before sale, re-allotment or other disposition the forfeiture may be cancelled on such terms as the Board thinks fit. Where for the purposes of its disposal a forfeited share is to be transferred to any person the Board may authorise some person to execute an instrument of transfer or otherwise effect the transfer of the share to that person.

35 Effect of forfeiture

35.1 A person any of whose shares have been forfeited shall cease to be a member in respect of them and shall surrender to the Company for cancellation the certificate, if any, for the shares forfeited but shall remain liable to the Company for all moneys which at the date of forfeiture were presently payable by him to the Company in respect of those shares with interest at the rate at which interest was payable on those moneys before the forfeiture or, if no interest was so payable, at the appropriate rate from the date of the forfeiture until payment but the Board may waive payment wholly or in part or enforce payment without any allowance for the value of the shares at the time of forfeiture or for any consideration received on their disposal.

36 Statutory declaration as to forfeiture

36.1 A statutory declaration by a Director or the Secretary that a share has been forfeited or sold to satisfy a lien of the Company on a specified date shall be conclusive evidence of the facts stated in it as against all persons claiming to be entitled to the share and the declaration shall (subject to the execution of an instrument of transfer if necessary) constitute a good title to the share and the person to whom the share is disposed of shall not be bound to see to the application of the consideration, if any, nor shall his title to the share be affected by any irregularity in or invalidity of the proceedings relating to the forfeiture, sale or disposal of the share.

TRANSFER OF SHARES

37 Form of transfer

37.1 A share held in certificated form may be transferred by an instrument of transfer in any usual form or in any other form which the Board may approve, which shall be executed by or on behalf of the transferor and, unless the share is fully paid, by or on behalf of the transferee. A share held in uncertificated form may be transferred by means of a relevant system. The transferor shall be deemed to remain the holder of the share until the transferee is entered on the Register as its holder.

38 Refusal of registration of partly-paid shares

38.1 The Board may, in the case of shares held in certificated form, in its absolute discretion refuse to register the transfer of a share which is not fully paid and may specify the grounds upon which such registration is refused provided that, where any such shares are admitted to AIM, an exchange regulated market operated by the London Stock Exchange plc, or to a regulated market (as defined in the Markets in Financial Instruments Directive 2014/65/EU) such discretion may not be exercised in such a way as to prevent dealings in the shares of that class from taking place on an open and proper basis.

39 Rights to refuse registration of certificated shares

39.1 The Board may also refuse to register a transfer of shares held in certificated form unless the instrument of transfer is:

39.1.1 duly stamped or duly certified or otherwise shown to the satisfaction of the Board to be exempt from stamp duty, lodged at the Office or at such other place as the Board may appoint and (save in the case of a transfer by a person to whom no certificate was issued in respect of the shares in question) accompanied by the certificate for the shares to which it relates,

and such other evidence as the Board may reasonably require to show the right of the transferor to make the transfer and, if the instrument of transfer is executed by some other person on his behalf, the authority of that person so to do;

39.1.2 in respect of only one class of shares; and

39.1.3 in favour of not more than four transferees.

40 Notice of refusal

40.1 If the Board refuses to register a transfer of shares held in certificated form, it shall as soon as practicable and in any event within two months of the date on which the transfer was lodged with the Company, send to the transferee notice of the refusal together with its reasons for the refusal.

41 No fee for registration

41.1 No fee shall be charged for the registration of any instrument of transfer or other document relating to or affecting the title to any share or for making any entry in the Register affecting the title to any share.

42 Retention of transfers

42.1 The Company shall be entitled to retain any instrument of transfer which is registered, but any instrument of transfer which the Board refuses to register shall be returned to the person lodging it when notice of the refusal is given.

43 Renunciation deemed to be a transfer

43.1 For all purposes of these Articles relating to the registration of transfers of shares, the renunciation of the allotment of any shares by the allottee in favour of some other person shall be deemed to be a transfer and the Board shall have the same powers of refusing to give effect to such a renunciation as if it were a transfer.

44 Rights to refuse registration of uncertificated shares

44.1 Without prejudice to Articles 12 to 16 (inclusive), the Board may refuse to register a transfer of an uncertificated share in such other circumstances as may be permitted or required by the Regulations and the relevant system.

TRANSMISSION OF SHARES

45 Transmission on death

45.1 If a member dies, the survivor or survivors where he was a joint holder, and his personal representatives where he was a sole holder or the only survivor of joint holders, shall be the only persons recognised by the Company as having any title to his interest; but nothing contained in these Articles shall release the estate of a deceased member from any liability in respect of any share which had been held (whether solely or jointly) by him.

46 Election of person entitled by transmission

46.1 A person becoming entitled to a share in consequence of the death or bankruptcy of a member or otherwise by operation of law may, upon such evidence being produced as

the Board may properly require and subject as subsequently provided in these Articles, elect either to become the holder of the share or to have some person nominated by him registered as the transferee. If he elects to become the holder he shall give notice to the Company to that effect. If he elects to have another person registered he shall, if the share is held in certificated form, execute an instrument of transfer of the share to that person or, if the share is held in uncertificated form, transfer the share to that person by way of a relevant system. All the provisions of these Articles relating to the transfer and the registration of transfers of shares (including any right to refuse to register any transfer) shall apply to the notice or transfer as if it were a transfer by the member and the death or bankruptcy of the member or other event giving rise to the entitlement had not occurred.

47 Rights of person entitled by transmission

47.1 Subject to any other provisions of these Articles, a person becoming entitled to a share in consequence of the death or bankruptcy of a member or otherwise by operation of law shall have the rights to which he would be entitled if he were the holder of the share, except that he shall not, before being registered as the holder of the share, be entitled in respect of it to receive notice of or to attend or vote at any meeting of the Company or at any separate meeting of the holders of any class of shares in the Company. The Board may at any time give notice requiring any such person to elect either to be registered himself or to transfer the share and if the notice is not complied with within 60 days the Board may thereafter withhold payment of all dividends or other moneys payable in respect of the share until the requirements of the notice have been complied with.

UNTRACEABLE SHAREHOLDERS

48 Power to sell shares

48.1 The Company shall be entitled to sell, at the best price reasonably obtainable, any shares of a member or the shares to which a person is entitled by virtue of transmission on death or bankruptcy or otherwise by operation of law if and provided that:

48.1.1 for a period of twelve years, no cash dividend payable in respect of the shares has been claimed, no cheque or warrant sent by the Company through the post in a pre-paid envelope addressed to the member or to the person entitled to the shares at his address on the Register or (if different) the last known address given by the member or the person so entitled to which cheques and warrants are to be sent has been paid, each attempt to make a payment in respect of the shares by means of bank transfer or other method for the payment of dividends or other moneys in respect of shares has failed and no communication has been received by the Company from the member or the person so entitled (in his capacity as member or person entitled);

48.1.2 in such period of twelve years at least three dividends (whether interim or final) have become payable on the shares;

48.1.3 the Company has at the expiration of the said period of twelve years by advertisement in both a national newspaper and in a newspaper circulating in the area in which the address referred to in Article 48.1.1 is located given notice of its intention to sell such shares; and

48.1.4 during the period of three months following the publication of the said advertisements the Company has received no communication in respect of such share from such member or person entitled.

48.2 If at any time during or after the said period of twelve years further shares have been issued in right of those held at the commencement of that period or of any issued in right during that period and, since the date of issue, the requirements of Articles 48.1.1 to 48.1.4 have been satisfied in respect of such further shares, the Company may also sell the further shares.

49 Procedure on sale

49.1 To give effect to a sale pursuant to the preceding Article the Board may authorise some person to execute an instrument of transfer or otherwise effect the transfer of the shares to be sold. If the shares concerned are in uncertificated form, in accordance with the Regulations, the Company may issue a written notification to the Operator requiring conversion of the shares into certificated form. The purchaser shall not be bound to see to the application of the purchase moneys and the title of the transferee to the shares shall not be affected by any irregularity in or invalidity of the proceedings relating to the sale. The net proceeds of sale shall belong to the Company which shall be obliged to account to the former member or other person previously entitled to the shares for an amount equal to the net proceeds, which shall be a debt of the Company, and shall enter the name of such former member or other person in the books of the Company as a creditor for such amount. No trust shall be created and no interest shall be payable in respect of the debt, and the Company shall not be required to account for any money earned on the net proceeds, which may be employed in the business of the Company or invested in such investments for the benefit of the Company as the Board may from time to time determine.

DISCLOSURE OF INTERESTS

50 Disclosure of interests

50.1 For the purposes of this Article, unless the context otherwise requires:

50.1.1 "**disclosure notice**" means a notice issued by or on behalf of the Company requiring disclosure of interests in shares pursuant to section 793 and sections 821 to 825 of the Act;

50.1.2 "**specified shares**" means all or, as the case may be, some of the shares specified in a disclosure notice;

50.1.3 "**restrictions**" means one or more, as the case may be, of the restrictions referred to in Article 50.3;

50.1.4 "**restriction notice**" means a notice issued by or on behalf of the Company stating, or substantially to the effect, that (until such time as the Board determines otherwise pursuant to Article 50.4) the specified shares referred to therein shall be subject to one or more of the restrictions stated therein;

50.1.5 "**restricted shares**" means all or, as the case may be, some of the specified shares referred to in a restriction notice;

50.1.6 a person other than the member holding a share shall be treated as appearing to be interested in that share if:

(i) the member has informed the Company, whether under any statutory provision relating to disclosure of interests or otherwise, that the person is, or may be, or has been at any time during the three years immediately preceding the date upon which the disclosure notice is issued, so interested; or

(ii) the Board (after taking account of any information obtained from the member or, pursuant to a disclosure notice, from any other person) knows or has reasonable cause to believe that the person is, or may be, or has been at any time during the three years immediately preceding the date upon which the disclosure notice is issued, so interested; or

(iii) in response to a disclosure notice, the member or any other person appearing to be so interested has failed to establish the identities of all those who are so interested and (after taking into account the response and any other relevant information) the Board has reasonable cause to believe that such person is or may be so interested;

50.1.7 "**connected**" shall have the meaning given to it in sections 1122 and 1123 of the Corporation Tax Act 2010;

50.1.8 "**interested**" shall be construed as it is for the purpose of section 793 and sections 821 to 825 of the Act;

50.1.9 "**recognised investment exchange**" shall have the same meaning as in the Financial Services and Markets Act 2000; and

50.1.10 for the purposes of Articles 50.2.2 and 50.4 the Company shall not be treated as having received the information required by the disclosure notice in accordance with the terms of such disclosure notice in circumstances where the Board knows or has reasonable cause to believe that the information provided is false or materially incorrect.

50.2 Notwithstanding anything in these Articles to the contrary, if:

50.2.1 a disclosure notice has been served on a member or any other person appearing to be interested in the specified shares; and

50.2.2 the Company has not received (in accordance with the terms of such disclosure notice) the information required therein in respect of any of the specified shares within 14 days after the service of such disclosure notice,

then the Board may (subject to Article 50.7) determine that the member holding the specified shares shall, upon the issue of a restriction notice referring to those specified shares in respect of which information has not been received, be subject to the restrictions referred to in such restriction notice, and upon the issue of such restriction notice such member shall be so subject. As soon as practicable after the issue of a restriction notice the Company shall serve a copy of the notice on the member holding the specified shares.

50.3 The restrictions which the Board may determine shall apply to restricted shares pursuant to this Article shall be one or more, as determined by the Board, of the following:

50.3.1 that the member holding the restricted shares shall not be entitled, in respect of the restricted shares, to attend or be counted in the quorum or vote either personally or by proxy at any general meeting or at any separate meeting of the holders of any class of shares or upon any poll or to exercise any other right or privilege in relation to any general meeting or any meeting of the holders of any class of shares;

50.3.2 that no transfer of the restricted shares shall be effective or shall be registered by the Company, provided that where the restricted shares are held in uncertificated form registration of a transfer may only be refused if permitted by the Regulations; and

50.3.3 that no dividend (or other moneys payable) shall be paid in respect of the restricted shares and that, in circumstances where an offer of the right to elect to receive shares instead of cash in respect of any dividend is or has been made, any election made thereunder in respect of such specified shares shall not be effective.

50.4 The Board may determine that one or more of the restrictions imposed on restricted shares shall cease to apply at any time. If the Company receives, in accordance with the terms of the relevant disclosure notice, the information required therein in respect of the restricted shares, all restrictions imposed on the restricted shares shall cease to apply seven days after receipt of the information. In addition, in the event that the Company receives notice of a transfer in respect of all or any restricted shares, which would otherwise be given effect to, pursuant to a sale:

50.4.1 on a recognised investment exchange; or

50.4.2 on any stock exchange outside the United Kingdom on which the Company's shares are normally dealt; or

50.4.3 on the acceptance of a takeover offer (as defined in sections 974 to 976 and 991 of the Act) for the shares of the class of which such restricted shares form part,

to a party not connected with the member holding such restricted shares or with any other person appearing to be interested in such restricted shares, then all the restrictions imposed on such restricted shares shall cease to apply with effect from the date on which any such notice as aforesaid is received by the Company provided always that if, within ten days after such receipt, the Board decides that it has reasonable cause to believe that the change in the registered holder of such restricted shares would not be as a result of an arm's length sale resulting in a material change in the beneficial interests in such restricted shares, the restrictions imposed on the restricted shares shall continue to apply.

50.5 Where the Board makes a decision pursuant to the proviso to Article 50.4, the Company shall notify the purported transferee of such decision as soon as practicable and any person may make representations in writing to the Board concerning any such decision. The Company shall not be liable to any person as a result of having imposed restrictions or deciding that such restrictions shall continue to apply if the Board acted in good faith.

50.6 Where dividends or other moneys are not paid as a result of restrictions having been imposed on restricted shares, such dividends or other moneys shall accrue and, upon

the relevant restriction ceasing to apply, shall be payable (without interest) to the person who would have been entitled had the restriction not been imposed.

50.7 Where the aggregate number of shares of the same class as the specified shares in which any person appearing to be interested in the restricted shares (together with persons connected with him) appears to be interested represents less than 0.25 per cent. (in nominal value) of the shares of that class in issue (excluding any shares of that class held as treasury shares) at the time of service of the disclosure notice in respect of such specified shares only the restriction referred to in Article 50.3.1 may be determined by the Board to apply.

50.8 Shares issued in right of restricted shares shall on issue become subject to the same restrictions whilst held by that member as the restricted shares in right of which they are issued. For this purpose, shares which are allotted or offered or for which applications are invited (whether by the Company or otherwise) pro rata (or pro rata ignoring fractional entitlements and shares not allocated to certain members by reason of legal or practical problems associated with offering shares outside the United Kingdom) shall be treated as shares issued in right of restricted shares.

50.9 The Board shall at all times have the right, at its discretion, to suspend, in whole or in part, any restriction notice given pursuant to this Article either permanently or for any given period and to pay to a trustee any dividend payable in respect of any restricted shares or in respect of any shares issued in right of restricted shares. Notice of any suspension, specifying the sanctions suspended and the period of suspension, shall be given to the relevant holder in writing within seven days after any decision to implement such a suspension.

50.10 The limitations on the powers of the Board to impose and retain restrictions under this Article are without prejudice to the Company's power to apply to the court pursuant to the Acts to apply these or any other restrictions on any conditions.

FRACTIONAL SHARES

51 Fractions of shares

51.1 Whenever as the result of any consolidation, division or sub-division or redenomination of shares any holders would become entitled to fractions of a share, the Board may settle any difficulty which may arise with regard to such consolidation, division or sub-division as it may think fit. In particular, the Board may, on behalf of those holders:

51.1.1 issue to such holder credited as fully paid by way of capitalisation the minimum number of shares required to round up his holding to an exact multiple of the number of shares to be consolidated into a single share (such issue being deemed to have been effected prior to consolidation), and the amount required to pay up such shares shall be appropriated at the Board's discretion from any of the sums standing to the credit of any of the Company's reserve accounts (including share premium account and capital redemption reserve) or to the credit of profit and loss account and capitalised by applying the same in paying up the share in relation to such a capitalisation the Board may exercise all the powers conferred on it by Article 165 and 166 without an ordinary resolution of the Company; or

51.1.2 sell the shares representing the fractions for the best price reasonably obtainable to any person (including, subject to the provisions of the Act, the Company) and distribute the net proceeds of sale after deduction of the

expenses of sale in due proportion among those holders (except that any amount otherwise due to a holder, being less than £5 or such other sum as the Board may from time to time determine, may be retained for the benefit of the Company).

51.2 Subject to the provisions of the Act, the Board may treat shares of a holder in certificated form and in uncertificated form as separate holdings in giving effect to sub-divisions and/or consolidations and may cause any shares arising on sub-division or consolidation and representing fractional entitlements to be entered in the Register as shares in certificated form where this is desirable to facilitate the sale thereof.

51.3 For the purposes of any sale of consolidated shares pursuant to Article 51.1.2, the Board may authorise a person to execute an instrument of transfer of the shares to, or in accordance with, the directions of the purchaser, and the transferee shall not be bound to see to the application of any purchase consideration, nor shall his title to the shares be affected by any act, omission, irregularity or invalidity relating to or connected with the proceedings in reference to the sale. In respect of uncertificated shares, the Board may authorise some person to transfer and/or require the holder to transfer the relevant shares in accordance with the facilities and requirements of the relevant system.

GENERAL MEETINGS

52 Annual general meeting

52.1 The Company must hold a general meeting as its annual general meeting within six months following the end of each financial year (in addition to any other meetings in that year), unless it is permitted by the Act to extend the period for holding its annual general meeting. The Board must decide the time and place for each annual general meeting.

52.2 All meetings other than annual general meetings shall be called general meetings.

53 Calling of general meeting

53.1 The Board may call general meetings and, on the requisition of members pursuant to the provisions of the Acts, shall forthwith convene a general meeting. If there are not sufficient Directors capable of acting to call a general meeting, any Director may call a general meeting. If there is no Director able to act, any two members may call a general meeting for the purpose of appointing Directors.

NOTICE OF GENERAL MEETINGS

54 Length of notice

54.1 Unless consent to short notice is obtained in accordance with the provisions of the Act, an annual general meeting shall be called by at least 21 clear days' notice. Every other general meeting shall, subject to the provisions of the Act, be called by at least 14 clear days' notice. Subject to the provisions of these Articles and to any restrictions imposed on any shares, every notice of meeting shall be given to all the members, all other persons who are at the date of the notice entitled to receive notices from the Company and to the Directors and Auditors.

54.2 If the Act requires special notice to be given of a resolution, the resolution is only effective if notice of the intention to move it has been given to the Company at least 28

clear days (or such shorter period as the Act permits) before the meeting at which it is to be moved. The Company must give the members notice of such a resolution in accordance with the Act.

55 Content of notice

55.1 Every notice of meeting shall specify the place, the day and the time of the meeting and the general nature of the business to be transacted and, in the case of an annual general meeting, shall specify the meeting as such. Every notice calling a meeting for the passing of a special resolution shall specify the intention to propose the resolution as a special resolution and the terms of the resolution. Every notice of meeting shall state with reasonable prominence that a member entitled to attend and vote is entitled to appoint one or more proxies to attend and vote instead of him and that a proxy need not be a member.

56 Omission or non receipt of notice

56.1 The accidental failure to give notice of a meeting, or a resolution intended to be moved at a general meeting or to send an instrument of proxy or invitation to appoint a proxy as provided by these Articles, to any one or more persons entitled to receive the same, or the non-receipt of a notice of meeting or resolution or instrument of proxy or invitation to appoint a proxy by such persons, shall be disregarded for the purpose of determining whether notice of the meeting or of any resolution to be moved at the general meeting is duly given.

PROCEEDINGS AT GENERAL MEETINGS

57 Business transacted at a general meeting

57.1 All business that is transacted at an annual general meeting shall be deemed special with the exception of:

57.1.1 the laying, consideration and/or approval of the reports of the Directors and Auditors, the annual accounts and any other documents required to accompany or to be annexed to them;

57.1.2 the sanction and declaration of dividends;

57.1.3 the election and re-election of Directors to fill vacancies caused by Directors retiring under these Articles; and

57.1.4 the appointment of auditors where special notice of such appointment is not required by the Act and the fixing or determination of the manner of fixing of their remuneration.

58 Quorum

58.1 No business shall be transacted at any general meeting unless a quorum is present when the meeting proceeds to business. The absence of a quorum shall not preclude the appointment of a chairman in accordance with the provisions of these Articles, which shall not be treated as part of the business of the meeting. Two members present in person or by proxy and entitled to vote upon the business to be transacted at the meeting shall be a quorum.

59 Procedure if quorum not present

59.1 If a quorum is not present within 15 minutes (or such longer time not exceeding one hour as the Chairman may decide to wait) from the time appointed for the meeting, the meeting, if convened on the requisition of or by the members shall be dissolved. In any other case, the meeting shall stand adjourned to such time, date and place as the Directors may, subject to the provisions of the Acts, determine. If at the adjourned meeting a quorum is not present within 15 minutes after the time appointed for the holding of the meeting, the meeting shall be dissolved.

60 Security arrangements

60.1 The Board may make any security arrangements which it considers appropriate relating to the holding of a general meeting of the Company including, without limitation, requirements for evidence of identity to be produced by those attending the meeting, arranging for any person attending a meeting to be searched and for items of personal property which may be taken into a meeting to be restricted. A Director or the Secretary may:

60.1.1 refuse entry to a meeting to any person who refuses to comply with any such arrangements; and

60.1.2 eject from a meeting any person who causes the proceedings to become disorderly.

61 Chairman

61.1 The chairman (if any) of the Board or in his absence the deputy chairman (if any) shall preside as chairman at every general meeting of the Company. If there is no such chairman or deputy chairman present and willing to act as chairman at any meeting within five minutes after the time appointed for holding the meeting the Directors present shall choose one of their number to be chairman and, if there is only one Director present and willing to act, he shall be chairman. If no Director is willing to act as chairman, or if no Director is present within five minutes after the time appointed for holding the meeting, the members present in person or by proxy and entitled to vote shall choose one of their number to be chairman of the meeting.

62 Director's right to attend and speak

62.1 A Director shall be entitled to attend and speak at any general meeting and at any separate meeting of the holders of any class of shares in the Company, notwithstanding that he is not a member, or not a holder of the class of shares in question.

63 Adjournment

63.1 The chairman of a meeting at which a quorum is present may, with the consent of the meeting (and shall if so directed by the meeting), adjourn the meeting from time to time and from place to place and, if it appears to the chairman that it is likely to be impracticable to hold or continue the meeting, because the number of persons attending or wishing to attend cannot be conveniently accommodated in the place appointed for the meeting, or the unruly conduct of persons attending the meeting prevents or is likely to prevent the continuation of the business of the meeting, he may adjourn the meeting to another time and place without the consent of the meeting. No business shall be transacted at any adjourned meeting other than business which

might properly have been transacted at the meeting had the adjournment not taken place. When a meeting is adjourned for 30 days or more (otherwise than due to the absence of a quorum) or without a time and place for the adjourned meeting being fixed, at least seven clear days' notice of the adjourned meeting shall be given in the same manner as in the case of the original meeting. Otherwise it shall not be necessary to give any such notice.

64 Meeting at more than one place

64.1 A general meeting may be held at more than one place if:

64.1.1 the notice convening the meeting specifies that it shall be held at more than one place; or

64.1.2 the Board resolves, after the notice convening the meeting has been given, that the meeting shall be held at more than one place; or

64.1.3 it appears to the chairman of the meeting that the place of the meeting specified in the notice convening the meeting is inadequate to accommodate all persons entitled and wishing to attend.

64.2 A general meeting held at more than one place is duly constituted and its proceedings are valid if (in addition to the other provisions of these Articles relating to general meetings) the chairman of the meeting is satisfied that there are adequate facilities to enable each person present at each place to participate in the business for which the meeting has been convened, hear and see all persons present who speak, whether by the use of microphones, loudspeakers, audio-visual communications equipment or otherwise (whether in use when these Articles are adopted or developed subsequently) and have access to all documents which are required by the Acts and these Articles to be made available at the meeting. Each person present at each place in person or by proxy and entitled to vote shall be counted in the quorum for, and shall be entitled to vote at, the meeting. The meeting is deemed to take place at the place at which the chairman of the meeting is present.

65 Amendments to resolutions

65.1 No amendment or proposed amendment to a resolution shall be considered or voted upon by the members at any general meeting or adjourned general meeting unless:

65.1.1 in the case of a resolution duly proposed as a special resolution the chairman of the meeting proposes the amendment at the general meeting at which the original resolution is to be proposed and it is a mere clerical amendment to correct a patent error; or

65.1.2 in the case of a resolution duly proposed as an ordinary resolution either the Company shall have received written notice of the amendment or proposed amendment and of the intention of the proposer to attend and propose it at least 48 hours before the time fixed for the general meeting or the chairman of the meeting in his absolute discretion shall decide that the amendment or amended resolution should be considered and put to the vote.

65.2 With the consent of the chairman, an amendment may be withdrawn by its proposer before it is put to the vote. If the chairman of the meeting in good faith rules an

amendment to a resolution out of order, the proceedings on the substantive resolution shall not be invalidated by any error in such ruling.

66 Method of voting and demand for a poll

66.1 At any general meeting a resolution put to the vote of the meeting shall be decided on a show of hands unless before, or on the declaration of the result of, the show of hands, or on the withdrawal of any other demand for a poll, a poll is demanded by:

66.1.1 the chairman of the meeting; or

66.1.2 at least five members present in person or by proxy having the right to vote at the meeting; or

66.1.3 a member or members present in person or by proxy and representing not less than one tenth of the total voting rights of all the members having the right to vote at the meeting (excluding any voting rights attached to any shares held as treasury shares); or

66.1.4 a member or members present in person or by proxy holding shares in the Company conferring a right to vote at the meeting, being shares on which an aggregate sum has been paid up equal to not less than one-tenth of the total sum paid up on all the shares conferring that right (excluding any shares conferring a right to vote at the meeting which are held as treasury shares); or

66.1.5 any member, present in person or by proxy, in the case of a resolution to confer, vary, revoke or renew authority or approval for an off-market purchase by the Company of its own shares, and a demand by a person as proxy for a member shall be the same as a demand by the member.

67 Declaration by chairman

67.1 Unless a poll is duly demanded and the demand is not withdrawn, a declaration by the chairman of the meeting that a resolution has been carried, or carried unanimously, or by a particular majority, or lost, or not carried by a particular majority and an entry to that effect in the minutes of the meeting shall be conclusive evidence of the fact without proof of the number or proportion of the votes recorded in favour of or against the resolution.

68 Withdrawal of demand for a poll

68.1 The demand for a poll may, before the poll is taken, be withdrawn but only with the consent of the chairman of the meeting and a demand so withdrawn shall not be taken to have invalidated the result of a show of hands declared before the demand was made.

69 Method of taking a poll

69.1 A poll shall be taken as the chairman of the meeting directs and he may appoint scrutineers (who need not be members) and fix a time and place for declaring the result of the poll. The result of the poll shall be deemed to be the resolution of the meeting at which the poll was demanded.

70 When poll is taken

70.1 A poll demanded on the election of a chairman of the meeting or on a question of adjournment shall be taken forthwith. A poll demanded on any other question shall be taken either forthwith or at such time and place as the chairman directs not being more than 30 days after the poll is demanded. The demand for a poll (other than on the election of a chairman of the meeting or on a question of adjournment) shall not prevent the continuance of a meeting for the transaction of any business other than the question on which the poll has been demanded. If a poll is demanded before the declaration of the result of a show of hands and the demand is duly withdrawn, the meeting shall continue as if the demand had not been made.

71 Notice of poll

71.1 No notice need be given of a poll not taken forthwith if the time and place at which it is to be taken are announced at the meeting at which it is demanded. In any other case, at least seven clear days' notice shall be given specifying the time and place at which the poll is to be taken.

VOTES OF MEMBERS

72 Votes of members

72.1 Subject to any rights or restrictions attached to shares, and to Article 72.2, on a vote on a resolution at any meeting:

72.1.1 each member who (being an individual) is present in person has one vote;

72.1.2 each duly authorised representative of a corporation (which is a member) who is present has the same voting rights as the corporation would be entitled to; and

72.1.3 every proxy present who has been duly appointed by one or more members entitled to vote on the resolution has one vote,

unless the vote is by poll, in which case, again subject to any rights or restrictions attached to shares, and to Article 72.2, each member or duly authorised representative of a corporation (which is a member), whether present in person or by proxy, shall have one vote in respect of each Ordinary Share held by him and/or in respect of which he was appointed proxy (as appropriate).

72.2 Subject to any rights or restrictions attached to shares, on a vote on a resolution on a show of hands at a meeting, a proxy has one vote for and one vote against the resolution if:

72.2.1 the proxy has been duly appointed by more than one member entitled to vote on the resolution; and

72.2.2 the proxy has been instructed by one or more of those members to vote for the resolution and by one or more other of those members to vote against it.

73 Joint holders

73.1 In the case of joint holders, the vote of the senior who tenders a vote, whether in person or by proxy, shall be accepted to the exclusion of the votes of the other joint holders; and for this purpose seniority shall be determined by the order in which the names of the holders stand in the Register in respect of the joint holding.

74 Votes on behalf of incapable members

74.1 A member in respect of whom an order has been made by any court having jurisdiction (whether in the United Kingdom or elsewhere) in matters concerning mental disorder may vote, whether on a show of hands or on a poll, and otherwise exercise all his rights as a member by his receiver or other person authorised on that behalf appointed by that court, and any such receiver or other person may, on a poll, vote by proxy. Evidence to the satisfaction of the Board of the authority of the person claiming to exercise the right to vote or act shall be deposited at the Office, or at such other place as is specified in accordance with these Articles for the deposit of instruments of proxy, not less than 48 hours before the time appointed for holding the meeting or adjourned meeting at which the right to vote is to be exercised, or, in the case of a poll, at least 48 hours before the time appointed for the taking of the poll and, in default, the right to vote shall not be exercisable.

75 No right to attend or vote where sums overdue

75.1 Unless the Board otherwise determines, no member shall attend or vote at any general meeting or at any separate meeting of the holders of any class of shares in the Company or upon a poll, either in person or by proxy, in respect of any share held by him, or exercise any other right or privilege conferred by membership in relation to any such meeting or poll, unless all moneys presently payable by him in respect of that share have been paid.

76 Objection of voters

76.1 No objection shall be raised to the qualification of any voter except at the meeting or adjourned meeting or poll at which the vote objected to is tendered, and every vote not disallowed at the meeting or poll shall be valid. Any objection made in due time shall be referred to the chairman of the meeting whose decision shall be final and conclusive.

77 No obligation to verify proxy voting in accordance with instructions

77.1 The Company is not obliged to verify whether a proxy or corporate representative has voted in accordance with the instructions given by the member by whom the proxy or corporate representative is instructed. Any vote (whether given on a show of hands or a on poll) is not invalidated if a proxy or corporate representative does not vote in accordance with their instructions.

PROXIES

78 Appointment of proxy

78.1 All votes may be given either personally or by proxy. A member may appoint more than one proxy to attend on the same occasion provided that each proxy is appointed to exercise the rights attached to a different share or shares held by that member and a person entitled to more than one vote need not use all his votes or cast all the votes

he uses in the same way. A person appointed to act as a proxy need not be a member of the Company.

79 Form of proxy

79.1 The appointment of a proxy shall be in any common form or in any other form which the Board shall approve and may:

79.1.1 be in hard copy form executed by or on behalf of the appointor or, if the appointor is a corporation, under the hand of a duly authorised officer or attorney; or

79.1.2 where an address has been specified for such purpose as set out in the following Article, be in electronic form, subject to such terms and conditions, including as to execution, as the Board may from time to time prescribe.

79.2 In respect of any general meeting the Board may, if it thinks fit, but subject to the Acts, at the Company's expense send instruments of proxy in hard copy form for use at the meeting and issue invitations in electronic form to appoint a proxy in relation to the meeting in such a form as may be approved by the Board. The appointment of a proxy shall be deemed (subject to any contrary intention contained in the appointment) to confer authority to demand or join in demanding a poll and to vote on any resolution or amendment of a resolution put to, or any other business which may properly come before, the meeting for which it is given as the proxy thinks fit. The appointment of a proxy shall, unless the contrary is stated therein, be valid for an adjournment of the meeting as well as for the meeting to which it relates. If a member appoints more than one person to act as his proxy, the appointment of each such proxy shall specify the shares held by the member in respect of which each such proxy is authorised to vote and no member may appoint more than one proxy to vote in respect of any one share held by that member.

80 Delivery of proxies

80.1 The appointment of a proxy and (unless the Board otherwise decides) any authority under which it is executed or a copy of such authority certified notarially or in accordance with the Powers of Attorney Act 1971 or in some other way approved by the Board shall:

80.1.1 in the case of an instrument in hard copy form and any authority or copy thereof be deposited at the Office or at such other place in the United Kingdom as may be specified in or by way of note to the notice of meeting or any form of proxy or other document accompanying the same not less than 48 hours (not taking into account any part of a day that is not a working day) before the time appointed for holding the meeting or adjourned meeting or the taking of the poll at which the person named in the appointment proposes to vote;

80.1.2 in the case of an appointment contained in electronic form be received at the address (if any) specified for the purpose of receiving such appointments in electronic form:

(i) in or by way of note to the notice of meeting;

(ii) in any form of proxy sent by or on behalf of the Company in relation to the meeting;

(iii) in any invitation contained in electronic form to appoint a proxy issued by or on behalf of the Company in relation to the meeting; or

(iv) by means of a relevant system;

not less than 48 hours (not taking into account any part of a day that is not a working day) before the time appointed for holding the meeting or adjourned meeting or the taking of the poll at which the person named in the appointment proposes to vote;

80.1.3 in either case, where a poll is taken more than 48 hours after it is demanded, be deposited or received as aforesaid not less than 24 hours (not taking into account any part of a day that is not a working day) before the time appointed for the taking of the poll; or

80.1.4 in the case only of an instrument in hard copy form or any authority or copy thereof, where the poll is not taken forthwith but is taken not more than 48 hours after it was demanded, be delivered at the meeting at which the poll was demanded to the chairman of the meeting or to the Secretary or any Director,

and an appointment which is not, or in respect of which the authority or copy thereof is not, deposited, received or delivered in a manner so permitted shall be invalid.

81 Multiple proxies

81.1 Where two or more valid but differing appointments of proxies are deposited or received in respect of the same share for use at the same meeting or poll, the one which is last deposited or received (regardless of its date or the date of its execution) shall be treated as replacing and revoking the other as regards that share and if the Company is unable to determine which was last deposited or received, none of them shall be treated as valid in respect of that share. No appointment of a proxy shall be valid after the expiration of twelve months from the date stated in it as the date of its execution.

82 Determination of proxy's authority

82.1 A vote given or poll demanded by a proxy or by the duly authorised representative of a corporation shall be valid notwithstanding the previous determination of the authority of the person voting or demanding a poll unless notice of the determination was deposited or received not less than two hours before the time for holding the meeting or adjourned meeting at which the vote is given or the poll demanded or (in the case of a poll taken otherwise than at, or on the same day as, the meeting or adjourned meeting) the time appointed for taking the poll. Such notice of determination shall be by means of instrument deposited at the place, or contained in electronic form received at the address (if any), specified in accordance with these Articles for the deposit or receipt of appointments of a proxy at the meeting in question.

REPRESENTATIVES OF CORPORATIONS

83 Representatives of corporations

83.1 Subject to the provisions of the Act, any corporation (other than the Company itself) which is a member of the Company may, by resolution of its directors or other governing body, authorise any person or persons it thinks fit to act as its representative

or representatives at any meeting of the Company or at any separate meeting of the holders of any class of shares. The person or persons so authorised shall be entitled to exercise the same powers on behalf of the corporation which he or they represent as that corporation could exercise if it were an individual member of the Company present in person and shall for the purposes of these Articles be regarded as a member present in person. Such representative or representatives may be required to produce a copy of such resolution certified by a proper officer of such corporation before being permitted to exercise his or their power.

CLASS MEETINGS

84 Class meetings

84.1 Unless otherwise provided by the terms of issue of any class of shares of the Company, all the provisions of these Articles relating to general meetings of the Company or to the proceedings at general meetings shall, mutatis mutandis, apply to every separate meeting of the holders of any class of shares of the Company, except that in the case of a meeting held in connection with the variation or abrogation of the rights attached to the shares of the class:

84.1.1 the necessary quorum shall be two persons at least holding or representing by proxy at least one-third in nominal amount of the issued shares of the class (excluding any shares of that class held as treasury shares) or, at any adjourned meeting of such holders, the holder or holders of shares of the class who are present in person or by proxy, whatever his or their holdings;

84.1.2 a poll may be demanded by any holder of shares of the class present in person or by proxy; and

84.1.3 the holders of shares of the class shall, on a poll, have one vote in respect of every share of the class held by them respectively.

NUMBER OF DIRECTORS

85 Number of directors

85.1 Unless otherwise determined by ordinary resolution of the Company, the number of Directors (other than any alternate directors) shall not be less than two or more than 12.

APPOINTMENT AND RETIREMENT OF DIRECTORS

86 Retirement of directors

86.1 At every annual general meeting:

86.1.1 one third of the Directors shall retire from office, or if their number is not 3 or a multiple of 3, the number nearest to but not exceeding one third shall retire from office by rotation. If the Company, at the meeting at which a Director retires under this Article, does not fill the vacancy the retiring Director shall, if willing to act, be deemed to have been reappointed unless at the meeting it is resolved not to fill the vacancy or unless a resolution for the reappointment of the Director is put to the meeting and lost; and

86.1.2 any Director appointed by the Directors since the previous annual general meeting shall retire from office but may stand to be re-elected by the members.

87 Timing of vacation of office

87.1 A Director retiring at a meeting who is not reappointed shall retain office until the meeting appoints someone in his place or, if it does not do so, until the end of the meeting or of any adjournment thereof.

88 Age of directors

88.1 No Director shall vacate or be required to vacate his office as a Director on or by reason of his attaining or having attained the age of 70 or any other age, and any Director retiring or liable to retire under the provisions of these Articles and any person proposed to be appointed a Director shall be capable of being appointed or reappointed notwithstanding that he has attained the age of 70 or any other age and no special notice need be given of any resolution for the appointment or reappointment as a Director of a person who shall have attained the age of 70 or any other age.

89 Persons eligible as director

89.1 No person, other than a Director retiring at the meeting, shall be appointed or reappointed a Director at any general meeting unless:

89.1.1 he is recommended by the Board; or

89.1.2 not less than seven nor more than 21 clear days before the date appointed for the meeting, notice executed by a member qualified to vote at the meeting has been given to the Company of his intention to propose that person for appointment or reappointment stating the particulars which would, if he were so appointed or reappointed, be required to be included in the Company's register of Directors together with notice executed by that person confirming his willingness to be appointed or reappointed.

90 Power of the company to appoint directors

90.1 Subject to the provisions of these Articles, the Company may by ordinary resolution appoint a person who is willing to act to be a Director either to fill a vacancy or as an additional Director.

91 Power of board to appoint directors

91.1 The Board may appoint a person who is willing to act to be a Director, either to fill a vacancy or as an additional Director, provided that the appointment does not cause the number of Directors to exceed any number fixed by or in accordance with these Articles as the maximum number of Directors. A Director so appointed shall hold office only until the next following annual general meeting when he shall retire from office and be eligible for reappointment. Such Director shall not be taken into account in determining the number of Directors who are to retire by rotation at that meeting. If not reappointed at such annual general meeting, he shall vacate office at its conclusion.

DISQUALIFICATION AND REMOVAL OF DIRECTORS

92 Power of removal by special resolution

92.1 In addition to any power of removal conferred by the Acts, the Company may by special resolution remove any Director before the expiration of his period of office. Such removal shall be without prejudice to any claim such Director may have for damages for breach of any contract of service between him and the Company.

93 Vacation of office

93.1 The office of a Director shall be vacated if:

93.1.1 that person ceases to be a Director by virtue of any provision of the Act or these Articles or is prohibited from being a Director by law;

93.1.2 a bankruptcy order is made against that person;

93.1.3 a composition is made with that person's creditors generally in satisfaction of that person's debts;

93.1.4 a registered medical practitioner who is treating that person gives a written opinion to the Company stating that that person has become physically or mentally incapable of acting as a Director and may remain so for more than three months;

93.1.5 notification is received by the Company from the Director that the Director is resigning from office, and such resignation has taken effect in accordance with its terms;

93.1.6 that person is convicted of a criminal offence (other than a motoring offence or series of offences not resulting in disqualification) and the Directors resolve that his office be vacated;

93.1.7 in the case of a person who is also an employee of the Company he ceases to be such an employee and the Board does not resolve to allow such person to continue in office as a Director;

93.1.8 he shall for more than six consecutive months have been absent without permission of the Directors from meetings of Directors held during that period and the Directors resolve that his office be vacated; or

93.1.9 all the other Directors unanimously resolve that his office be vacated.

ALTERNATE DIRECTORS

94 Appointment of alternate directors

94.1 Any Director may appoint any other Director, or any other person approved by resolution of the Board and willing to act, to be an Alternate Director and may remove from office an Alternate Director so appointed by him.

95 Termination of appointment

95.1 The appointment of an Alternate Director shall automatically determine on the occurrence of any of the following events:

95.1.1 if his appointor terminates the appointment;

95.1.2 on the happening of any event which, if he were a Director, would cause him to vacate the office of Director;

95.1.3 if he resigns his appointment by notice to the Company;

95.1.4 if his appointor ceases for any reason to be a Director otherwise than by retiring and being reappointed or deemed to be reappointed at the meeting at which he retires; or

95.1.5 if he is not a Director and the Board revokes its approval of him by resolution.

96 Effect of appointment

96.1 An Alternate Director shall (subject to his giving to the Company an address within the United Kingdom at which notices may be served upon him) be entitled at his appointor's request to receive notice of all meetings of the Board and of all meetings of committees of the Board of which his appointor is a member, to attend and vote and (save as provided in these Articles) be counted in the quorum at any such meeting at which the Director appointing him is not personally present, and generally to perform all the functions of his appointor as a Director in his absence.

97 Expenses and remuneration

97.1 An Alternate Director may be repaid by the Company such expenses as might properly have been repaid to him if he had been a Director and in respect of his office of Alternate Director may receive such remuneration from the Company as the Board may determine. An Alternate Director shall be entitled to be indemnified by the Company to the same extent as if he were a Director.

98 Alternate director to be officer

98.1 An Alternate Director shall, during his appointment, be an officer of the Company and shall alone be responsible for his own acts and defaults and he shall not be deemed to be the agent of the Director appointing him.

99 Method of appointment and removal

99.1 Any appointment or removal of an Alternate Director shall be in writing signed by the Director making or revoking the appointment or in any other manner approved by the Board and shall take effect (subject to any approval required by these Articles) upon receipt of such written appointment or removal at the Office or by the Secretary or at an address specified by the Company for the purpose of communication by electronic means.

100 Appointee acting in more than one capacity

100.1 A Director or any other person may act as Alternate Director to represent more than one Director and an Alternate Director shall be entitled at meetings of the Board or any committee of the Board to one vote for every Director whom he represents in addition to his own vote (if any) as a Director.

POWERS OF DIRECTORS

101 General powers of the company vested in board

101.1 Subject to the provisions of the Acts and to any directions given by special resolution, the business of the Company shall be managed by the Board which may exercise all the powers of the Company. No alteration of these Articles and no such direction shall invalidate any prior act of the Board which would have been valid if that alteration had not been made or that direction had not been given. The powers given by this Article shall not be limited by any special power given to the Board by these Articles and a duly convened meeting of the Board at which a quorum is present may exercise all powers exercisable by the Board.

102 Local board

102.1 The Board may make such arrangements as the Board thinks fit for the management and transaction of the Company's affairs and may, for that purpose, appoint local boards, managers and agents and delegate to them any of the powers of the Board with power to sub-delegate.

103 Appointment of attorneys and agents

103.1 The Board may, from time to time, by power of attorney executed by the Company or otherwise, appoint any company, firm or person, or any fluctuating body of persons, whether nominated directly or indirectly by the Board, to be the attorney or agent of the Company for such purposes and with such powers, authorities and discretions (not exceeding those vested in or exercisable by the Board under these Articles) and for such period and subject to such conditions as it may think fit. Any such power of attorney or other authority may contain such provisions for the protection and convenience of persons dealing with any such attorney or agent as the Board may think fit and may also authorise any such attorney or agent to sub-delegate all or any of the powers, authorities and discretions vested in him.

DELEGATION OF DIRECTORS' POWERS

104 Delegation of directors' powers

104.1 The Board may delegate any of its powers, authorities and discretions (including, without prejudice to the generality of the foregoing, all powers, authorities and discretions whose exercise involves or may involve agreement of the terms of service or termination of employment or appointment of or the payment of remuneration to or the conferring of any other benefit on all or any of the Directors) to any committee consisting of one or more Directors together with any other person or persons approved by the Board, with power to sub-delegate. Any such delegation may be made subject to any conditions the Board may impose, and either collaterally with or to the exclusion of its own powers and may be revoked or altered. Subject to any such conditions, the proceedings of a committee with two or more members shall be governed by the provisions of these Articles regulating the proceedings of the Board so far as they are capable of applying. Insofar as any power, authority or discretion is delegated to a committee, any reference in these Articles to the exercise by the Board of such power, authority or discretion shall be read and construed as if it were a reference to the exercise of such power, authority or discretion by such committee. Every such committee shall have, as a majority of its membership, persons who are Directors and no resolution of any such committee shall be effective unless the majority

of the persons present (in person or by their Alternate Directors) at the meeting at which it is passed are Directors.

BORROWING POWERS

105 Borrowing powers

105.1 The Board may exercise all the powers of the Company to borrow money, to guarantee, to indemnify, to mortgage or charge its undertaking, property, assets (present and future) and uncalled capital, and to issue debentures and other securities whether outright or as collateral security for any debt, liability or obligation of the Company or of any third party.

EXECUTIVE DIRECTORS

106 Appointment to executive offices

106.1 Subject to the provisions of the Acts, the Board may:

106.1.1 appoint one or more of its body to the office of managing director or chief executive or to any other executive office (except that of auditor) of the Company and may enter into an agreement or arrangement with any Director for his employment by the Company or any Subsidiary Undertaking or for the provision by him of any services outside the scope of the ordinary duties of a Director and any such appointment, agreement or arrangement may be made upon such terms as the Board determines and it may remunerate any such Director for his services as it thinks fit; and

106.1.2 permit any person appointed to be a Director to continue in any other office or employment held by him with the Company or any Subsidiary Undertaking before he was so appointed.

107 Managing director/chief executive to be a director

107.1 Any appointment of a Director to the office of managing director or chief executive shall terminate if he ceases to be a Director but without prejudice to any claim for damages for breach of contract of service between the Director and the Company and he shall not (unless any agreement between him and the Company shall otherwise provide) cease to hold his office as Director by reason only of his ceasing to be managing director or chief executive.

108 Other executive office not linked to directorship

108.1 Save as provided in the foregoing Article, an Executive Director shall not (unless any agreement between him and the Company shall otherwise provide) cease to hold his office or employment with the Company by reason only of his ceasing to be a Director nor cease to be a Director if he ceases from any cause to hold the office or employment by virtue of which he is termed an Executive Director.

109 Emoluments of executive directors

109.1 The emoluments and benefits of any Executive Director for his services as such shall be determined by the Board and may be of any description, and (without limiting the generality of the foregoing) may include membership of any scheme or fund instituted or established or financed or contributed to by the Company for the provision of

pensions, life assurance or other benefits for employees or their dependants or, apart from membership of any such scheme or fund, the payment of a pension or other benefits to him or his dependants on or after retirement or death.

110 Delegation to executive directors

110.1 The Board may delegate or entrust to and confer upon any Executive Director any of the powers, authorities and discretions exercisable by it (with power to sub-delegate) upon such terms and conditions and with such restrictions as it thinks fit and either collaterally with or to the exclusion of its own powers and may from time to time revoke, withdraw or vary all or any part of such powers.

ASSOCIATE DIRECTORS

111 Associate directors

111.1 The Board may at any time and from time to time appoint any person to be an associate director having such title, including the word "director", as the Board may decide and may at any time remove any person so appointed. A person so appointed shall not be a Director of the Company and shall not be a member of the Board. Subject as aforesaid, the Board may define and limit the powers and duties of any associate director and may determine his remuneration which may be in addition to any other remuneration receivable by him from the Company or any Subsidiary Undertaking.

REMUNERATION OF DIRECTORS

112 Directors' fees

112.1 The ordinary remuneration of the Directors (other than any Executive Directors appointed under these Articles) shall be such amount as the Directors shall from time to time determine provided that, unless otherwise approved by the Company in general meeting, the aggregate of the ordinary remuneration of such Directors shall not exceed £400,000 per year. The ordinary remuneration actually paid shall, subject to this limit, be determined by the Directors and shall be paid in such manner and in such amounts as the Directors may determine. A Director holding office for part only of a year shall be entitled to a proportionate part of a full year's remuneration.

113 Extra remuneration

113.1 Any Director who serves on any committee of the Board or, by request of the Board, performs special services or goes or resides abroad for any purposes of the Company may be paid such extra remuneration by way of salary, percentage of profits or otherwise as the Board may determine.

DIRECTORS' EXPENSES

114 Directors' expenses

114.1 The Directors may be paid all reasonable travelling, hotel and other expenses as they may incur in connection with their attendance at meetings of the Board or of committees of the Board or general meetings or separate meetings of the holders of any class of shares or debentures of the Company or otherwise in connection with the discharge of their duties.

PENSIONS AND OTHER BENEFITS

115 Directors' gratuities and pensions

115.1 The Board may provide benefits, whether by the payment of gratuities or pensions or by insurance or otherwise, for any Relevant Director or with any body corporate which is or has been a Subsidiary Undertaking or a predecessor in business of the Company or of any Subsidiary Undertaking, and for any member of his family (including a spouse and a former spouse) or any person who is or was dependent on him and may (as well before as after he ceases to hold such office or employment) contribute to any fund and pay premiums for the purchase or provision of any such benefit.

115.2 For the purposes of this Article 115:

115.2.1 a "**Relevant Director**" means any director or former director of the company or an associated company; and

115.2.2 companies are "**associated**" if one is a subsidiary of the other or both are subsidiaries of the same body corporate.

DIRECTORS' INTERESTS

116 Interests in proposed transactions to be disclosed

116.1 A Director who is in any way, directly or indirectly, interested in a proposed transaction or arrangement with the Company must declare, in accordance with the Act, the nature and extent of his interest to the other Directors.

117 Interests in actual transactions to be disclosed

117.1 A Director who is in any way, directly or indirectly, interested in a transaction or arrangement that has been entered into by the Company must declare, in accordance with the Act, the nature and extent of his interest to the other Directors unless the interest has been declared under Article 116.1 above.

118 Issues relating to declarations of interests

118.1 For the purposes of Articles 116 and 117:

118.1.1 the declaration of interest must be made at a meeting of the Directors or by notice in writing to the Directors in accordance with section 184 of the Act or by general notice in accordance with section 185 of the Act;

118.1.2 if the declaration proves to be or becomes inaccurate or incomplete, a further declaration must be made;

118.1.3 a declaration in respect of a proposed transaction or arrangement must be made before the Company enters into the transaction or arrangement;

118.1.4 a declaration in respect of an existing transaction or arrangement must be made as soon as is reasonably practicable;

118.1.5 a declaration of an interest of which the Director is not aware or where the Director is not aware of the transaction or arrangement in question is not required; and

118.1.6 an interest of a person who is connected with a Director shall be treated as an interest of the Director.

119 When a declaration is not required

119.1 A Director need not declare an interest under Articles 116 and 117:

119.1.1 if it cannot reasonably be regarded as likely to give rise to a conflict of interest;

119.1.2 if, or to the extent that, the other Directors are already aware of it (and for this purpose the other Directors are treated as aware of anything of which they ought reasonably to be aware); or

119.1.3 if, or to the extent that, it concerns terms of his service contract that have been or are to be considered:

(i) by a meeting of the Directors; or

(ii) by a committee of the Directors appointed for the purpose under the Articles.

120 Permitted interests

120.1 Subject to the provisions of the Act, and provided that he has disclosed to the Board the nature and extent of any interest of his in accordance with Articles 116 and 117, a Director notwithstanding his office:

120.1.1 may be a party to, or otherwise interested in, any transaction or arrangement with the Company or in which the Company is otherwise interested;

120.1.2 may be a Director or other officer of, or employed by, or a party to any transaction or arrangement with, or otherwise interested in, any body corporate promoted by the Company or in which the Company is otherwise interested; and

120.1.3 shall not, by reason of his office, be accountable to the Company for any benefit which he derives from any such office or employment or from any such transaction or arrangement or from any interest in any such body corporate and no such transaction or arrangement shall be liable to be avoided on the ground of any such interest or benefit.

121 Director may act in a professional capacity

121.1 Any Director may act by himself or his firm in a professional capacity for the Company (otherwise than as auditor) and he or his firm shall be entitled to remuneration for professional services as if he were not a Director.

122 Voting on matters where a director is interested

122.1 In the case of interests arising under Article 116 or 117, save as otherwise provided in these Articles, a Director shall not vote at a meeting of the Board or of a committee of the Board on any resolution concerning a matter in which he has, directly or indirectly, an interest which is material (otherwise than by virtue of his interest in shares,

debentures or other securities of, or otherwise in or through, the Company) unless his interest or duty arises only because the case falls within one or more of the following paragraphs:

122.1.1 the resolution relates to the giving to him or a person connected with him of a guarantee, security or indemnity in respect of money lent to, or an obligation incurred by him or such a person at the request of or for the benefit of, the Company or any Subsidiary Undertaking;

122.1.2 the resolution relates to the giving to a third party of a guarantee, security or indemnity in respect of a debt or obligation of the Company or any Subsidiary Undertaking for which the Director or a person connected with him has assumed responsibility in whole or part and whether alone or jointly with others under a guarantee or indemnity or by the giving of security;

122.1.3 his interest arises by virtue of him or a person connected with him subscribing or agreeing to subscribe for any shares, debentures or other securities of the Company or any Subsidiary Undertaking or by virtue of him or a person connected with him being, or intending to become, a participant in the underwriting or sub-underwriting of an offer of any such shares, debentures, or other securities by the Company or any Subsidiary Undertaking for subscription, purchase or exchange;

122.1.4 the resolution relates in any way to any other company in which he is interested, directly or indirectly and whether as an officer or shareholder or otherwise howsoever, provided that he and any persons connected with him do not, to his knowledge, hold an interest in shares (as that term is used in Part 22 of the Act) representing one per cent or more of any class of the equity share capital of such company or of the voting rights available to members of such company (excluding any shares in the Company held as treasury shares and any voting rights attached thereto);

122.1.5 the resolution relates in any way to an arrangement in whole or in part for the benefit of the employees of the Company or any Subsidiary Undertaking which does not award him as such any privilege or advantage not generally awarded to the employees to whom such arrangement relates;

122.1.6 the resolution relates in any way to the purchase or maintenance for the Directors of insurance against any liability which by virtue of any rule of law would otherwise attach to all or any of them in respect of any negligence, default, breach of duty or breach of trust in relation to the Company or any Subsidiary Undertaking.

123 <u>Quorum when a director is not entitled to vote</u>

123.1 A Director shall not be counted in the quorum present at a meeting in relation to a resolution on which he is not entitled to vote.

124 <u>Proposals may be considered separately</u>

124.1 Where proposals are under consideration concerning the appointment (including fixing or varying the terms of appointment) of two or more Directors to offices or employments with the Company or a body corporate in which the Company is interested the proposals may be divided and considered in relation to each Director separately and (provided he is not for another reason precluded from voting) each of the Directors

concerned shall be entitled to vote and be counted in the quorum in respect of each resolution except that concerning his own appointment.

125 Chairman to decide whether a director may vote

125.1 If a question arises at a meeting of the Board or of a committee of the Board as to the right of a Director to vote or be counted in the quorum and such question is not resolved by his voluntarily agreeing to abstain from voting or not to be counted in the quorum, the question may (unless the Director concerned is the chairman of the meeting in which case he shall withdraw from the meeting and the Board shall elect a new chairman to consider the question in place of the chairman), before the conclusion of the meeting, be referred to the chairman of the meeting and his ruling in relation to any Director other than himself shall be final and conclusive except in a case where the nature or extent of the interest of the Director concerned has not been fairly disclosed and provided that any such question shall, for the purposes of disclosure of the interest in the accounts of the Company, be finally and conclusively decided by a majority of the Board (other than the Director concerned).

DIRECTORS' POWERS TO AUTHORISE CONFLICTS OF INTEREST

126 Authorisation of interests

126.1 The Directors may authorise, to the fullest extent permitted by law, any matter proposed to them which would otherwise result in a Director infringing his duty under section 175 of the Act to avoid a situation in which he has, or can have, a direct or indirect interest that conflicts, or possibly may conflict, with the interests of the Company and which may reasonably be regarded as likely to give rise to a conflict of interest.

127 Requirement for authorisation to be effective

127.1 Authorisation of a matter under Article 126 is effective only if:

127.1.1 the matter has been proposed to the Directors by being submitted for consideration at a meeting of the Directors or for the authorisation of the Directors in accordance with the Board's normal procedures or in such other manner as the Board may approve;

127.1.2 any requirement as to quorum at the meeting of the Directors at which the matter is considered is met without counting the Director in question and any other interested Director; and

127.1.3 the matter has been agreed to without the Director in question and any other interested Director voting or would have been agreed to if their votes had not been counted.

128 Conflicts arising out of authorised matter

128.1 Any authorisation of a matter under Article 126 shall extend to any actual or potential conflict of interest which may reasonably be expected to arise out of the matter so authorised.

129 Directors may impose terms on authorisation

129.1 The Board may authorise a matter pursuant to Article 126 on such terms and for such duration, or impose such limits or conditions on it, as it may decide and vary the terms or duration of such an authorisation (including any limits or conditions imposed on it) or revoke it and a Director shall comply with any obligations imposed on him by the Directors pursuant to any such authorisation.

130 Examples of terms that may be imposed

130.1 Any terms imposed by the Board under Article 129 may include (without limitation):

130.1.1 whether the Director may vote (or be counted in the quorum) at a meeting of the Board or any committee or sub-committee of the Board in relation to any resolution relating to the relevant matter;

130.1.2 whether the Director is to be given any documents or other information in relation to the relevant matter; and

130.1.3 whether the Director is to be excluded from discussions in relation to the relevant matter at a meeting of the Board or any committee or sub-committee of the Board or otherwise.

131 Confidential information

131.1 The Director shall not be required to disclose any confidential information obtained in relation to the relevant matter (other than through his position as a Director of the Company) to the Company or to use or apply it in performing his duties as a Director if to do so would result in a breach of a duty or obligation of confidence owed by him in relation to or in connection with that matter.

132 General duties

132.1 A Director does not infringe any duty he owes to the Company by virtue of sections 171 to 177 of the Act if he acts in accordance with such terms, limits and conditions (if any) as the Board may impose in respect of its authorisation of the Director's conflict of interest or possible conflict of interest under Article 126.

133 Accountability for benefits

133.1 A Director shall not, save as otherwise agreed by him, be accountable to the Company for any benefit which he (or a person connected with him) derives from any matter authorised by the Directors under Article 126 and any contract, transaction or arrangement relating thereto shall not be liable to be avoided on the grounds of any such benefit.

134 Conflict of duties

134.1 A reference in these Articles to a conflict of interest includes a conflict of interest and duty and a conflict of duties.

DIRECTORS' INTERESTS – GENERAL

135 Connected persons

135.1 For the purposes of Articles 116 to 134:

135.1.1 an interest of a person connected with a Director shall be treated as an interest of the Director; and

135.1.2 section 252 of the Act shall determine whether a person is connected with a Director.

136 Suspension or ratification by ordinary resolution

136.1 The Company may by ordinary resolution suspend or relax to any extent, either generally or in respect of any particular matter, any provision of these Articles prohibiting a Director from voting at a meeting of the Board or of a committee of the Board or ratify any contract, transaction or arrangement, or other proposal, not duly authorised by reason of a contravention of any provisions of these Articles.

PROCEEDINGS OF THE BOARD

137 Notice of board meetings

137.1 Subject to the provisions of these Articles, the Board may regulate its proceedings as it thinks fit. A Director may, and the Secretary at the request of a Director shall, call a meeting of the Board. Notice of a board meeting may be given to a Director personally or by word of mouth or sent by instrument to him at such address as he may from time to time specify for this purpose (or if he does not specify an address, at his last known address) or sent in electronic form to such address (if any) as may for the time being be notified by him or on his behalf to the Company for that purpose. A Director absent or intending to be absent from the United Kingdom may request the Board that notices of board meetings shall during his absence be given by instrument or in electronic form to him (or to his alternate) at an address given by him to the Company for this purpose, but if no such request is made it shall not be necessary to give notice of a board meeting to any Director who is for the time being absent from the United Kingdom. A Director may waive notice of any meeting either prospectively or retrospectively.

138 Voting at board meetings

138.1 Questions arising at a meeting shall be decided by a majority of votes. In the case of an equality of votes, the chairman of the meeting shall have a second or casting vote.

139 Quorum at board meetings

139.1 The quorum for the transaction of the business of the Board may be fixed by the Board and unless so fixed at any other number shall be two. A person who holds office as an Alternate Director shall, if his appointor is not present, be counted in the quorum provided that a Director or Alternate Director who attends a meeting of the Board shall for the purposes of a quorum be counted as one person notwithstanding that he also attends such meeting as an Alternate Director or that he attends as an Alternate Director appointed by more than one Director.

140 Participation in meetings by telephone

140.1 Any Director or other person may participate in a meeting of the Board by means of conference telephone or similar communications equipment whereby all persons participating in the meeting can hear each other and any person participating in the meeting in this manner shall be deemed to be present in person at that meeting. Such a meeting shall be deemed to take place where the largest group of those participating

is assembled, or, if there is no such group, at the place where the chairman of the meeting is at the time the meeting is held.

141 Number of directors below quorum

141.1 The continuing Directors or a sole continuing Director may act notwithstanding any vacancies in the Board but, if the number of Directors is less than the number fixed as the quorum, the continuing Directors or Director may act only for the purpose of filling vacancies in the Board or of calling a general meeting.

142 Chairman

142.1 The Board may appoint one of its number to be the chairman of the Board and one or more deputy chairmen and may at any time remove them from office. Unless he is unwilling to do so, the chairman of the Board shall preside at every meeting of the Board at which he is present. But if there is no chairman of the Board or deputy chairman holding office, or if at any meeting neither the chairman of the Board nor a deputy chairman is present and willing to preside within five minutes after the time appointed for the meeting, the Directors present may appoint one of their number to be chairman of the meeting.

143 Resolution in writing

143.1 A resolution in writing signed by all the Directors entitled to receive notice of a meeting of the Board (not being less than the number required to form a quorum of the Board) or all members of a committee of the Board shall be as valid and effectual as if it had been passed at a meeting of the Board or (as the case may be) a committee of the Board duly convened and held and may consist of several documents in hard copy form and/or sent by electronic means in the like form each signed by one or more Directors provided that all those signing or agreeing to the resolution would have formed a quorum at such a meeting. A resolution signed by an Alternate Director need not also be signed by his appointor and, if it is signed by a Director who has appointed an Alternate Director, it need not be signed by the Alternate Director in that capacity.

144 Validity of acts

144.1 All acts done by a meeting of the Board, or by a committee of the Board, or by a person acting as a Director, Alternate Director or member of a committee shall, notwithstanding that it be afterwards discovered that there was a defect in the appointment or continuance in office of any Director, Alternate Director or person acting as aforesaid, or that any of them were disqualified from holding office, or had vacated office, or were not entitled to vote, be as valid as if every such person had been duly appointed and was qualified and had continued to be a Director, Alternate Director or member of a committee and had been entitled to vote.

SECRETARY

145 Secretary

145.1 Subject to the provisions of the Acts, the Secretary shall be appointed by the Board for such term, at such remuneration and upon such conditions as it may think fit and any Secretary so appointed may be removed by the Board. Two or more persons may be appointed as joint secretaries and the Board may also appoint from time to time on such terms as it may think fit one or more temporary or assistant or deputy secretaries.

MINUTES

146 Minutes

146.1 The Board shall cause minutes to be kept:

146.1.1 of all appointments of officers made by the Board; and

146.1.2 of all proceedings at meetings of the Company, of the holders of any class of shares in the Company, and of the Board, and of committees of the Board, including the names of the Directors present at each such meeting.

146.2 Any such minutes, if purporting to be signed by the chairman of the meeting to which they relate or of the meeting at which they are approved, shall be sufficient evidence without any further proof of the facts stated in them.

THE SEAL

147 Use of seal

147.1 If the Company has a Seal it shall only be used by the authority of the Board or of a committee of the Board authorised by the Board. The Board may determine who shall sign any instrument to which the Seal is affixed and unless otherwise so determined it shall be signed by a Director and by the Secretary or by a second Director.

148 Official seal

148.1 If the Company has an official seal for use abroad, it may only be affixed to a document if its use on that document, or documents of a class to which it belongs, has been authorised by a decision of the Board, or of a committee of the Board authorised by the Board.

149 Securities seal

149.1 If the Company has a securities seal, it may only be affixed to securities by the Secretary or a person authorised to apply it to securities by the Secretary.

150 Affixing of securities seal

150.1 For the purposes of the Articles, references to the securities seal being affixed to any document include the reproduction of the image of that seal on or in a document by any mechanical or electronic means which has been approved by the Directors in relation to that document or documents of a class to which it belongs.

DIVIDENDS

151 Declaration of dividends by the Company

151.1 Subject to the provisions of the Acts, the Company may by ordinary resolution declare dividends in accordance with the respective rights of the members but no dividend shall exceed the amount recommended by the Board.

152 Calculation of dividends

152.1 Except as otherwise provided by the rights attached to the shares, all dividends shall be declared and paid according to the amounts paid up on the shares on which the

dividend is paid but (for the purposes of this Article only) no amount paid on a share in advance of calls shall be treated as paid on the share. All dividends shall be apportioned and paid proportionately to the amounts paid up on the shares during any portion or portions of the period in respect of which the dividend is paid but, if any share is issued on terms providing that it shall rank for a dividend as from a particular date, that share shall rank for a dividend accordingly.

153 Board may pay interim and fixed dividends

153.1 Subject to the provisions of the Acts, the Board may pay interim dividends if it appears to the Board that they are justified by the profits of the Company available for distribution. If the share capital is divided into different classes of shares, the Board may pay interim dividends on shares which confer deferred or non-preferred rights with regard to dividends as well as on shares which confer preferential rights with regard to dividends, but no interim dividend shall be paid on shares carrying deferred or non-preferred rights if, at the time of payment, any preferential dividend is in arrears. The Board may also pay, at intervals settled by it, any dividend payable at a fixed rate if it appears to it that the profits available for distribution justify the payment. Provided the Board acts in good faith, the Directors shall not incur any liability to the holders of shares conferring preferred rights for any loss that they may suffer by the lawful payment of an interim dividend on any shares having deferred or non-preferred rights. Dividends may be declared or paid in any currency.

154 Amounts due on shares may be deducted

154.1 The Board may deduct from any dividend or other moneys payable on or in respect of a share to any member all sums of money (if any) presently payable by him to the Company on account of calls or otherwise in relation to shares of the Company.

155 No interest on dividends

155.1 No dividend or other moneys payable in respect of a share shall bear interest as against the Company unless otherwise provided by the rights attached to the share. All unclaimed dividends may be retained by the Company or invested or made use of by the Company as the Board may think fit until they are claimed and, so that the Company shall not be obliged to account for any interest or other income derived from them, it shall not be constituted a trustee in respect of them or be responsible for any loss thereby arising. Any interest or profits earned on unclaimed dividends invested or otherwise made use of shall belong to the Company. Any dividend which has remained unclaimed for twelve years from the date when it became due for payment shall be forfeited and cease to remain owing by the Company.

156 Record dates

156.1 Without prejudice to any rights attached to any shares, the Company or the Board may fix a date, or a particular time on a date, as the record date by reference to which a dividend will be declared or paid or a distribution, allotment or issue made, and that date may be before, on or after the date on which the dividend, distribution, allotment or issue is declared, paid or made. In the absence of a record date being fixed, entitlement to any dividend, distribution, allotment or issue shall be determined by reference to the date on which the dividend is declared or the distribution, allotment or issue is made.

157 Payment to persons entitled by transmission

157.1 The Board may pay the dividends or other moneys payable on shares in respect of which any person is entitled to be registered as holder by transmission to such person upon production of such evidence as would be required if such person desired to be registered as a member in respect of such shares.

158 Payment procedure

158.1 Any dividend or other moneys payable in respect of a share may be paid:

158.1.1 in cash;

158.1.2 by cheque or warrant sent by post to the address in the Register of the person entitled to the moneys or, if two or more persons are the holders of the share or are jointly entitled to it by reason of the death or bankruptcy of the holder or otherwise by operation of law, to the address in the Register of that one of those persons who is first named in the Register in respect of the joint holding or to such person and to such address as the person or persons entitled to the moneys may in writing direct. Every such cheque or warrant shall be made payable to the person or persons entitled to the moneys or to such other person as the person or persons so entitled may in writing direct and shall be sent at the risk of the person or persons so entitled. Any such cheque or warrant may be crossed "account payee" although the Company shall not be obliged to do so;

158.1.3 by bank transfer to such account (of a type approved by the Board) as the person or persons entitled to the moneys may in writing direct; or

158.1.4 by such other method of payment approved by the Board as the person or persons entitled to the moneys may in writing agree to.

158.2 Payment of a cheque or warrant by the bank on which it was drawn or the transfer of funds by the bank instructed to make the transfer shall be a good discharge to the Company.

159 Uncashed dividends

159.1 If, in respect of dividends or other moneys payable in respect of any shares, cheques or warrants have been sent through the post in accordance with the provisions of the preceding Article but have been returned undelivered or left uncashed during the periods for which they are valid or bank transfers or other methods of payment have failed either:

159.1.1 on two consecutive occasions; or

159.1.2 on any one occasion and reasonable enquiries have failed to establish another address or account of the person entitled to the moneys,

the Company need not thereafter despatch further cheques or warrants or give instructions for bank transfers or other methods of payment in payment of dividends or other moneys payable on or in respect of the shares in question until the member or other person entitled thereto shall have communicated with the Company and supplied in writing to the Office a new address or account to be used for the purpose.

160 Dividends other than in cash

160.1 Any general meeting declaring a dividend may, upon the recommendation of the Board, direct payment or satisfaction of such dividend wholly or in part by the distribution of specific assets and in particular of fully paid shares or debentures of any other company, and the Board shall give effect to such directions. Where any difficulty arises in regard to the distribution, the Board may settle the same as it thinks expedient, and in particular may fix the value for distribution of such specific assets or any part thereof and may determine that a cash payment shall be made to any members upon the footing of the value so fixed in order to adjust the rights of those entitled to participate in the dividend, and may vest any such specific assets in trustees, upon trust for the members entitled to the dividend, as may seem expedient to the Board.

161 Scrip dividends

161.1 The Board may, with the sanction of an ordinary resolution of the Company, offer the holders of shares the right to elect to receive shares, credited as fully paid, instead of cash in respect of the whole (or some part, to be determined by the Board) of such dividend or dividends as are specified by such resolution. The following provisions shall apply:

161.1.1 the resolution may specify a particular dividend, or may specify all or any dividends declared or paid within a specified period, but such period shall end not later than the beginning of the annual general meeting in the fifth year following that in which such resolution is passed;

161.1.2 the entitlement of each holder of shares to new shares shall be such that the value of such new shares shall be as nearly as possible equal to (but not in excess of) the cash amount that such holder would otherwise have received by way of dividend and for this purpose the value of a share shall be the average of the middle market quotations for such a share (as derived from such list or such source displaying such market quotations as the directors shall, acting reasonably, resolve to use for this purpose) on such five consecutive dealing days as the Directors shall determine provided that the first of such dealing days shall be on or after the day when the shares are first quoted "ex" the relevant dividend;

161.1.3 no fraction of a share may be allotted and the Board may make such provision as it thinks fit for any fractional entitlements including provision:

(i) for the whole or part of the benefit of fractional entitlements to be disregarded or to accrue to the Company; or

(ii) for the value of fractional entitlements to be accumulated on behalf of a member (without entitlement to interest) and applied in paying up new shares in connection with a subsequent offer by the Company of the right to receive shares instead of cash in respect of a future dividend;

161.1.4 the Board, after determining the basis of allotment, shall notify the holders of shares in writing of the right of election offered to them and (except in the case of any holder from whom the Company has received written notice, in such form as the Board may require which is effective for the purposes of the relevant dividend, that such holder wishes to receive shares instead of cash in respect of all future dividends in respect of which the Board offers

the holders of shares the right to elect to receive shares as aforesaid) shall send with, or following, such notification, forms of election and specify the procedure to be followed and the place or address at which, and the latest date and time by which, duly completed forms of election must be received in order to be effective;

161.1.5 the dividend (or that part of the dividend in respect of which a right of election has been offered) shall not be payable on shares in respect of which such election has been duly made (the "elected shares") and instead additional shares shall be allotted to the holders of the elected shares on the basis of allotment determined as provided above and for such purpose the Board shall capitalise out of such of the sums standing to the credit of reserves (including any share premium account or capital redemption reserve) or any of the profits which could otherwise have been applied in paying dividends in cash as the Board may determine a sum equal to the aggregate nominal amount of the additional shares to be allotted on such basis and shall apply the same in paying up in full the appropriate number of unissued shares for allotment and distribution to and amongst the holders of the elected shares on such basis;

161.1.6 the additional shares so allotted shall rank pari passu in all respects with the fully-paid shares of that class then in issue save only as regards participation in the relevant dividend; and

161.1.7 the Board may on any occasion determine that rights of election shall only be made available subject to such exclusions, restrictions or other arrangements as it may in its absolute discretion deem necessary or desirable in order to comply with legal or practical problems under the laws of, or the requirements of any recognised regulatory body or any stock exchange in, any territory.

162 Joint holders

162.1 If several persons are entered in the Register as joint holders of any share or are jointly entitled to a share, any one of them may give receipts for any dividend or other moneys payable in respect of the share and the Board may deduct from the dividends or other moneys payable in respect of any share held jointly by several persons all sums of money (if any) presently payable to the Company from any one or more of the registered holders on account of calls or otherwise in relation to shares in the Company held in the joint names of all (but not some only) of such registered holders.

ACCOUNTS

163 Members have no rights to inspect records

163.1 No member shall (as such) have any right of inspecting any accounting records or other book or document of the Company except as conferred by the Acts or authorised by the Board or by ordinary resolution of the Company.

164 Delivery of accounts

164.1 Save as provided in this Article, a copy of the annual accounts of the Company together with a copy of the Auditors' report and the Directors' report and any other documents required to accompany or be annexed to them shall, not less than 21 days before the date of the general meeting at which copies of those documents are to be laid, be sent

to every member and to every debenture holder of the Company and to every other person who is entitled to receive notices from the Company of general meetings.

164.2 Copies of the documents referred to in Article 164.1 need not be sent to:

164.2.1 a person who is not entitled to receive notices of general meetings; or

164.2.2 a person of whose address the Company is unaware; or

164.2.3 more than one of the joint holders of shares or debentures in respect of those shares or debentures,

provided that any member or debenture holder to whom a copy of such documents has not been sent shall be entitled to receive a copy free of charge on application at the Office.

164.3 The Company may, in accordance with sections 426 to 429 of the Act and any regulations made under it, send a summary financial statement to any of the persons otherwise entitled to be sent copies of the documents referred to in Article 164.1 instead of or in addition to those documents and, where it does so, the statement shall be delivered or sent to such person not less than 21 days before the general meeting at which copies of those documents are to be laid.

CAPITALISATION OF PROFITS

165 Procedure

165.1 The Board may with the authority of an ordinary resolution of the Company:

165.1.1 subject as subsequently provided in these Articles, resolve to capitalise all or any part of the profits of the Company to which this Article applies;

165.1.2 appropriate the sum resolved to be capitalised to the members who would have been entitled to it if it were distributed by way of dividend and in the same proportions and apply such sum on their behalf either:

(i) in or towards paying up the amounts, if any, for the time being unpaid on any shares held by them respectively; or

(ii) in paying up in full unissued shares or debentures of the Company of a nominal amount equal to that sum, and allotting the shares or debentures credited as fully paid to those members, or as they may direct, in those proportions,

or partly in one way and partly in the other;

165.1.3 in respect of any shares held as treasury shares, include, to the extent permitted by the Act, the Company among the members entitled to the sum resolved to be capitalised notwithstanding that it is not entitled to any dividend in respect of such shares;

165.1.4 make such provision by the issue of fractional securities or by payment in cash or otherwise as it determines in the case of shares or debentures otherwise becoming distributable under this Article in fractions; and

165.1.5 authorise any person to enter on behalf of all the members concerned into an agreement with the Company providing for the allotment to them respectively, credited as fully paid, of any shares or debentures to which they are entitled upon such capitalisation, any agreement made under such authority being binding on all such members.

166 Profits which may be capitalised

166.1 The profits of the Company to which the preceding Article applies shall be any profits of the Company not required for paying fixed dividends on any preference shares or other shares issued on special conditions and shall be deemed to include:

166.1.1 any reserves arising from appreciation in capital assets or ascertained by valuation; and

166.1.2 any other amounts for the time being standing to any reserve or reserves including capital redemption reserve and share premium account,

provided that to the extent required by the Acts, the Company shall not apply an unrealised profit in paying up debentures or any amounts unpaid on any of its issued shares and the only purpose to which sums standing to share premium account or capital redemption reserve shall be applied pursuant to the preceding Article shall be the payment up in full of unissued shares to be allotted and distributed as aforesaid.

NOTICES

167 Form of notice

167.1 Any notice or other document to be sent or given pursuant to these Articles (other than a notice calling a meeting of the Board) shall be in writing and, subject to the Act, may be sent in electronic form to such address (if any) as may for the time being be notified for that purpose to the person sending the notice or other document by or on behalf of the person to whom the notice or document is sent. The Board may from time to time specify the form and manner in which a notice may be given by or to the Company in electronic form and may prescribe such procedures as it thinks fit for verifying the authenticity or integrity of any such communication in electronic form. A notice may be given to the Company in electronic form only if it is given to an address specified for the receipt of communications in electronic form of that type and in accordance with the requirements specified by the Board.

168 Method of service

168.1 The Company may give any notice in writing, document or other communication to a member:

168.1.1 personally;

168.1.2 by sending it by post in a prepaid envelope addressed to the member at his address in the Register;

168.1.3 by leaving it at that address;

168.1.4 by sending it in electronic form to such address (if any) as may for the time being be notified to the Company by or on behalf of the member for that purpose; or

168.1.5 by making it available on a website and notifying the member of its availability in accordance with the Act and a member shall be deemed to have agreed that the Company may send or supply a document or information by means of a website if the conditions set out in the Act have been satisfied.

168.2 In the case of joint holders of a share, all notices and other documents shall be given to the joint holder whose name stands first in the Register in respect of the joint holding and notice so given shall be sufficient notice to all the joint holders.

169 Members with overseas addresses

169.1 A member whose postal address in the Register is not within the United Kingdom and who gives to the Company a postal address within the United Kingdom at which notices may be given to him shall be entitled to have notices given to him at that postal address in the United Kingdom, but otherwise no such member shall be entitled to receive any notice from the Company through the postal system.

170 Member present deemed to have notice

170.1 A member present, either in person or by proxy, at any meeting of the Company or of the holders of any class of shares in the Company (and, where such person is one of the joint holders of a share, all the joint holders) shall be deemed to have received notice of the meeting and, where requisite, of the purposes for which it was called.

171 Service of notice on person entitled by transmission

171.1 A notice or other document may be given by the Company to the persons entitled to a share in consequence of the death or bankruptcy of a member or otherwise by operation of law by sending or delivering it, in any manner authorised by these Articles for the giving of notice to a member, addressed to them by name, or by the title of representatives of the deceased, or trustee of the bankrupt or by any like description at the address, if any, within the United Kingdom supplied for that purpose by the persons claiming to be so entitled. Until such an address has been supplied, a notice may be given in any manner in which it might have been given if the death or bankruptcy or other event giving rise to the transmission of the share had not occurred. Every person who becomes entitled to a share shall be bound by any notice in respect of that share which, before his name is entered in the Register, has been duly given to a person from whom he derives his title.

172 Untraced member not entitled to notices

172.1 If the Company has suspended the despatch of cheques or warrants to any member or other person entitled thereto in accordance with the provisions of these Articles or, if on two consecutive occasions notices have been sent through the post to any member or other person entitled thereto at his registered address or address for service but have been returned undelivered, such member or other person entitled thereto shall not thereafter be entitled to receive notices from the Company until he shall have communicated with the Company and supplied in writing to the Office a new registered address or address within the United Kingdom for the service of notices.

173 When notice deemed served

173.1 Proof that an envelope containing a notice in writing, document or other communication was properly addressed, prepaid and put into the post shall be conclusive evidence

that the notice, document or communication was sent. Proof (in accordance with the formal recommendations of best practice contained in the guidance issued by the Institute of Chartered Secretaries and Administrators) that a communication in electronic form was sent by the Company shall be conclusive evidence that the communication was sent. If the Company receives a delivery failure notification following a communication by electronic means the Company shall send or supply the document or notice in hard copy form or electronic form (but not by electronic means) to the member either personally or by sending it by post in accordance with Article 157. A notice in writing, document or other communication shall be deemed to have been given:

173.1.1 if left at a registered address or address at which a notice in writing, document or other communication may be given, on the day on which it was so left;

173.1.2 if sent by first class post, on the day following that on which the envelope containing it was put into the post;

173.1.3 if sent by second class post, on the second day following that on which the envelope containing it was put into the post;

173.1.4 if sent by electronic means on the day on which the communication was sent notwithstanding that the company subsequently sends a hard copy of such notice, document or information by post; and

173.1.5 if made available on a website, when the recipient was deemed to have received notification of the fact that the material was available on the website, in accordance with this Article.

174 Notice when post not available

174.1 Without prejudice to the Article governing the accidental omission to give notice and to the presumption of service by post and the presumed date of service by post in the last preceding Article, if at any time, by reason of the suspension or curtailment of postal services within all or any part of the United Kingdom, the Board reasonably believes that a notice of a general meeting, if sent by post, is unlikely to be delivered within seven days of posting, the Company may, at its sole discretion and either in addition to or in substitution for notice by post, convene a general meeting by a notice advertised in at least one national newspaper and such notice shall be deemed to have been duly served on all members and other persons entitled thereto on the day when the advertisement has appeared in at least one such newspaper. If in any such case notices have not been posted the Company shall send confirmatory copies of the notice by post if at least seven days prior to the meeting the delivery by post of notices to addresses throughout the United Kingdom again becomes practicable.

AUTHENTICATION OF DOCUMENTS

175 Authentication of documents

175.1 Any Director or the Secretary or any person appointed by the Board for the purpose may authenticate any document affecting the constitution of the Company and any resolution passed by the Company or the Board or any committee of the Board, and any books, records, documents and accounts relating to the business of the Company and may certify copies thereof or extracts therefrom as true copies or extracts. Where these Articles require a notice or other document to be signed or authenticated by a

member or other person then any notice or other document sent or supplied in electronic form is sufficiently authenticated in any manner authorised by the Act or in such other manner as may be approved by the Directors. The Directors may designate mechanisms for validating any such notice or other document and any such notice or other document not so validated by use of such mechanisms shall be deemed not to have been received by the Company. Except in the case of manifest error, a document which is certified as aforesaid shall be conclusive evidence in favour of all persons dealing with the Company in good faith that the document is true and complete and in the case of a copy of a resolution or an extract from the minutes of the Board or any committee of the Board that such copy or extract is a true and accurate record of proceedings at a duly constituted meeting.

DESTRUCTION OF DOCUMENTS

176 Destruction of documents

176.1 It shall be presumed conclusively in favour of the Company that every entry on the Register purporting to have been made on the basis of an instrument of transfer or other document destroyed by the Company was duly and properly made, that every instrument of transfer so destroyed was a valid and effective instrument duly and properly registered, that every share certificate so destroyed was a valid and effective certificate duly and properly cancelled, that every other document mentioned in Article 176.1.1 so destroyed was a valid and effective document in accordance with the recorded particulars of it in the books and records of the Company and that every paid dividend warrant and cheque so destroyed was duly paid provided always that:

176.1.1 six years shall have elapsed since the date of registration of the relevant instrument of transfer of shares and two years shall have elapsed since the date of recording of the relevant dividend mandate or notification of change of name or address and one year shall have elapsed since the recorded date of payment of the relevant dividend warrant or cheque or cancellation of the relevant cancelled share certificate; and

176.1.2 the Company is not shown to have destroyed a document in bad faith or with actual notice of any claim (regardless of the parties) to which the document might be relevant.

176.2 The Company shall be entitled to destroy any such document after the relevant period referred to in Article 176.1.1 but nothing in these Articles shall be construed as imposing upon the Company any duty to retain any document for such period.

176.3 References in this Article to the destruction of any document include references to its disposal in any manner.

PROVISION FOR EMPLOYEES ON CESSATION OF BUSINESS

177 Provision for employees on cessation of business

177.1 The Board may decide to make provisions for the benefit of persons employed or formerly employed by the Company or any of its subsidiaries (other than a Director or former Director or shadow Director) in connection with the cessation or transfer to any person of the whole or part of the undertaking of the Company or that subsidiary.

WINDING UP

178 Winding up

178.1 If the Company is wound up, the liquidator may, with the sanction of a special resolution of the Company and any other sanction required by the Acts, divide among the members in specie the whole or any part of the assets of the Company and may, for that purpose, value any assets and determine how the division shall be carried out as between the members or different classes of members. The liquidator may, with the like sanction, vest the whole or any part of the assets in trustees upon such trusts for the benefit of the members as he with the like sanction determines, but no member shall be compelled to accept any assets upon which there is a liability.

INDEMNITY

179 Indemnity

179.1 Subject to the provisions of the Acts but without prejudice to any indemnity for which a Director may otherwise be entitled, a relevant Director may be indemnified out of the Company's assets against any liability (other than a liability to the Company or an associated company) which that director incurs in connection with:

179.1.1 civil proceedings in relation to the Company or an associated company (other than a liability incurred in defending proceedings brought by the Company or an associated company in which final judgment is given against the directors);

179.1.2 criminal proceedings in relation to the Company or an associated company (other than a fine imposed in such proceedings, or a liability incurred in defending proceedings in which the Director is convicted and the conviction is final);

179.1.3 regulatory action taken by or a regulatory investigation by a regulatory authority in relation to the Company or an associated company (unless a sum is payable to a regulatory authority by way of a penalty in respect of non-compliance with any requirement of a regulatory nature (however arising));

179.1.4 any application for relief:

(i) under section 661(3) or (4) of the Act (power of court to grant relief in case of acquisition of shares by innocent nominee); or

(ii) section 1157 of the Act (general power of court to grant relief in case of honest and reasonable conduct), unless the court refuses to grant the Director relief and the refusal of relief is final; or

179.1.5 civil proceedings in relation to an occupational pension scheme (as defined in section 235(6) of the Act) of which the Company is a trustee in respect of liability incurred in connection with the Company's activities as a trustee of the scheme (other than a fine imposed in criminal proceedings, a sum payable to a regulatory authority by way of a penalty in respect of non-compliance with any requirement of a regulatory nature (however arising) or a liability incurred in defending proceedings in which the Director is convicted and the conviction is final).

179.2 For the purposes of this Article 179:

179.2.1 a judgment, conviction or refusal of relief becomes final:

(i) if not appealed against, at the end of the period for bringing an appeal, or

(ii) if appealed against, at the time when the appeal (or any further appeal) is disposed of;

179.2.2 an appeal is disposed of:

(i) if it is determined and the period for bringing any further appeal has ended, or

(ii) if it is abandoned or otherwise ceases to have effect;

179.2.3 companies are associated if one is a subsidiary of the other or both are subsidiaries of the same body corporate;

179.2.4 a "**relevant Director**" means any current or former Director, secretary or executive officer of the Company; and

179.2.5 a "**liability**" means all costs, charges, losses, damages, expenses, penalties and liabilities of any kind including, in particular, legal and professional costs incurred in defending any proceedings (whether criminal, civil, administrative or judicial) or appearing before any court, tribunal, government authority or similar body.

Hiermit beglaubige ich die Übereinstimmung der in dieser Datei enthaltenen Bilddaten (Abschrift) mit dem mir vorliegenden Papierdokument (Urschrift).

Heidelberg, den 28.08.2020

Christian Weißer
Notar